

7. Sitzung

Mittwoch, 3. Juni 2015

Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
- 1a Genehmigung des stenographischen Protokolls der 6. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
2. Einlauf
- 2.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
- 2.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Interessentenbeiträgergesetz 2015 erlassen und das Anliegerleistungsgesetz geändert wird (Nr. 855 der Beilagen)
- 2.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebarung 2014 (Nr. 856 der Beilagen)
- 2.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird (Nr. 857 der Beilagen)
- 2.1.4 Bericht der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salzburger Brandverhütungsfonds für das Jahr 2014 (Nr. 858 der Beilagen)
- 2.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landarbeiterkammergesetz 2000 geändert wird (Nr. 920 der Beilagen)
- 2.1.6 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 (Nr. 921 der Beilagen)
- 2.1.7 Bericht der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2014 (Nr. 922 der Beilagen)
- 2.1.8 Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für das Jahr 2014, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds (Nr. 923 der Beilagen)
- 2.1.9 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamten-gesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden (Nr. 924 der Beilagen)

- 2.1.10 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamten-gesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geän-
dert werden
(Nr. 925 der Beilagen)
- 2.1.11 Vorlage der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsab-
schlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014
(Nr. 926 der Beilagen)
- 2.2 Anträge
- 2.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Flücht-
linge und Asylwerber
(Nr. 941 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 2.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und
Steiner-Wieser betreffend die Durchführung temporärer Grenzkontrollen
(Nr. 942 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)
- 2.2.3 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann
Schwaighofer, Klubobmann Dr. Schnell und Klubobmann Naderer betreffend eine
Novelle zum Salzburger Parteienförderungsgesetz
(Nr. 943 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
- 2.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschl, Mag. Mayer, Mag. Scharfetter und
Obermoser betreffend die Ablehnung von Maßnahmen zur Abschaffung des Bargel-
des in Österreich
(Nr. 944 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
- 2.2.5 Antrag der Abg. Neuhofer und Ing. Schnitzhofer betreffend die Verbauung von Ag-
rarflächen im Bundesland Salzburg
(Nr. 945 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 2.2.6 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel, Neuhofer und Ing. Schnitzhofer betreffend den
Vorschlag der EU-Kommission zur Reform der Zulassungsregeln von gentechnisch
veränderten Lebens- und Futtermitteln
(Nr. 946 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 2.2.7 Antrag der Abg. Neuhofer, Bartel und Jöbstl betreffend die Erhöhung der Wochen-
stundenzahl des Unterrichtsfaches „Ernährung im Haushalt“ in der Neuen Mittel-
schule
(Nr. 947 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 2.2.8 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschl und
Ing. Sampl betreffend die Änderung der Salzburger Soziale Dienste-Verordnung
(Nr. 948 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
- 2.2.9 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschl
betreffend die Schaffung und Finanzierung eines österreichweit flächendeckenden
Versorgungsnetzes für Kinder-Hospiz- und Palliativbetreuung
(Nr. 949 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)
- 2.2.10 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger betreffend das Projekt
„Papageno“ Palliative Care und Hospizbegleitung für Kinder und Jugendliche
(Nr. 950 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

- 2.2.11 Antrag der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner betreffend Erwachsenenbildung im Bundesland Salzburg
(Nr. 951 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 2.2.12 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Schaffung von Vollzeit Arbeitsplätzen
(Nr. 952 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 2.2.13 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Transparenz bei den Geschwindigkeitsreduktionen auf A1 und A10 nach IGL
(Nr. 953 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 2.3 schriftliche Anfragen
- 2.3.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat Dr. Schwaiger betreffend interimistische Besetzung der Personalabteilung im Amt der Salzburger Landesregierung
(Nr. 859 der Beilagen)
- 2.3.2 Anfrage der Abg. Riezler und Brand an Landesrat Mayr betreffend Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auf der B 159 zwischen Werfen und Tenneck
(Nr. 860 der Beilagen)
- 2.3.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden
(Nr. 861 der Beilagen)
- 2.3.4 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Verkehr
(Nr. 862 der Beilagen)
- 2.3.5 Anfrage der Abg. Brand und Meisl an die Landesregierung betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden
(Nr. 863 der Beilagen)
- 2.3.6 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Notaufnahmen in den SALK
(Nr. 864 der Beilagen)
- 2.3.7 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend KH Tamsweg Essen auf Rädern
(Nr. 865 der Beilagen)
- 2.3.8 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Ausschreibungen SVG
(Nr. 917 der Beilagen)
- 2.3.9 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Stand der Abrechnungen zwischen SVG und den Verkehrsunternehmen
(Nr. 918 der Beilagen)
- 2.3.10 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend weitere Details zum Einsatz von Niederflurwaggons
(Nr. 919 der Beilagen)

- 2.3.11 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Ungereimtheiten und „Altlasten“ im Personalressort
(Nr. 954 der Beilagen)
- 2.3.12 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das Thermenprojekt in St. Martin bei Lofer
(Nr. 955 der Beilagen)
- 2.3.13 Anfrage der Abg. HR Dr. Schöchgl, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg
(Nr. 956 der Beilagen)
- 2.3.14 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend Belohnungen für besondere Leistungen von LehrerInnen
(Nr. 957 der Beilagen)
- 2.3.15 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend das Leistungsfeststellungsverfahren bei LandeslehrerInnen
(Nr. 958 der Beilagen)
- 2.3.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend das Messezentrum Salzburg
(Nr. 959 der Beilagen)
- 2.3.17 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2015
(Nr. 960 der Beilagen)
- 2.3.18 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Außenstände durch die Behandlung von ausländischen Patienten
(Nr. 961 der Beilagen)
- 2.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend Förderungen und Subventionen des Landes Salzburg
(Nr. 962 der Beilagen)
- 2.3.20 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend schulische Inklusion von Kindern mit Sonderpädagogischem Förderbedarf
(Nr. 963 der Beilagen)
- 2.3.21 Anfrage der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Genossenschaften in Salzburg
(Nr. 964 der Beilagen)
- 2.3.22 Anfrage der Abg. Scheinast, Mag.^a Sieberth und Fuchs an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Lebensmittelverschwendung in Salzburger Supermärkten
(Nr. 965 der Beilagen)

- 2.3.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Auswirkungen der Einführung der Umweltplakette in Oberösterreich (Nr. 966 der Beilagen)
- 2.3.24 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Durchimpfungsrate im Bundesland Salzburg (Nr. 967 der Beilagen)
- 2.3.25 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Adipositas-Zentrum Hallein (Nr. 968 der Beilagen)
- 2.3.26 Anfrage Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das neue Sparpaket für das Land Salzburg (Nr. 969 der Beilagen)
- 2.3.27 Anfrage der Abg. Mayer und Mag. Scharfetter an Landesrat Mayr betreffend die Umsetzung der neuen Salzburger Wohnbauförderung (Nr. 970 der Beilagen)
- 2.3.28 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend neuem Branding SVG und SVV (Nr. 971 der Beilagen)
- 2.3.29 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Senioren- und Jugendticket (Nr. 972 der Beilagen)
- 2.3.30 Anfrage der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landesrat Mayr betreffend die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Verkehr im Bundesland Salzburg (Nr. 973 der Beilagen)
- 2.3.31 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Kinderbrücke (Nr. 974 der Beilagen)
- 2.3.32 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Nr. 975 der Beilagen)
- 2.3.33 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Nr. 976 der Beilagen)
- 2.3.34 Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Sonderpflegeabteilung für psychiatrische, psychogeriatrische und geronto-psychiatrische PatientInnen (PSP) St. Veit (Nr. 977 der Beilagen)
- 2.3.35 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Hilfe in besonderen Lebenslagen im Jahr 2014 (Nr. 978 der Beilagen)

- 2.3.36 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Kosten für UMF in der Kinder- und Jugendhilfe (Nr. 979 der Beilagen)
- 2.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
 - 2.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden
- 3. Aktuelle Stunde
"Hilfe für Menschen auf der Flucht! Verantwortung wahrnehmen – Chancen eröffnen – Was tut Salzburg?" (SPÖ)
- 4. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
 - 4.1 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchgl an Landesrat Mayr betreffend den „Südtirol Pass“ im öffentlichen Personennahverkehr
 - 4.2 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berhold MBA betreffend Kinderbetreuung in Hintersee
 - 4.3 Mündliche Anfrage der Abg. Blattl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Verwahrstellen von Fundtieren
 - 4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Ankauf zeitgenössischer Kunst durch das Land Salzburg
 - 4.5 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Palliative Care für Kinder „Papageno“
 - 4.6 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Taxigutscheine für die Flüchtlinge im ehemaligen Hotel Kobenzl
 - 4.7 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Anzahl, Art und Kosten der Zulagen im Landesdienst
 - 4.8 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend den Stand der Ermittlungen zur Personalabteilung
 - 4.9 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend den Stand zum Projekt Naturpark Salzachauen
 - 4.10 Mündliche Anfrage des Abg. Brand an Landesrat Mayr betreffend Finanzierung von Verkehrsprojekten mittels PPP-Modellen
 - 4.11 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Hospizbegleitung für Kinder „Papageno“
- 5. Dringliche Anfragen
 - 5.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Ungereimtheiten und „Altlasten“ im Personalressort (Nr. 954 der Beilagen)

- 5.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das Thermenprojekt in St. Martin bei Lofer
(Nr. 955 der Beilagen)
6. Berichte und Anträge der Ausschüsse
- 6.1 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art. 48 Abs. 2 Landes-Verfassungsgesetz 1999 zum Verkauf der landeseigenen Liegenschaften (Bau-rechtsliegenschaften SALK-Wohnungen) an GSWB, Salzburg Wohnbau und „Die Salzburg“
(Nr. 866 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 6.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und HR Dr. Schöchgl betreffend die Dezentralisierung von Bundesdienststellen
(Nr. 867 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchgl)
- 6.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Aufwertung der Bezirkshauptmannschaften
(Nr. 868 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 6.4 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend einer jährlichen Berichtsmöglichkeit des Beirates für psychosoziale Gesundheit
(Nr. 869 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 6.5 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg
(Nr. 870 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 6.6 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die zeitliche Staffelung des Unterrichtsbeginns an den Schulen in Salzburg
(Nr. 871 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 6.7 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Ing. Mag. Meisl, Scheinast, Essl und Konrad MBA betreffend Holzbau in Salzburg und zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Neuhofer betreffend die Anwendung der realen Wärmeleitzahl von Massivholzbauteilen und die Einrechnung des ökologischen Fußabdrucks über den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden im Energieausweis (Cradle to Cradle-Prinzip)
(Nr. 872 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 6.8 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Hirschbichler MBA betreffend die Anpassung der Bauordnung
(Nr. 873 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)

- 6.9 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Schneglberger betreffend Ermöglichung und Absicherung neuer Angebote für Wohnen und Leben im Alter
(Nr. 874 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 6.10 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen
(Nr. 875 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 6.11 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den internen Revisionsbericht in der Causa Vilsecker
(Nr. 876 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)
- 6.12 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend eine vollumfängliche Kennzeichnungspflicht für alle Inhaltsstoffe in Lebensmitteln
(Nr. 877 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 6.13 Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer betreffend eine Reduzierung der Normvorschriften in der Bauordnung
(Nr. 878 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)
- 6.14 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Abschaffung von Ungleichbehandlung aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsvariation
(Nr. 879 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 6.15 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend Simultanübersetzung der Sendung „Salzburg HEUTE“ in Gebärdensprache
(Nr. 880 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)
- 6.16 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Einführung einer Mietzinsbeihilfe für Studierende
(Nr. 881 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 6.17 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend Finanzierung der Basisaufgaben des österreichischen Bundesheeres durch Verkauf der Eurofighter
(Nr. 882 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 6.18 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsverbände; Vergleich der Leistungen und der Finanzierung in Kärnten und Salzburg
(Nr. 883 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 6.19 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in Salzburger Krankenanstalten; Follow-up-Überprüfung
(Nr. 884 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutsch)

- 6.20 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Salzburger Parteienförderungsgesetz, Rechnungsjahr 2013
(Nr. 885 der Beilagen - Berichterstatte: Abg. Mag. Mayer)
- 6.21 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Personal in den SALK
(Nr. 886 der Beilagen - Berichterstatte: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)
- 6.22 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18
(Nr. 980 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Mag.^a Sieberth)
- 6.23 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Flüchtlinge und Asylwerber
(Nr. 981 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Riezler)
- 6.24 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Durchführung temporärer Grenzkontrollen
(Nr. 982 der Beilagen – Berichterstatte: Abg. Essl)
7. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 7.1 Dringliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 829 der Beilagen) betreffend Polizeieinsätze an Schulen im Bundesland Salzburg
(Nr. 887 der Beilagen)
- 7.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 830 der Beilagen) betreffend die Belastung des Salzburger Tourismus durch die Steuerreform
(Nr. 888 der Beilagen)
- 7.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 682 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend ein „Sound of Music“-Museum im ehemaligen Barockmuseum
(Nr. 889 der Beilagen)
- 7.4 Anfrage der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 685 der Beilagen) betreffend das Musikum Salzburg
(Nr. 890 der Beilagen)
- 7.5 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 681 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend die Landwirtschaftskammerwahl
(Nr. 891 der Beilagen)
- 7.6 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 689 der Beilagen) betreffend die Koordination von Höhlenrettungseinsätzen
(Nr. 892 der Beilagen)

- 7.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 696 der Beilagen) betreffend die Fernwärmeversorgung durch die Salzburg AG (Nr. 893 der Beilagen)
- 7.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 683 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend existierende Haftungen des Landes (Nr. 894 der Beilagen)
- 7.9 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 694 der Beilagen) betreffend weibliche Genitalverstümmelung (Nr. 895 der Beilagen)
- 7.10 Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Unternehmen für Familien (Nr. 896 der Beilagen)
- 7.11 Anfrage der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 832 der Beilagen) ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten (Nr. 897 der Beilagen)
- 7.12 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 843 der Beilagen) betreffend die radioaktive Belastung von Wildbret und Wildpilzen im Bundesland Salzburg (Nr. 898 der Beilagen)
- 7.13 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 716 der Beilagen) betreffend die Beschäftigung von Frau Mag^a Rogatsch im Landesdienst (Nr. 899 der Beilagen)
- 7.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg (Nr. 900 der Beilagen)
- 7.15 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 700 der Beilagen) betreffend bezahlte Anzeigen in Parteizeitungen (Nr. 901 der Beilagen)
- 7.16 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 698 der Beilagen) betreffend Einsatz von Batteriebusen (Nr. 902 der Beilagen)
- 7.17 Anfrage der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (699 der Beilagen) betreffend Einsatz von Niederflurwaggons (Nr. 903 der Beilagen)

- 7.18 Anfrage der Abg. Blattl, Essl und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 712 der Beilagen) betreffend die Erhöhung der Preise für Fahrkarten beim Verkehrsverbund (Nr. 904 der Beilagen)
- 7.19 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 680 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Finanzgeschäfte mit der Hypo Salzburg (Nr. 905 der Beilagen)
- 7.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 834 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend die Auswirkungen der neuen ESVG Berechnungsregeln auf Salzburg (Nr. 906 der Beilagen)
- 7.21 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Bartel an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 701 der Beilagen) zum gegenwärtigen Stand der Rückforderung der von der ASKÖ Salzburg zu Unrecht empfangenen Förderungen und zu den Vorkehrungen zur Verhinderung von Fördermissbrauch in der Zukunft (Nr. 907 der Beilagen)
- 7.22 Anfrage der Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Bartel an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 702 der Beilagen) betreffend Integration durch Sport (Nr. 908 der Beilagen)
- 7.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 703 der Beilagen) betreffend Asylquartiere im Flachgau (Nr. 909 der Beilagen)
- 7.24 Anfrage der Abg. Schmidlechner und Abg. Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 711 der Beilagen) betreffend Lernwerkstatt Pinzgau (Nr. 910 der Beilagen)
- 7.25 Anfrage der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 704 der Beilagen) betreffend die Lebensmittelproduktion und -versorgung in Salzburg (Nr. 911 der Beilagen)
- 7.26 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 705 der Beilagen) betreffend die Bedarfserhebung für Seniorenwohnheime und Mobile Dienste bis 2025 (Nr. 912 der Beilagen)
- 7.27 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 706 der Beilagen) betreffend des Planungstages mit Trägern der Behindertenhilfe (Nr. 913 der Beilagen)
- 7.28 Anfrage der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 707 der Beilagen) betreffend Eintritte in Museen (Nr. 914 der Beilagen)
- 7.29 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 722 der Beilagen) betreffend des Vermögeneinsatzes bei der Unterbringung von Senioren (Nr. 915 der Beilagen)

- 7.30 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 715 der Beilagen) betreffend Integration von anerkannten AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt (Nr. 927 der Beilagen)
- 7.31 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 836 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2015 (Nr. 928 der Beilagen)
- 7.32 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 837 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2015 (Nr. 929 der Beilagen)
- 7.33 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 717 der Beilagen) betreffend das Krankenhaus Tamsweg (Nr. 930 der Beilagen)
- 7.34 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 718 der Beilagen) betreffend Anschlussbahnen (Nr. 931 der Beilagen)
- 7.35 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr.714 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag (Nr. 932 der Beilagen)
- 7.36 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 713 der Beilagen) betreffend Brauchtumsfeste in Salzburger Kindergärten (Nr. 933 der Beilagen)
- 7.37 Anfrage der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 719 der Beilagen) betreffend Prozess, Kosten und Nutzen des Salzburger Integrationsbeirates (Nr. 934 der Beilagen)
- 7.38 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat Dr. Schwaiger (Nr. 859 der Beilagen) betreffend interimistische Besetzung der Personalabteilung im Amt der Salzburger Landesregierung (Nr. 935 der Beilagen)
- 7.39 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr.714 der Beilagen) –ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag (Nr. 936 der Beilagen)
- 7.40 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 721 der Beilagen) betreffend aktueller Vorfälle im Landesdienst (Nr. 937 der Beilagen)

- 7.41 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 708 der Beilagen) betreffend die Auslandsateliers und allfällige Haftungskriterien für das Land Salzburg (Nr. 938 der Beilagen)
- 7.42 Anfrage der Abg. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 714 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn – betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag (Nr. 939 der Beilagen)
8. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 8.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. Februar 2015 betreffend Maßnahmen zur Attraktivierung des Standortes Salzburg für Medizinabsolventen (Nr. 916 der Beilagen)
- 8.2 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. Dezember 2014 (Nr. 307 der Beilagen) betreffend die flächendeckende Ausstattung mit E-Ladestationen und zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 248 der Beilagen) betreffend die Schaffung von Anreizen zur Erhöhung der Elektro- und/oder Alternativantriebsmobilität im Bundesland Salzburg (Nr. 940 der Beilagen)

- -

(Beginn der Sitzung: 9:04 Uhr)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Werte Kolleginnen und Kollegen! Einen schönen guten Morgen und ich eröffne die 7. Sitzung der 3. Session. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, ersuche ich Euch, sich von den Plätzen zu erheben.

Am 25. Mai ist der Landtagsabgeordnete a.D. Walter Rieser im 76. Lebensjahr verstorben.

Walter Rieser wurde am 26. Jänner 1940 in St. Pankraz in Oberösterreich geboren. Nach der Pflichtschule und einigen Jahren bei der ÖBB verpflichtete er sich als Zeitsoldat und von 1967 bis 1988 als Berufssoldat, zuletzt im Range eines Vizeleutnants.

Landtagsabgeordneter a.D. Rieser war vom 21. September 1983 bis 2. Mai 1989 Mitglied des Salzburger Landtages. Von 1984 bis 1989 stellvertretender Bezirksparteivorsitzender der SPÖ Flachgau; von 1974 bis 1979 Mitglied der Gemeindevertretung sowie von 1979 bis 1989 Vizebürgermeister von Wals-Siezenheim.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Die Frau Landtagspräsidentin hat der Trauerfamilie schriftlich kondoliert. Ich danke für die Trauerkundgebung!

Ich rufe auf

Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung

Für heute entschuldigt sind Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Abgeordneter Ing. Sampl, Abgeordneter Obermoser, Abgeordnete Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Bundesrat Saller.

Ich rufe auf

Punkt 1.a: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 6. Sitzung der 3. Session der 15. Gesetzgebungsperiode

Das Protokoll ist allen Parteien rechtzeitig zugegangen. Einwände dagegen sind in der Landtagsdirektion nicht eingelangt. Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ich sehe Einstimmigkeit.

Ich rufe auf

Punkt 2: Einlauf

2.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung

Im Einlauf befinden sich acht Vorlagen und drei Berichte der Landesregierung:

2.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem ein Interessentenbeitragsgesetz 2015 erlassen und das Anliegerleistungsgesetz geändert wird
(Nr. 855 der Beilagen)

2.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen der Gebarung 2014
(Nr. 856 der Beilagen)

2.1.3 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird
(Nr. 857 der Beilagen)

2.1.4 **Bericht** der Landesregierung über den Vermögensstand und die Gebarung des Salzburger Brandverhütungsfonds für das Jahr 2014
(Nr. 858 der Beilagen)

2.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landarbeiterkammergesetz 2000 geändert wird
(Nr. 920 der Beilagen)

2.1.6 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18
(Nr. 921 der Beilagen)

2.1.7 **Bericht** der Landesregierung über den Stand und die Gebarung des Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes im Lande Salzburg (Ländlicher Straßenerhaltungsfonds) im Jahr 2014
(Nr. 922 der Beilagen)

2.1.8 **Bericht** der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für das Jahr 2014, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds
(Nr. 923 der Beilagen)

2.1.9 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamten-gesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden
(Nr. 924 der Beilagen)

2.1.10 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamten-gesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden (Nr. 925 der Beilagen)

2.1.11 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Genehmigung des Rechnungsabschlusses des Landes Salzburg für das Haushaltsjahr 2014 (Nr. 926 der Beilagen)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen gibt es keine. Damit sind die Schriftstücke zugewiesen.

Ich komme zu

2.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

2.2.1 **Dringlicher Antrag** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Flüchtlinge und Asylwerber (Nr. 941 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

Ich ersuche die Schriftführerin um Verlesung des dringlichen Antrages. Bitte!

Abg. Jöbstl (verliest den dringlichen Antrag):

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke für die Verlesung des Antrages. Zu Wort gemeldet hat sich die Antragstellerin Frau Abgeordnete Riezler. Antragstellerin und alle Redner der Parteien haben jeweils fünf Minuten zur Verfügung.

Abg. Riezler: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Aktuell sind mehr als 2.000 AsylwerberInnen in Salzburg untergebracht. Ende April waren landesweit 1.437 anerkannte Flüchtlinge in Mindestsicherungsbezug. In der Stadt Salzburg waren es 1.116 in 506 Bedarfsgemeinschaften. Das sind 20 % aller Mindestsicherungsbezieher. Das macht für die Stadt vier Millionen jährlich an notwendigen Leistungen aus. Salzburg, ganz Österreich, ist offensichtlich überfordert mit der Unterbringung der Asylwerberinnen und Asylwerber. Wir kennen die Diskussionen der letzten Wochen. Aber dabei verkennt man die wirkliche Herausforderung. Was ist nach der Anerkennung? Was ist mit den Fami-

lien, die nachkommen? Syrische Flüchtlinge werden schnell anerkannt und es werden noch viel mehr werden. Warum helfen wir viel zu spät und viel zu wenig, damit die Menschen Arbeit finden können. Bei Besuchen erfahre ich natürlich oft, sie wollen schnell Deutsch lernen, die Jugendlichen wollen einen Beruf erlernen, die gut Qualifizierten – und es kommen viele gut Qualifizierte – wollen ihren Beruf ausüben. Natürlich gibt es traumatisierte Analphabeten, die noch mehr und andere Unterstützung brauchen. Aktuell gibt es in der Grundversorgung 200 Deutschstunden, sonst nichts.

Der ÖIF ist zuständig für die Integrationsmaßnahmen nach der Anerkennung. Seit März bis jetzt gab es keine Förderung für Deutschkurse. Aktuell gibt es eine neue Förderrichtlinie, aber nicht mehr Budget. 160 Personen stehen dort aktuell auf der Warteliste. Es gibt die Empfehlung, online zu lernen. Der Minister Kurz hat eine halbe Million aufgewandt für seine Heimatkampagne. Hätte er das Geld lieber in Deutsch-Kurse gesteckt!

Außerdem hat der ÖIF eine immense Bürokratie aufgebaut. Für jeden Teilnehmer muss ein kompliziertes Ansuchen nach Wien gestellt werden und muss dort abgesehnet, bewilligt werden. Wenn eine Deutschlehrerin krank ist eine Stunde, muss das nach Wien gemeldet werden. Also Bürokratie pur, die natürlich auch Geld in Massen verschlingt.

Es muss sich also ganz schnell etwas ändern, denn die Zeit läuft davon. Wir brauchen ein individuelles Clearing, was bringt jemand mit an Deutsch-Kenntnissen, an Berufsausbildung, an Berufserfahrung, welche Potentiale hat der/hat die Einzelne. Danach muss natürlich mit Einbindung der Wirtschaft, der Berufsschulen, der Bildungsinstitute, des AMS ein individueller Plan erstellt werden. Wir müssen uns endlich darum kümmern, dass die mitgebrachten Ausbildungen anerkannt werden. Wir brauchen für die Betroffenen eine berufliche Zukunft. Arbeitslose Hilfskräfte haben wir in Österreich genug.

In einer dringlichen Anfrage von mir im März wurde mir mitgeteilt, dass ein one-stop-Service für Deutschkurse angedacht wird. Das ist viel zu wenig, viel zu kurz gegriffen. Wir brauchen Intensivkurse in den Gemeinden vor Ort. Die Flüchtlinge werden dezentral untergebracht. Ich brauche auch die Deutschkurse dezentral. Nicht zwei oder höchstens vier Stunden, sondern 20 Stunden. Hier gibt es viel zu wenig aus der Grundversorgung. Das Land muss aufstücken. Der Herr Landeshauptmann hat in der aktuellsten Anfragebeantwortung mitgeteilt, dass € 150.000,- im Rahmen des Investitionspaketes für Deutschkurse zur Verfügung gestellt werden. Er nennt das eine "große Anstrengung". Ich finde, das ist eine lächerliche Summe angesichts der Millionen, die im Prinzip zu zahlen sind, wenn nichts getan wird.

Es gilt aber nicht nur Deutschkurse anzubieten, sondern wir brauchen auch Infos und Schulungen über Kultur und Gesellschaft in Österreich. Es kommen nicht nur die Flüchtlinge wie

früher aus den Nachbarnstaaten, sondern von ganz weit weg aus anderen Kulturen. Wollen wir die gleichen Fehler machen wie mit den tschetschenischen Flüchtlingen? Der Bund, der ÖIF, muss viel mehr Geld zur Verfügung stellen. Unbürokratisch, am besten sofort und direkt an das Land. Warum nicht die Gemeinden durch den GAF unterstützen, die Unterkünfte anbieten? Ja, es gibt Projekte über AMEF, über ESF, ganz, ganz wichtig. Aber das Land muss auch selbst Geld in die Hand nehmen. Die Budgetverhandlungen stehen an und ich hoffe, dass die Augen vor der Realität nicht verschlossen werden.

Aktuell sind im Integrationsbudget € 250.000,--. Das Land muss endlich den Betroffenen wirksam helfen, um den Frieden im Land sicherzustellen, – Frau Präsidentin, ich bin gleich fertig – damit auf die Ängste der einheimischen Bevölkerung eingegangen werden kann. Denn sie sind ein Zeichen, dass der soziale Frieden bei uns in Gefahr ist. Wir haben einen umfassenden Antrag gestellt. Ich bitte um Zuerkennung der Dringlichkeit, freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Klubvorsitzender Schwaighofer, bitte!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte der SPÖ-Fraktion danken für diesen Antrag. Ich finde ihn sehr ausführlich, sehr umfangreich und ich interpretiere ihn auch so, dass der für eine klare Haltung steht, wenn es darum geht, Asylwerberinnen und Asylwerbern und auch Asylberechtigten in unserem Land bestmögliche Chancen zu geben, dass sie sich integrieren können, dass wir sie auch in den Arbeitsmarkt integrieren können. Da gibt es bei Eurer Bundesspitze noch einiges an Arbeit zu erledigen, würde ich sagen, da brauchen wir noch mehr Offenheit. Aber insgesamt, glaube ich, ist das wichtig, dass wir von der SPÖ-Fraktion die klare Haltung haben, ja, hier ist es wichtig, dass wir gemeinsam Lösungen und Wege suchen, damit wir eben nicht in eine Situation kommen, wo mit ganz einfachen Rezepten versucht wird, Probleme zu lösen, die nicht mit einfachen Rezepten zu lösen sind. Also die Grenzen hoch, die Zäune hoch und ähnliche Dinge mehr, das sind keine Lösungen, das sind meiner Meinung nach populistische Sager, die schon ganz gut ankommen mögen, aber das sind keine Lösungsansätze.

Ihr habt ganz richtig geschrieben, in Eurem Antrag, "das Thema ist sehr komplex". Das Thema ist sehr komplex, das stimmt. Wir haben die Asylwerbenden und –berechtigten in verschiedenen Situationen, nämlich ihres Aufenthaltes. Wir haben unterschiedliche Nationen usw. Daher gibt es, glaube ich, auch keine einfachen Lösungen, sondern man wird sehr genau schauen müssen, welche Lösung ist wann auch die Effizienteste. Auch unter dem Aspekt, dass wir natürlich – und das schreibt ihr auch in Eurem Antrag – "hier vor ungeahnten

Herausforderungen stehen". Ungeahnte Herausforderungen heißt, dass das nicht abzusehen war. Für uns alle. Dass das in dieser Dimension, wie es jetzt aussieht, ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: So ein Blödsinn! Jeder hat gewusst, was kommt!)

... Ja, die einfachen Lösungen, Karl, die Du hast, die sind ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ein jeder hat gewusst, was auf uns zukommt!)

... Das ist so was Ähnliches wie unterlassene Hilfeleistung, würde ich das nennen. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ja genau! Genau!

... Wo Du da hintendierst, das ist Dein ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Unterlassene Hilfeleistung!)

Das ist Deine Form. Ich bin froh, dass in diesem Haus ...

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (unterbricht): Herr Klubobmann Schnell, Du hast Dich zu Wort gemeldet. Du kommst noch dran!

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ist eh gut!)

Klubobmann Abg. Schwaighofer (setzt fort): ... sichtlich eine große Mehrheit Deine Sicht, Deine Sichtweise in dieser Frage nicht teilt. Da bin ich sehr froh darüber und das spricht auch für eine Haltung des Salzburger Landtages insgesamt oder zumindest mehrheitlich, die auch entsprechend menschenrechtskonform ist, wie es auch notwendig ist.

Ich gehe jetzt ganz kurz auf ein paar Punkte ein, nur anreißend, worüber wir im Ausschuss dann diskutieren werden. Ich glaube, dass wir auch in diesem Bereich so etwas brauchen wie eine neue 15a-Vereinbarung, weil wir nämlich die Probleme nicht, weder die Länder allein, noch der Bund allein, noch die Gemeinden allein lösen können. Wir brauchen hier Regelungen, wie wir in den Bereichen Sprache, Wohnen, Arbeitsmarkt und andere Bereiche, planvoll und abgestimmt vorgehen können. Derzeit, da gebe ich Dir Recht, ist das in weiten Teilen eine unabgestimmte Sache, in Teilen auch sehr populistisch geprägt von einzelnen

Akteuren – man fordert etwas, wo man genau weiß, der andere soll das erledigen und selber zieht man sich aus der Verantwortung, es ist ja auch ein Beispiel angeführt worden.

Ich glaube, wir müssen uns z. B. anschauen, was die Ingrid Riezler angeführt hat, wann ist es denn sinnvoll und richtig, entsprechend umfangreiche Clearingmaßnahmen zu setzen. Ist es sinnvoll - nämlich im Sinne auch der eingesetzten Mittel - das gleich zu machen, wenn Asylwerbende bei uns angekommen sind oder ist es sinnvoller, das zu einem anderen Zeitpunkt zu machen? Gerade angesichts der Tatsache, dass die syrischen Flüchtlinge ja sehr rasch den Asylstatus zuerkannt bekommen und viele von ihnen ja das Land dann wieder verlassen. Wie ist das mit den Deutschkursen in den Regionen? Ist es sinnvoll, gleich von Beginn an in einer derart intensiven Art und Weise – und auch kostenintensiven Art und Weise – Deutschkurse flächendeckend anzubieten? Brauchen wir nicht andere Modelle, die flexibler sind? Wir haben ja die AsylwerberInnen in unterschiedlichsten Fortschrittsstufen beim Spracherwerb. Und da ist das derzeitige Modell, das wissen wir auch inzwischen, das ist nicht sehr hilfreich und nicht zielführend, weil laufend Leute einsteigen sollen. Da brauchen wir ein anderes Modell, das wir entwickeln sollen.

Der Arbeitsmarkt wird angesprochen. Natürlich braucht es da gemeinsame Bemühungen, da braucht es aber auch die Offenheit und Bereitschaft von Bundesseite zu sagen, das sind potentielle, wertvolle Arbeitskräfte, wie es schon angesprochen wurde.

Bei der gemeinnützigen Beschäftigung sollen wir auch gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir das den Gemeinden mehr schmackhaft machen können. Das Land selbst hat hier seine Verpflichtungen zusammengefasst. Wir stimmen der Dringlichkeit dieses Antrages gerne zu und freuen uns auf eine engagierte Debatte im Ausschuss und auch auf möglichst konstruktive Lösungen und Wege für die Zukunft. Danke. (Beifall der ÖVP-, SPÖ-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubvorsitzende Mag.^a Gutschi.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, das Thema zahlreicher kriegsführender Länder und damit einhergehend die Flüchtlingsströme und schutzbedürftigen Asylsuchenden ist mit aller Massivität in Österreich und hier in Salzburg, in unserem Land angekommen. Der Spagat zwischen humanitären Aspekten auf der einen Seite und realisierbaren Maßnahmen auf der anderen Seite beschäftigen uns täglich und es ist hoch an der Zeit, dass wir uns noch intensiver damit beschäftigen. Wir stim-

men daher der Dringlichkeit dieses Antrages selbstverständlich zu und ich finde es auch persönlich sehr wichtig, dass wir uns im Hohen Haus mit diesem brisanten Thema auseinandersetzen.

Das Erste, was Menschen brauchen, die Unvorstellbares auf sich genommen haben, wenn sie aus politischen oder religiösen Gründen, aufgrund ihrer Ethnie oder aus anderen Gründen, die in der Genfer Flüchtlingskonvention genannt sind, aus ihrer Heimat vertrieben wurden, ist ein Ort, an dem sie sich sicher fühlen können. Sie brauchen ein Dach über dem Kopf, eine tägliche Versorgung, ein warmes Willkommen, wie es uns so viele ehrenamtliche und hauptamtliche MitarbeiterInnen rund um die Asylquartiere immer wieder schildern. Über all diese Themen werden wir ja noch Gelegenheit haben, in der Aktuellen Stunde zu diskutieren.

Der vorliegende dringende Antrag der SPÖ beschäftigt sich jetzt in erster Linie um das Thema der Ausbildungsangebote für Asylsuchende, vor allem auch im Bereich des Spracherwerbs. Ohne Frage sind die Sprachkenntnisse der wesentliche Schlüssel für gelungene Integration. Die Zielgruppe, auf die ein besonderer Fokus im Sinne der Integrationsmaßnahmen gelegt werden muss, sind sinnvollerweise all jene Menschen, die den Aufenthalt in Österreich langfristig und legal sichern konnten, für die er gesichert ist. Dazu gehören jedenfalls auch anerkannte Flüchtlinge, also Asylberechtigte. Auf diese vorher genannte Gruppe ist unbedingt auch der Schwerpunkt aus meiner Sicht zu setzen und da gibt es sehr viele Maßnahmen, auch von unserem Integrationsminister. Und wenn Du sagst, Ingrid, die "Stolz darauf-Kampagne" hätte man anders verwenden können, dann ist das ein direkter Widerspruch in dem später von Dir genannten Bereich der Integration, der kulturellen Integration, gerade da müssen wir ein umfassendes Paket schnüren. Also es kann nicht sein, dass wir nur ein Maßnahmenpaket für gut empfinden und alles andere, was gemacht wird, ist sowieso ein Blödsinn. Also ich glaube, das müssen wir uns ein bisschen differenzierter anschauen.

Jene Personen, bei denen allerdings noch nicht feststeht, dass sie bei uns im Land bleiben können, dass sie tatsächlich schutzbedürftig sind, die als Asylwerber noch im Asylverfahren sind, die sind aus meiner Sicht nicht die Zielgruppe für diese umfassenden Maßnahmen. Das ist auch ganz klar im nationalen Aktionsplan Integration so verankert. Natürlich impliziert das, dass wir darauf achten müssen, dass diese Verfahren besonders rasch abgewickelt werden und da ist in den letzten Monaten sehr viel passiert. Darauf möchte ich schon hinweisen. Aber jetzt zu sagen, sofort wenn jemand ins Land kommt, müssen wir schon mit Sprachschulungsmaßnahmen anfangen, das finde ich dann doch die Investition an der falschen Stelle. Die erste und wichtigste Integrationsmaßnahme für die Asylwerbenden, ja, das bleibt der Spracherwerb. Und in diesem Zug wird sich dann auch herauskristalisieren, welche weiteren Schulungsmaßnahmen notwendig sind. Soviel auch zum Thema Clearing.

Ich glaube, wir dürfen auch nicht mit falschen Bildern hier an die Asylwerbenden herangehen, denn ein ausgebildeter Arzt in Syrien hat wahrscheinlich eine andere Ausbildung genossen als ein Arzt in Österreich oder in Deutschland. Und wenn ich mir anschau, wie wir innerhalb der EU scharf darauf schauen, dass wir im Nostrifizierungsverfahren die jeweiligen Ausbildungen aneinander anpassen, dann verstehe ich nicht, warum wir jetzt bei Asylwerbenden ein anderes Maß anlegen sollten.

Es gibt z.B. ein ganz massives Verfahren im Bereich von Pflegekräften, die wir dringend notwendig hätten im Land, aus Spanien. Die sind dort tertiär ausgebildet und es ist fast nicht möglich, dass sie bei uns tätig sind. Also so gesehen müssen wir uns das schon sehr genau anschauen.

Was die Arbeitsmarktintegration begriff, da geht es in erster Linie natürlich auch um die Qualifikation von Mangelberufen. Und auch hier ist wieder die sprachliche Qualifikation Grundvoraussetzung. Also wirklich mit Augenmaß und Ziel und hier müssen wir uns das sehr genau anschauen, in welchem Bereich wir wirklich auch entsprechende Unterstützungsmaßnahmen setzen.

Es gibt verschiedenste Unterstützungen im Bereich von Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, es gibt eine 15a-Vereinbarung zum Thema Initiative Erwachsenenbildung und im Netzwerk Bildungsberatung. Also es passiert schon sehr viel. Und so zu tun, als wäre es überhaupt nicht Usus, hier einen Standard zu erfassen, das ist, glaube ich, nicht richtig.

Etwas anders sehe ich die Integration von schulpflichtigen Kindern. Und hier ist auch zu sagen, dass wir im Land Salzburg laufend in allen Bildungsregionen junge Asylwerber aufnehmen – ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin – und möchte darauf hinweisen, dass seit September letzten Jahres 171 schulpflichtige Flüchtlingskinder bei uns in der Schule integriert worden sind und ich glaube, das ist schon auch eine Zahl, wo wir sagen können, das Land Salzburg tut sehr wohl etwas. Ich freue mich auf die Diskussion am Nachmittag. Danke! (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Klubvorsitzende Dr. Schnell. Bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Lieber Cyriak Schwaighofer! Wenn ich eine andere Meinung vertrete wie Du oder Du eine andere Meinung vertrittst wie ich, dann begrüße ich das insofern, weil wir in einer Demokratie leben und verschiedene Meinungen durchaus hier Gültigkeit haben. Aber eines lasse ich

mir von Dir nicht vorwerfen: Unterlassene Hilfeleistung! Ich glaube, dass ich in meinem Leben sehr oft, jeden zweiten Nachtdienst und auch als Rettungsarzt im Hubschrauber, vielen Menschen geholfen habe. Unterlassene Hilfeleistung lasse ich mir von Dir nicht vorwerfen!

Frau Kollegin Riezler und alle Kollegen, die vor mir gesprochen haben. Was tun Sie denn, wenn die Flüchtlingsströme nicht enden? Was tun Sie denn, wenn immer mehr kommen und lieber Cyriak Schwaighofer: Es stimmt einfach nicht, dass man das nicht sehen konnte. Ich habe hier im Hohen Haus mehrmals darauf hingewiesen, dass nicht nur die Flüchtlingsströme aus den Kriegsgebieten kommen werden, dass wir in Schwarzafrika ein ganz großes Problem haben, nämlich klimatische Probleme haben, dass wir dort ganz, ganz große Probleme haben, die uns erst erreichen werden. Aber Ihr habt nichts dagegen getan. Aber was tut Ihr denn, wenn Euch Eure Zelte ausgehen, wenn Euch Eure Deutschlehrer ausgehen, wenn Euch Eure Kasernen ausgehen, wenn Arbeitsplätze gar nicht vorhanden sind, weil wir jetzt schon die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg haben? Was macht Ihr dann mit Eurer Weisheit, mit Eurem Clearing und mit allen großen Worten, die Ihr hier sprecht?

Und lieber Cyriak Schwaighofer! Genau das ist es bei der Ersten-Hilfe-Leistung. Auch ich als Arzt muss manchmal zunächst einmal die Symptome bekämpfen. Ich muss einmal dem Patienten die Schmerzen wegnehmen. Aber der nächste Schritt ist, dass ich darüber nachdenke, warum hat der Patient Schmerzen, warum leidet er, was fehlt ihm. Und das ist sofort einzuleiten. Und da wird überhaupt nicht nachgedacht, von keinem einzigen meiner Vorredner aber ich jemals gehört, warum haben wir so große Flüchtlingsströme, warum herrscht eine derartige Migration? Und diesen Menschen zu helfen, lieber Cyriak Schwaighofer, wie schlecht es ihnen geht, ist schon richtig. Aber wer hat denn damals etwas dagegen getan, als Amerika einen Angriffskrieg im Irak gestartet hat, ohne irgendeinen Grund zu nennen, außer den, dass man dort die Waffen sucht, die man vorher im Irak verkauft hat. Hat jemand irgendwann von Euch aufgeschrien oder sich gegen diese Politik aufgelehnt, die letztendlich dazu geführt hat, dass wir derartige Migrationsströme haben? Redet irgendwer davon, was sich derzeit in Südafrika abspielt, wo innerhalb der schwarzafrikanischen Stämme ein derartiger Bruderkrieg herrscht, dass man die Menschen vom 4., 5. Stock herunterschmeißt. Nein. Darüber wird nicht geredet.

Wir reden nur über Symptombekämpfung. Da frage ich mich wirklich: Was macht Ihr, wenn diese Flüchtlingsströme immer mehr werden? Was tut Ihr mit diesen Menschen? Was tut Ihr vor allem mit den Menschen in unserem Land, die das alles nicht mehr bewältigen können? Habt Ihr irgendeine Verantwortung in Richtung Zukunft unserer Kinder, die zukünftigen Generationen, wie wir das bewältigen sollen? Wie wir die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen? Wie wir die Wohnräume zur Verfügung stellen? Wenn Ihr jetzt in Eurer Regierung die

Schwarzen, die Grünen und die Stronache nicht einmal in der Lage seid, die Straßen zu sanieren, die Spitäler, die Finanzen zu garantieren, für die Sicherheit zu garantieren, weil wir einen Posten nach dem anderen zuschließen müssen und zusperren müssen, weil wir für die Krankenhäuser die Spitalsärzte nicht mehr finanzieren können. Ihr bewältigt ja nicht einmal die Politik hier im Hause, aber Ihr redet davon was wir alles tun müssen.

Die Frau Riezler natürlich, der Bund muss machen. Ja, Frau Riezler, wer ist denn der Chef im Bund? Haben Sie überhaupt keinen Bezug zu Ihrem Herrn Faymann, dass Sie mit denen reden können er soll mehr Geld locker machen und er soll mehr tun. Oder die ÖVP mit ihrer Ministerin, die offensichtlich völlig überfordert ist, wie es auch manche Bürgermeister darstellen.

Einfach darüber hinwegfahren, über die Menschen, über die Köpfe der Menschen hinwegfahren, das ist zu wenig, das ist wahrlich zu wenig. Aber vielleicht einmal darüber nachzudenken, auch darüber zu diskutieren, wie können wir die Ursachen bekämpfen, wie können wir an die Wurzeln dieses Dilemmas gehen und was müssen wir tun, dass wir diesen Menschen wirklich helfen, dass wir ihnen vielleicht in ihrer Heimat wieder eine Zukunft bieten können. Und dann schaut Euch einmal an, 90 % sind junge Männer. Ich würde als junger Mann nie meine Heimat verlassen. Ich würde dort dafür kämpfen, demokratische Strukturen entstehen zu lassen und nicht meine Kinder, Frauen und Eltern im Stich lassen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zur Abstimmung zur Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages. Wer für die Zuerkennung der Dringlichkeit ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Somit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befindet sich ein

2.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Durchführung temporärer Grenzkontrollen
(Nr. 942 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

Ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung des dringlichen Antrages.

Abg. Hofbauer (verliest den dringlichen Antrag):

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubvorsitzender Schnell. Fünf Minuten. Bitteschön!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus!

Cyriak, Du hast vorher gesagt die Schotten dichtzumachen, ist auch quasi nicht der Weisheit letzter Schluss, und da gebe ich Dir Recht. Ich gebe auch zu, dass das, was wir hier jetzt verlangen, auch eine symptomatologische Behandlung ist. Das weiß ich. Aber, und das muss man schon auch ganz klipp und klar sagen, es ist eine Maßnahme, um den Flüchtlingsstrom oder Migrationsstrom in die richtige Richtung zu bringen und zu regeln. Das war das, Cyriak, wo ich vor langer, langer Zeit gewarnt habe vor einem massiven Migrationsstrom, den Du nicht sehen wolltest, ich habe ihn damals schon gesehen, und wir gesagt haben wir müssen aber auch klar erkennen wer kommt in unser Land und warum kommt er in unser Land und braucht unsere Hilfe. Da muss ich Euch ganz ehrlich sagen, liebe Freunde, wenn Ihr so blind seid, dass wir derzeit eine Politik haben, wo in unserem Nachbarland für die G7 für 28 Stunden Verhandlungen meterhohe Zäune aufgestellt werden, tief in den Boden gegraben, weil man Angst hat vor der eigenen Bevölkerung und vor den Flüchtlingen, vom eigenen Volk aber verlangt, dass man die Grenzen völlig öffnet und jeden hereinlässt, das ist eine Sauerei. Über 300 Mio. diese 28 Stunden kosten, Cyriak, und da bist Du sicher meiner Meinung, dieses Geld könnte man sehr wohl jenen zur Verfügung stellen, die die Hilfe dringend brauchen.

Aber wir müssen, noch einmal, die Grenzen dicht machen. Wir müssen wieder kontrollieren wer kommt in unser Land herein, wer will was von uns und wie können wir dem Ganzen Herr werden. Ich weiß ganz genau, dass das auch nur eine Symptombekämpfung für kurze Zeit ist. Ich würde mir nichts mehr wünschen auf der ganzen Welt als freie Grenzübergänge, überhaupt keine Grenzen mehr. Das wäre das Schönste, glaube ich, was man sich wünschen kann, was man sich erträumen kann, ich glaube für jeden Menschen. Aber es wird leider nicht gehen, weil eben auch viele, viele andere Interessen dahinterstehen.

Auch bei der Flüchtlingsthematik, meine sehr geehrten Damen und Herren, was stehen denn für Interessen dahinter? Militärische Interessen, wirtschaftliche Interessen. Da möchte ich Euch einmal zum Nachdenken bringen. Wenn Politiker, die unsere Handys abhören, wenn Politiker, die überall auf der ganzen Welt Kriege führen, weil sie irgendwelchen wirtschaftlichen oder militärischen Interessen hinternachfragen, die also nicht sich davor scheuen und auch die Ausrüstung haben, Flieger und Menschen und Kampftruppen in entfernte Länder zu bringen, aber keinen einzigen Flüchtling aufnehmen, dann möchte ich Euch einmal zum Nachdenken bringen warum auch arabische Länder, reiche Länder, die für Milliarden künstliche Inseln bauen und riesen Hotels, keine Flüchtlinge aufnehmen. Nur das kleine Land Österreich und Deutschland und Schweden, die drei Länder sind die Leidtragenden. In Schweden gibt es schon Orte, wo mehr Migranten sich aufhalten als Einheimische.

Wenn das Euer Wille ist, wenn Ihr die Ursachen nicht bekämpfen wollt, wenn Ihr die Ursachen nicht sehen wollt, aus welchem Grund auch immer, ich weiß es nicht, dann tut mir das sehr, sehr leid, weil die Ansätze, die Sie bieten von allen anderen Fraktionen, werden unsere zukünftigen Generationen schwerst belasten und wir werden damit auch die Ursachen für diese Ströme nicht bekämpfen können. Das ist rein symptomatologisch.

Aber was wichtig ist, dass wir einmal irgendwo auch unserer Bevölkerung zeigen, dass wir auch an unsere Bevölkerung denken, dass wir nicht jeden Gast hereinlassen, der vielleicht nichts Gutes im Sinne hat. Was mir einfach auffällt, davor verschließt auch jeder die Augen, es sind zu über 90 % nur junge Männer, die zu uns kommen. Die Frau Kollegin Riezler hat schon über den Nachstrom der Familien gesprochen, und das wird eine Gaudi, wenn wir uns jetzt diese vielen Tausend Flüchtlinge anschauen, die mal drei oder vier, dann werden wir sehen, wie wir das bewältigen können, dann wünsche ich Euch viel Glück bei der Suche nach Deutschlehrern, nach Quartieren, nach Zelten und dergleichen mehr. Sie werden wahrscheinlich in Zukunft nichts mehr anders zu tun haben. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Mayer.

Abg. Mag. Mayer: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der gegenständliche Antrag hat das Ansinnen, die Durchführung von temporären Grenzkontrollen an der Süd- und Ostgrenze in Österreich zu prüfen bzw. temporär wieder einzuführen. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages selbstverständlich zustimmen, weil die Dramatik der Situation tatsächlich zugenommen hat. Die Situation der Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen hat sich durch die weltpolitische Lage enorm verschärft. Es stellt nicht nur Österreich, sondern die gesamte Europäische Union und die Weltgemeinschaft vor noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg dagewesene Herausforderungen und es betrifft natürlich auch Österreich und hat unmittelbare Auswirkungen auf Österreich.

Ich möchte mich in meiner Wortmeldung auf die EU-Außengrenze und den gegenständlichen Antrag beschränken, denn die Frage der Asylproblematik wird in der Aktuellen Stunde noch ausführlich behandelt. Dass diese Problematik nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann, wahrscheinlich nur von der Weltgemeinschaft, steht außer Frage. Daher die Aspekte zu den Außengrenzen, wie sie meiner Meinung nach sich sachlich ergeben.

Erstens: Welche Politik verfolgt die Bundesregierung aktuell in Bezug auf die Außengrenzen? Zweitens: Wie sieht die Praxis aus? Drittens: Gibt es in unserem Bundesland Spezifika und vor allem Spezifika, aus denen man Rückschlüsse sicherheitspolitisch und anderer Natur ziehen kann.

Erstens: Die Politik Österreichs in dieser Frage, eine sehr vernünftige Politik. Sie trägt das Schlagwort *save lives*. Die österreichische Regierung vertritt die Ansicht, dass an den EU-Außengrenzen, an den Schengengrenzen ein Vorauswahlverfahren stattfinden sollte an Leuten, denen wahrscheinlich in der Prognose Asylstatus gewährt werden kann. Diese Menschen sollen dann nicht automatisch in den Drittstaat übernommen werden, sondern in einer gerechten Quote auf ganz Europa und deren Mitgliedsländer verteilt werden, weil es nicht sein kann, dass wenige Länder viel Last tragen und viele Länder wenig bis gar keine Last tragen. Das wird der Schlüssel sein, dass wir diese Herausforderung bewältigen. Ein Ansatz, dem sich sehr viele EU-Mitgliedsstaaten anschließen und dem sich auch ausdrücklich die Europäische Kommission anschließt.

Ich möchte noch eine kurze Zwischenbemerkung machen. Wir reden immer von Herausforderung und Problemen. Ich möchte aber an dieser Stelle betonen, dass es Schutzsuchende sind, Menschen, die fliehen, deren Alternative ist von einem atavistischen Regime hingeschlachtet zu werden, daher das Wort Problem oder Herausforderung nicht als Zynismus zu verstehen, sondern als das, was es ist.

Zweitens: Wie sieht die Praxis in Österreich aus? Es ist ja nicht so, dass wir mit der Einführungen des Schengenregimes einen rechts- und kontrollfreien Raum der Migrations- und Wanderströme eingeführt haben. Es ist zurzeit so, dass die österreichische Bundespolizei zirka 1.350 speziell ausgebildete Beamte im Dienst und im Einsatz hat, die über ein umfassendes Netz verfügen, um fremden- und kriminalpolizeiliche Kontrollen in diesem Bereich durchzuführen. Das ist eine Form der flexiblen, selektiven, mobilen Kontrolle. Sie findet im Grenzbereich statt, im grenznahen Bereich statt, im Hinterland und an den Ballungszentren.

Nach Auskunft der Experten ist diese Form der Kontrolle der fremden- und kriminalpolizeilichen Kontrolle effizient und effektiv. Aufgrund der aktuellen Migrationsströme werden diese Kontrollen verstärkt und wir werden am Nachmittag, und darauf freuen wir uns, in aller Sachlichkeit abwägen müssen, ob diese Form der Kontrolle ausreichend ist oder ob andere Maßnahmen angedacht werden müssen. Das ist in Relation zu setzen und abzuwägen, ganz nüchtern und sachlich.

Ich darf nur kurz auf die Salzburgspezifika, nachdem ich leider schon über die Zeit bin, eingehen. Wir haben es schon angesprochen. Aufgrund der G7-Situation, die wir zur Zeit ha-

ben, haben wir zur Zeit eine verstärkte Kontrolle, aus denen wird dann im Nachhinein wahrscheinlich auch für die gesamte Asyl- und Migrationsproblematik Rückschlüsse ziehen können. Konkret zur Zeit verstärkte Überwachung der Transitrouten lageangepasst. Zweitens Hauptbahnhof: Bestreifung der relevanten Züge und Bahnhöfe und die Grenzkontrollen am Flughafen in Richtung Deutschland.

Wir müssen am Nachmittag abwägen, ob diese Kontrollmaßnahmen ausreichend sind. Langfristig wird es nur mit einer weltgemeinschaftlichen und europäischen Solidarität würdig zu lösen sein dieses Problem. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Hofbauer.

Abg. Hofbauer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Ein verlängertes Wochenende steht vor der Tür. Viele Salzburgerinnen und Salzburger werden den Bericht in Salzburg Heute wahrscheinlich gar nicht mehr sehen, weil sie sich auf den Weg an die Adria machen. Wenn das, was die FPÖ in diesem Antrag fordert, umgesetzt wird, dann wird folgendes passieren: Diese Menschen werden sehr viel länger für diese Reise an die Adria brauchen, weil sie stundenlang im Stau stehen werden, am Brenner oder an den anderen Grenzen in den Süden.

Die Frage ist: Ist das, was hier vorgeschlagen wird, tatsächlich sinnvoll und zielführend? Da sind wir der Meinung dieses Hochziehen der Grenzen, diese, wie der Kollege Schnell gesagt hat, temporären Grenzkontrollen sind hier absolut nicht zielführend. Die Frage, die ich auch stellen möchte, ist: Was heißt temporär? Der Kollege Schnell hat gesagt nur für kurze Zeit. Im nächsten Satz sagt er dieses Problem wird uns noch sehr lange beschäftigen. Das sind zwei Ansagen, die sich widersprechen und die nicht zusammengehen.

Uns ist es wichtig, eher Menschenleben zu schützen als Grenzen zu schützen. Der Kollege Mayer hat auch gesagt "save lives first". Das muss momentan die erste Devise sein und wir brauchen ganz dringend eine europäische Solidarität. Der Kollege Mayer hat es schon ausgeführt. Das Problem, das wir haben, ist, dass sehr, sehr viele Flüchtlinge in wenigen Ländern ankommen. Nach der momentanen Regelung von Dublin zwei müssten sie in diesen Ländern bleiben. Im Erstankunftsstaat müssten all die Verfahren abgewickelt werden und das ist natürlich eine dramatische Ungerechtigkeit zwischen den europäischen Ländern.

Wir waren erst kürzlich auf einer Exkursion in Südtirol, in Bozen. Es waren auch andere Kolleginnen und Kollegen mit. Wir haben dort eine Besprechung gehabt beim Landesrat Theiner und dieses Regierungsgebäude in Bozen ist direkt am Hauptbahnhof. Das Besprechungszimmer hat ein Fenster auf den Bahnsteig und wir haben auch über diese Situation gesprochen und da wissen wir, dass jeden Tag Hunderte Flüchtlinge ankommen und natürlich dort auch aus den Zügen rausgeholt werden, weil, wie ebenfalls schon berichtet worden ist, es ist ja nicht so, dass die Grenzen nicht mehr kontrolliert werden, das ist verlagert. Natürlich werden die Züge kontrolliert, werden stichprobenartig Fahrzeuge kontrolliert, werden Busse kontrolliert, wird an Flughäfen kontrolliert, aber das bringt nichts, weil deswegen werden die Leute ja nicht weniger, sondern wir müssen schauen, wie wir die möglichst gerecht über alle Länder aufteilen und wie jeder nach seiner Kraft, nach seinen Möglichkeiten diese Menschen auch unterbringt und nicht eine Konzentration auf sehr wenige Orte.

Ich glaube auch, dass es wirtschaftlich gesehen überhaupt nicht sinnvoll ist, die Grenzen wieder dicht zu machen. Gerade Italien, der zweitgrößte Handelspartner Österreichs, ein Handelsvolumen von 16 Mrd. Euro. Da sollen wir jetzt wieder alle Autos kontrollieren, die über den Brenner fahren? Das ist doch nicht ernst gemeint. Das löst doch kein Problem.

Da darf ich schon noch einmal beim Kollegen Schnell anschließen. In einem Punkt gebe ich Dir Recht. Wir müssen natürlich auf die Ursachen schauen. Warum passiert Migration? Da ist es doch wesentlich zu sehen, dass es so etwas wie eine globale Gerechtigkeit geben sollte, und das war immer ein Grünes Kernanliegen zu sagen wir müssen schauen, dass wir nicht viele Länder ausbeuten. Gerade wenn wir nach Afrika sehen, die Leerfischung der Küsten von europäischen Fangflotten, wir wissen es sind sehr viele Menschen aus Somalia, die zu uns kommen zum Beispiel. Hier werden von österreichischen, von europäischen Fischereiflotten die Meere leergefischt und entziehen diesen Menschen die Lebensgrundlagen. Auch das sind Fakten. Auch das ist Realität.

Wir wissen über das Problem von Land-Grabbing, dass große internationale Konzerne Agrarflächen im großen Stil aufkaufen und damit diesen Menschen Lebensgrundlagen entziehen. Wir wissen, dass wir alle möglichen anderen Rohstoffe dort im großen Stil ausbeuten und das natürlich dort entsprechend Lebensgrundlagen vor Ort entzieht und diese Probleme müssen wir tatsächlich auf einer globalen, auf einer europäischen Ebene anpacken, weil wenn wir in dieser Art und Weise weitermachen und Lebensgrundlagen entziehen, gibt es für diese Menschen vor Ort wenig Grund dazubleiben.

Ein Punkt ist auch noch wichtig zu sagen, weil es mehrfach angesprochen wurde. Warum die jungen Männer? Natürlich die jungen Männer, weil die, und das ist die traurige Realität, die größte Chance zu überleben haben. Sie werden natürlich nicht Frauen und Kinder in Flücht-

lingsbooten über das Mittelmeer schicken. Wir wissen, dass jetzt schon täglich oft Tausende Menschen ertrinken und da werden diese Menschen natürlich nicht die Schwachen schicken, die Frauen, die Kinder, sondern die, die die größte Chance zu überleben haben. Das darf man ihnen nicht zum Vorwurf machen, weil, lieber Karl Schnell, in dieser Situation würdest Du wahrscheinlich auch nicht Frau und Kinder vorschicken, ...

(Zwischenruf Abg. Steiner-Wieser: Das ist menschenunwürdig!)

... sondern selbst ein solches Boot besteigen. Das ist meiner Meinung nach nachvollziehbar und sollte nicht als Vorwurf missbraucht werden.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine sachliche Diskussion und wir werden der Dringlichkeit zustimmen. Vielen Dank. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Schneglberger.

Abg. Schneglberger: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der vorliegende Antrag der Freiheitlichen Partei passt zum Hauptthema in der heutigen Landtagssitzung. Wir werden diese Thematik sicherlich in der Aktuellen Stunde und natürlich am späten Nachmittag im Ausschuss beraten können, daher möchte ich mich relativ kurz halten. Wie gesagt der Antrag passt zum Thema. Er hebt sich aus meiner Sicht allerdings inhaltlich deutlich, und zwar leider negativ, vom allgemeinen humanitären Tenor meiner Vorredner ab. Eine Abschottung Österreichs innerhalb der EU, eine Verweigerung einer solidarischen europäischen Hilfe für Menschen, die geflohen sind, um ihr Leben zu retten, kann und darf aus meiner Sicht nicht die Meinung und die Position des Salzburger Landtages sein.

Wir werden der Dringlichkeit des Antrages aufgrund der Usancen zustimmen und ich schließe mich dem Kollegen Hofbauer an, hoffe auf eine sachliche Diskussion im Rahmen der Ausschussberatungen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Klubvorsitzende Naderer.

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Mitglieder der Landesregierung!

Ich glaube, ich bin in der Reihe schon der Einzige, der als Praktiker in dieser Sache ganz fundiert mitsprechen kann. Wir haben letzten Sonntag den Sachverhalt gehabt, dass wir an einem einzigen Tag 330 Flüchtlinge in Österreich aufnehmen haben müssen. Was war die Ursache, dass an einem einzigen Tag so viele bei uns einreisen oder auftauchen? Weil nämlich die deutschen Behörden diese Grenzkontrollen, diese temporären, durchziehen wegen dieser Veranstaltung.

Die Kontrollen sind unter anderem, wer es sich anschauen möchte, in Piding. Dort ist allerdings kein Stau, sondern da werden einfach verdächtige Fahrzeuge herausgefiltert und man hat als guten Nebeneffekt auch noch, dass man andere kriminelle Personen erwischt. Hat man, glaube ich, auch schon in einem Bericht im ORF gehört, was da alles zutage gefördert wurde.

Piding war übrigens auch die Ursache für jene 27 Pakistani, die am 27. Mai, glaube ich war es, im Gänsemarsch die Russenstraße nach oben gegangen sind nach Hof und dann von der Polizei aufgegriffen wurden, weil dort der Schlepper wegen den Kontrollen in Piding die 27 Pakistani, Baujahr 1994 bis 1996 - also das mit den jungen Männern ist nicht so an den Haaren herbeigezogen - aussteigen hat lassen, weil ihm die Sache zu heiß geworden ist, weil er via Handy informiert worden ist, dass die deutschen Behörden da eben rigoros kontrollieren.

Wenn man sich die Sache anschaut, ich war dann in Thalheim in diesem Flüchtlingslager, wo diese 27 hingekommen sind, habe ich mir die Geschichte erzählen lassen. Das war hochinteressant. Die sind in Pakistan über Mundpropaganda zu diesem Schlepperring gekommen, sie waren zu zehnt am Anfang, und da hat jeder sage und schreibe 8.000 Dollar bezahlt. Das heißt diese Schlepperorganisation hat mit diesen zehn 80.000 Dollar verdient und dann ist die Reise losgegangen. Über den Iran, dann über die Grenze zur Türkei. In der Türkei haben sie ihnen die Pässe abgenommen, die Schlepperorganisation, und dann sind sie in ein Schlauchboot gesteckt worden - sie sagen das war ungefähr für 20 Leute, 50 waren sie - und dann sind sie Richtung Griechenland gefahren. Kurz vor der Küste in Griechenland, es ist ja unglaublich, hat dieser Motorbootführer das Schlauchboot zerstoßen, damit die alle ins Wasser fallen, damit sie nicht normale Flüchtlinge sind, sondern solche, die aus dem Meer gerettet werden und so den Mitleidseffekt auf jeden Fall zu haben, sie sind Schiffbrüchige. Lebensretter war nachher die Polizei in Griechenland bzw. andere Hilfsorganisationen.

Die Griechen haben gesagt, ok, gebt eure Fingerabdrücke her und da unterschreibt einen Zettel, dass ihr binnen Monatsfrist wieder ausreisen müsst. Das haben sie zwar getan, aber nicht in die Richtung, wie sich das die Griechen vorgestellt haben, sondern über Mazedonien, über Serbien nach Ungarn. In Ungarn, das zweite EU-Land, das zuständig war, Dublin zwei hat der Kollege Hofbauer schon angeführt, ist klar geregelt wer wann wo zuständig ist, in Ungarn hat es keine einzige Kontrolle gegeben, man ist da mit einem Rettungswagen weitergefahren und bis sie dann in Österreich angehalten worden sind. Die 27 sind jetzt in Österreich, obwohl schon zwei andere EU-Länder dafür zuständig wären. Ich glaube das ist einfach wichtig, dass man in der Richtung etwas unternimmt.

Wenn sich Leute von einer kriminellen Organisation schleppen lassen, dann sind das für mich keine Flüchtlinge, dann sind es Schlepplinge. Das kann ja nicht sein, dass dieses System, dass 70.000 vielleicht bei uns dieses Jahr ankommen, ich gehe jetzt davon aus, dass nur vielleicht die Hälfte geschleppt wird. Stellt Euch diesen Millionenmarkt vor? Da ist ja ein Suchtgifthandel ein Pemperlgeschäft dagegen. Ich glaube, da haben wir schon hohen Handlungsbedarf.

Ich weiß der Salzburger Landtag - es ehrt ihn, wenn wir darüber diskutieren - wird dieses Problem nicht lösen, aber ich denke, dass jeder seine Kontakte in seinen Parteien, sei es im Nationalrat oder EU-Parlament nützen sollte, um diese Umstände wirklich zu verhindern. Es zahlen die Geschleppten drauf. Das sind die Armen dabei. Aber wir müssen auch schauen was dahinter ist und ob wir uns nicht zum Beitragstäter machen, wenn wir das fördern, dass wir die dann unterbringen und die in Pakistan und wo auch immer Werbung machen: Wir schleppen euch, weil euch geht es dann so gut. (Beifall der ÖVP- und TS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist noch einmal der Herr Klubobmann Schnell.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Ich würde meine Minuten jetzt gerne dem Helmut Naderer zur Verfügung stellen, denn auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, aber es ist einmal interessant zu erfahren, was sich wirklich abspielt, was sich wirklich draußen tut.

Kollege Hofbauer, ich bin schon froh, wenn wir irgendwo Annäherungspunkte finden. Genau um das geht es. Denn der Grund, und das wissen Sie genauso wie ich, für diese Migrationsströme, da sind ja Hintergründe da. Warum wollen die Menschen jetzt plötzlich aus ihrer Heimat weg, in der sie ihre Familie zurücklassen, in der sie Kinder, Frau, Eltern zurücklassen. Da gibt es ja Gründe. Diese Gründe muss man durchleuchten. Diese Gründe muss man abstellen können, um zu sagen wie werden wir dem her, wie können wir diese Migrations-

ströme unterbinden. Mit Deutschlehrern im Zelt? Mit Kasernen werden wir es nicht schaffen, denn da kommt noch einiges mehr.

Der Helmut Naderer hat es jetzt schon aufgezeigt, und das wird Euch der G7-Gipfel zeigen. G7 ist für mich wirklich symptomatisch für Politik, die auch Ihr betreibt. Genau das Abschotten. Abschotten. Wenn es mir passt, um diese Politik zu schützen, werden meterhohe Zäune um Millionen und Abermillionen aufgebaut, weil die Politiker, die dieses System vertreten, und das unterstützt Ihr, sich schon vor der Bevölkerung fürchten. Das sind die richtigen Politiker. Das sind die, die die richtigen Entscheidungen treffen. Aber der G7-Gipfel hat eines schön aufgezeigt. Deutschland hat die Grenzen zugemacht, hat dichtgemacht, um ein paar Politiker zu schützen und dann kommt man drauf, was sich wirklich abspielt. Aber die normale Bevölkerung, die muss das alles aushalten, die wird nicht gefragt, das ist überhaupt kein Problem.

Helmut, könnte ich Dir nicht noch die paar Minuten zur Verfügung stellen, dass Du uns ein paar solche Dinge erzählst. Genauso wie ich glaube es ist wichtig, dass man einem Arzt zuhört, wenn es um das Gesundheitssystem geht, sollte man auch denen zuhören, die das tagtäglich erfahren. Aber nein, wir verschließen die Augen, wir denken nicht nach warum haben wir derartige Flüchtlingsmassen und was können wir dagegen tun. Genau das ist es, Herr Kollege Hofbauer, Sie haben ja eigentlich richtig nachgedacht, und das gehört auch geändert, aber wir haben eine große EU, von der Ihr so begeistert seid, die in der Richtung bis jetzt noch nichts gemacht hat. Wir haben einen Außenminister, der sich überall einmischt, aber nichts weiterbringt und Österreich der Neutralität beraubt. Wir haben überhaupt nur Politiker, wo jeder gescheit daherredet, jeder überall rumfliegt, jeder noch besser und gescheiter ist, aber in Wirklichkeit nichts gelöst wird.

Wir haben in Amerika, in den USA, die Tonnen an Kriegsmaterial und Tausende Menschen überall hintransportiert, aber ein paar Flüchtlinge aufnehmen können sie nicht, nach Amerika fahren. Wir haben Staaten, wo Europa hinfliegt, um die tollen Hotels zu bewundern, um Millionen, die Natur geschändet, künstliche Inseln gebaut um Millionen, aber die können komischerweise keinen einzigen Flüchtling aufnehmen. Es ist eigentlich, wir sind schon in einer armen Position, Österreich, Deutschland, Dublin II gibt es auch schon nicht mehr, die Außengrenzen, die Staaten nehmen niemanden auf, schicken die weiter, winken die durch und wir machen uns Gedanken. Wir könnten uns wenigstens einmal fragen, ob sie nicht doch ein paar Zelte haben und ein paar Deutschlehrer. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Damit sind wir am Ende der Diskussion. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Zuerken-

nung der Dringlichkeit. Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich **13 Anträge**.

2.2.3 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer, Klubobmann Dr. Schnell und Klubobmann Naderer betreffend eine Novelle zum Salzburger Parteienförderungsgesetz

(Nr. 943 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

2.2.4 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.^a Gutschi, Mag. Mayer, Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die Ablehnung von Maßnahmen zur Abschaffung des Bargeldes in Österreich

(Nr. 944 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

2.2.5 Antrag der Abg. Neuhofer und Ing. Schnitzhofer betreffend die Verbauung von Agrarflächen im Bundesland Salzburg

(Nr. 945 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

2.2.6 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchli, Neuhofer und Ing. Schnitzhofer betreffend den Vorschlag der EU-Kommission zur Reform der Zulassungsregeln von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln

(Nr. 946 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

2.2.7 Antrag der Abg. Neuhofer, Bartel und Jöbstl betreffend die Erhöhung der Wochenstundenzahl des Unterrichtsfaches „Ernährung im Haushalt“ in der Neuen Mittelschule

(Nr. 947 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)

2.2.8 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl betreffend die Änderung der Salzburger Soziale Dienste-Verordnung

(Nr. 948 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

2.2.9 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi betreffend die Schaffung und Finanzierung eines österreichweit flächendeckenden Versorgungsnetzes für Kinder-Hospiz- und Palliativbetreuung

(Nr. 949 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi)

2.2.10 **Antrag** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger betreffend das Projekt „Papageno“ Palliative Care und Hospizbegleitung für Kinder und Jugendliche
(Nr. 950 der Beilagen – Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

2.2.11 **Antrag** der Abg. Riezler und Mag. Schmidlechner betreffend Erwachsenenbildung im Bundesland Salzburg
(Nr. 951 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

2.2.12 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Schaffung von Vollzeit Arbeitsplätzen
(Nr. 952 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

2.2.13 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Transparenz bei den Geschwindigkeitsreduktionen auf A1 und A10 nach IGL
(Nr. 953 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine. Somit einstimmig anerkannt.

2.3 schriftliche Anfragen

Außerdem sind insgesamt **34 schriftliche Anfragen** eingegangen.

2.3.1 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat Dr. Schwaiger betreffend interimistische Besetzung der Personalabteilung im Amt der Salzburger Landesregierung
(Nr. 859 der Beilagen)

2.3.2 **Anfrage** der Abg. Riezler und Brand an Landesrat Mayr betreffend Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auf der B 159 zwischen Werfen und Tenneck
(Nr. 860 der Beilagen)

2.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Kosten für Versorgung von Fremden
(Nr. 861 der Beilagen)

2.3.4 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Verkehr
(Nr. 862 der Beilagen)

2.3.5 **Anfrage** der Abg. Brand und Meisl an die Landesregierung betreffend finanzielle Unterstützung der Gemeinden
(Nr. 863 der Beilagen)

2.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Notaufnahmen in den SALK
(Nr. 864 der Beilagen)

2.3.7 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend KH Tamsweg Essen auf Rädern
(Nr. 865 der Beilagen)

2.3.8 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Ausschreibungen SVG
(Nr. 917 der Beilagen)

2.3.9 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Stand der Abrechnungen zwischen SVG und den Verkehrsunternehmen
(Nr. 918 der Beilagen)

2.3.10 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend weitere Details zum Einsatz von Niederflurwaggons
(Nr. 919 der Beilagen)

2.3.11 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Ungereimtheiten und „Altlasten“ im Personalressort
(Nr. 954 der Beilagen)

2.3.12 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das Thermenprojekt in St. Martin bei Lofer
(Nr. 955 der Beilagen)

2.3.13 **Anfrage** der Abg. HR Dr. Schöchrl, Bartel und Neuhofer an die Landesregierung betreffend weggeworfene Lebensmittel im Bundesland Salzburg
(Nr. 956 der Beilagen)

2.3.14 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend Belohnungen für besondere Leistungen von LehrerInnen
(Nr. 957 der Beilagen)

2.3.15 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung betreffend das Leistungsfeststellungsverfahren bei LandeslehrerInnen
(Nr. 958 der Beilagen)

2.3.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend das Messezentrum Salzburg
(Nr. 959 der Beilagen)

2.3.17 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Mai 2015
(Nr. 960 der Beilagen)

2.3.18 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung betreffend die Außenstände durch die Behandlung von ausländischen Patienten
(Nr. 961 der Beilagen)

2.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung betreffend Förderungen und Subventionen des Landes Salzburg
(Nr. 962 der Beilagen)

2.3.20 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend schulische Inklusion von Kindern mit Sonderpädagogischem Förderbedarf
(Nr. 963 der Beilagen)

2.3.21 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend Genossenschaften in Salzburg
(Nr. 964 der Beilagen)

2.3.22 **Anfrage** der Abg. Scheinast, Mag.^a Sieberth und Fuchs an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend Lebensmittelverschwendung in Salzburger Supermärkten

(Nr. 965 der Beilagen)

2.3.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Auswirkungen der Einführung der Umweltplakette in Oberösterreich

(Nr. 966 der Beilagen)

2.3.24 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Ing. Sampl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Durchimpfungsrate im Bundesland Salzburg

(Nr. 967 der Beilagen)

2.3.25 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das Adipositas-Zentrum Hallein

(Nr. 968 der Beilagen)

2.3.26 **Anfrage** Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend das neue Sparpaket für das Land Salzburg

(Nr. 969 der Beilagen)

2.3.27 **Anfrage** der Abg. Mayer und Mag. Scharfetter an Landesrat Mayr betreffend die Umsetzung der neuen Salzburger Wohnbauförderung

(Nr. 970 der Beilagen)

2.3.28 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend neuem Branding SVG und SVV

(Nr. 971 der Beilagen)

2.3.29 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr betreffend Senioren- und Jugendticket

(Nr. 972 der Beilagen)

2.3.30 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Hofbauer an Landesrat Mayr betreffend die Fahrgastzahlen im Öffentlichen Verkehr im Bundesland Salzburg

(Nr. 973 der Beilagen)

2.3.31 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Kinderbrücke
(Nr. 974 der Beilagen)

2.3.32 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
(Nr. 975 der Beilagen)

2.3.33 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
(Nr. 976 der Beilagen)

2.3.34 **Anfrage** der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Sonderpflegeabteilung für psychiatrische, psychogeriatrische und geronto-psychiatrische PatientInnen (PSP) St. Veit
(Nr. 977 der Beilagen)

2.3.35 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Hilfe in besonderen Lebenslagen im Jahr 2014
(Nr. 978 der Beilagen)

2.3.36 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Kosten für UMF in der Kinder- und Jugendhilfe
(Nr. 979 der Beilagen)

2.4 **Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Landesrechnungshof hat den

2.4.1 **Bericht des Rechnungshofes** betreffend Haftungsobergrenzen im Bereich der Länder und Gemeinden

übermittelt.

Dem Petitionsausschuss habe ich eine **Petition der Stadtgemeinde Seekirchen betreffend den Ausbau der Bahnhaltestelle Süd als regionaler Umsteigeknoten** zugewiesen.

Damit ist der Einlauf erledigt. Ich rufe auf

Punkt 3: Aktuelle Stunde

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag der SPÖ „Hilfe für Menschen auf der Flucht! Verantwortung wahrnehmen – Chancen eröffnen – Was tut Salzburg?“ als heutiges Thema festgelegt.

Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner der SPÖ Landesrätin Mag.^a Berthold zu Wort kommt. Danach werden die Redner in der Reihenfolge ÖVP – Grüne – FPÖ und Team Stronach aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP – SPÖ – Grüne – FPÖ – Team Stronach aufgerufen. Ich ersuche auch um Zeitdisziplin, damit alle ausreichend zu Wort kommen. Wie gewöhnlich werde ich eine Minute vor Schluss der Redezeit läuten, damit Sie sich darauf einstellen können. Die Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern und gegebenenfalls, nur Regierungsmitglieder, keine Bundesräte sind heute am Wort, werden nach Bedarf aufgenommen und der jeweiligen Landtagspartei auf die Reihenfolge angerechnet.

Ich erteile das Wort dem Klubvorsitzenden Steidl.

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Was bewegt, was beschäftigt, was fordert die Bürger in Europa, in Österreich, in Salzburg? Was sind die Sorgen und Ängste der Leute, wenn die Arbeitnehmer gekündigt statt eingestellt werden, die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat negative Rekorde schreibt, wenn für immer mehr Menschen, für junge Menschen so etwas wie das Leben planbar zu machen und planbar zu halten, verloren geht und damit die beruflichen Wünsche und Lebensträume für immer mehr junge Menschen zerplatzen.

Noch in vielen anderen Themen stecken wir mitten in einer Phase des Erfassens, des Verstehens, des Umbruchs und der Entscheidung. Das hat ja die vorgehende Debatte gezeigt und in vielen Fragen und Themen ist die Erwartungshaltung an die Politik eine ganz konkrete von Seiten der Bevölkerung und auch berechtigt. Redet miteinander und dann tut etwas, macht etwas. Wir müssen reden, dringend reden über die Salzburger Hilfe für Menschen auf der Flucht. Das tun wir auf unseren Vorschlag mit der heutigen Aktuellen Stunde, und die SPÖ schlägt mit einem dringlichen Antrag auch vor, nach dem Reden etwas zu tun. Ich lade alle, die Regierung, aber auch alle Landtagsparteien ein, auf Grundlage unserer Initiative des dringlichen Antrages etwas zu tun. Etwas zu tun für die Integration der Kriegsvertriebenen

und der Kriegsgeflüchteten und wir müssen es so tun und wir müssen es so organisieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es die Salzburgerinnen und Salzburger auch verstehen, damit sie es auch uneingeschränkt unterstützen können und wir müssen es rasch tun, damit das Thema uns nicht als Problem über den Kopf wächst.

Wenn die Bundesregierung in Wien und wenn die Landesregierungen in den Bundesländern und damit auch die Salzburger Landesregierung weiter frei nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ Asylpolitik machen, dann wird es sehr rasch zum unbewältigten Problem werden. Vor einem Jahr haben Sie, Herr Landeshauptmann, am Rande der Salzburger Festspiele gemeint Salzburg wird mit seinem Wohlstand doch in der Lage sein, die Flüchtlinge, die Asyl brauchen, auch aufnehmen zu können. Ja, ich gebe Ihnen in Ihrer Einschätzung Recht, Herr Landeshauptmann. Wirtschaftlich wäre es kein Thema oder kaum ein Thema, aber politisch haben Sie und Ihre Regierung total versagt. Dieses Versagen ist sichtbar und wird immer größer und heißt Zeltstadt Polizeisportplatz.

Was sagen die Grünen und wie ist das inhaltliche Engagement der Grünen Landesrätin zur Zeltstadt und zum Thema im Generellen? Sie meint es ist unwürdig, es ist ein Armutszeugnis und dann Schweigen. Die Frage der Unterbringung ist die erste Frage, die menschlich gelöst werden muss, ist aber nur eine kleine Herausforderung im Vergleich mit dem, was danach als Aufgabe uns alle, aber im Besonderen auf die Regierung wartet. Ich bin der Meinung bei allen Entscheidungen und bei allen Maßnahmen, die wir gemeinsam setzen, muss berücksichtigt werden was ist den Salzburgerinnen und Salzburgern an Herausforderung und an Verantwortung zumutbar. Die politische Verpflichtung von uns ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, die eigene Bevölkerung in der Lösung dieses Themas und des Problems dabei nicht zu überfordern.

Was muss die Regierung tun und liebe Regierung, es braucht eine Klärung wer sind die Asylwerber, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten haben sie, welches Gesellschaftsbild bestimmt ihr tägliches Leben, wie kann das mit unserer Lebenskultur in Einklang gebracht werden. Wie kann die Integration kulturell und gesellschaftlich gelingen und wie groß ist unsere Bereitschaft dafür zu sorgen, dass die deutsche Sprache schnell und rasch vermittelt wird? Welche beruflichen Perspektiven können ab wann und wo zu welchen Bedingungen eröffnet werden? Wo kann zu welchen Bedingungen gewohnt werden und wie werden die Salzburger Gemeinden - weil jeder Asylwerber, jede Asylwerberin wird in irgendeiner Gemeinde wohnen und leben - bei all diesen ungelösten Fragen, wie können die Gemeinden dabei unterstützt werden, finanziell genauso wie personell.

Die SPÖ fordert Sie, Herr Landeshauptmann, und auch Sie, Frau Landesrätin, auf, kommen Sie Ihren Versprechen gegenüber der zuständigen Ministerin und auch den Versprechen den

anderen Bundesländern gegenüber nach und schaffen Sie die notwendigen festen Quartiere und sorgen Sie für die notwendigen budgetären, personellen und organisatorischen Maßnahmen, damit aus dieser nicht einfachen Entwicklung und Situation sowohl für die Salzburgerinnen und Salzburger genauso wie für die Menschen auf der Flucht, dass aus diesem zweifelsohne gewaltigen gesellschaftlichen Umbruch tatsächlich neue Lebenschancen eröffnet und unterstützt werden können. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächste am Wort ist die zuständige Landesrätin Mag.^a Berthold. Du hast zehn Minuten.

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Hilfe für Menschen auf der Flucht. Salzburg Hilft. Ich zitiere jetzt aus einem Leserinnenbrief von gestern von der Krone: „Es gibt viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die diesen oft traumatisierten Menschen helfen, Fuß zu fassen, die mit ihnen sprechen, ihnen bei Behördengängen helfen, Ausflüge organisieren, ihnen ihre neue Heimat zeigen und einfach für sie da sind, wenn sie Hilfe brauchen. Viele Menschen bringen Spenden in die Flüchtlingshäuser und zeigen damit den Flüchtlingen, dass sie willkommen sind.“ Ein Ausschnitt von den vielen, vielen Initiativen der Salzburgerinnen und Salzburger.

In Neumarkt stellt die Gemeinde eine Praktikantin an und unterstützt so die Asylwerbenden vor Ort, nachdem es sehr große Proteste gegeben hat bevor das zweite Asylwerberquartier eingerichtet worden ist. In Radstadt gibt es 40 Radstädterinnen und Radstädter, die ein Quartier betreuen, die zusätzlich zu den organisierten Deutschkursen mit den Menschen Deutsch lernen, die Freizeitaktivitäten machen. Im Pongau Nord gibt es vier Gemeinden, die sich zusammengeschlossen haben und Asylquartiere anbieten. In St. Veit gibt es einen Pfarrer, der zwölf Asylwerbende im Mesnerhaus unterbringt und sie unterstützt, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. In Lend gibt es ein neues Frauenquartier und eine Initiativgruppe, die sich vor zwei Wochen gegründet hat, und die Frauen dort unterstützt, unter anderem mit Sprachcafés.

In Mülln gibt es ein Quartier der Caritas, bei dem das Landestheater sehr engagiert ist und unterstützt. In Faistenau gibt es seit zwei Tagen ein neues Quartier, vom Roten Kreuz geführt und bei der Infoveranstaltung vor Ort hat sich spontan ein Kreis „Freunde des Faistenauer Flüchtlingsheimes“ gegründet.

Bei den Zelten gibt es engagierte Frauen, unter anderem Doraja Eberle, die in einer Rucksackaktion die Menschen unterstützen. Es gibt viele Salzburgerinnen und Salzburger, die uns als politisch Verantwortliche dabei unterstützen, den Menschen einfach Hilfe zu geben.

Es ist wichtig, diese zu stärken, diese zu ermutigen und sie sollen sichtbarer werden, denn es braucht diesen Mut, sich für die Flüchtlinge einzusetzen. Und es braucht den Mut auch für die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen vor Ort.

Verantwortung übernehmen, Verantwortung wahrnehmen, ist der Untertitel dieser Aktuellen Stunde. Mit dem gestrigen Tag leben 2.185 Menschen in der Grundversorgung in Salzburg in 74 Quartieren. Seit Anfang Jänner 2015 haben die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Grundversorgungsstelle in sehr intensiver Arbeit 447 neue Quartiersplätze geschaffen in insgesamt zusätzlich 16 neuen Einrichtungen. Die Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen, mit Caritas, Rotem Kreuz, Samariterbund und Jugend am Werk, mit SOS-Kinderdorf und Menschenleben ist intensiviert worden. Viele der neuen Quartiere werden jetzt von Hilfsorganisationen geführt und es gibt neue Konzepte wie den Regionalverband Oberpinzgau, der ein Quartier führt, und die Flüchtlingshilfe Pongau Nord.

Wir übernehmen Verantwortung für diese Situation. Es ist wichtig, in dieser Situation einen Schulterschluss zu machen. Wir haben keine Zeit und keinen Raum für parteipolitische Geplänkel, sondern da braucht es jetzt ein Zusammenarbeiten aller, um - und das ist der zweite Aspekt von Ihrem Antrag - Chancen zu eröffnen. Es ist in Salzburg wichtig, den Flüchtlingen Dächer über dem Kopf zur Verfügung zu stellen und es ist wichtig, sie zu unterstützen, hier bei uns anzukommen.

Die Deutschkurse werden flexibler gestaltet. Es wird in zwei Wochen eine intensive Besprechung geben mit allen Hilfsorganisationen, mit der VHS, mit einem engagierten Mann, Tom Cecula, der innovative Deutschkurse macht. Das heißt, es soll wirklich für die Flüchtlinge Deutschmöglichkeit zur Verfügung stehen und nicht mit Start im Herbst, sondern es soll sozusagen ein A1-Sprachnetz für alle gestaltet werden und das Ziel ist, die Menschen auf A1-Level zu bringen, damit sie auf dem Arbeitsmarkt gut Fuß fassen können.

Bildung: Dieses Thema des Clearings, das angesprochen worden ist, wird mit der Caritas bereits umgesetzt. Für Menschen, die einen positiven Asylbescheid haben, werden die vier Monate genutzt, um ein vertiefendes Clearing zu machen. Im ersten Schritt gibt es eine Information bzw. eine Erfragung wie der Bildungsstand ist, wie die Ausbildung ist, was für Interessen und Bedürfnisse sind, um im zweiten Schritt dann die weiteren Maßnahmen für die Menschen zu erarbeiten. Es gibt Unterstützung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, wie z. B. über das Mentoringprojekt der Kinder- und Jugendanwaltschaft.

Salzburg nimmt nicht nur über das Integrationsbudget Geld in die Hand, sondern auch über die Erwachsenenbildung. Ein neues Projekt für jugendliche Flüchtlinge wird vom BFI auf Antrag des Landes oder mit Unterstützung des Landes finanziert. Es gibt das Projekt Minerva

für jugendliche Flüchtlinge und es gibt die Ausbildungen, die Basisbildungskurse und das Nachholen des Pflichtschulabschlusses.

Arbeit: Die Gemeinden und das Land haben die Möglichkeit, Asylwerbende gemeinnützig anzustellen. Die Stadt macht davon sehr viel Gebrauch, da können viele Asylwerber gemeinnützig arbeiten. Einige Gemeinden nützen das auch. Anfang der Woche habe ich alle Salzburger Gemeinden wieder informiert über diese Möglichkeit und sie gebeten, Asylwerbenden eine Arbeit zu geben.

Wir greifen auch zurück auf die Ehrenamtlichen. Wir sind dabei ein Projekt aufzubauen, um die Ehrenamtlichen zu unterstützen, wirklich Fuß fassen zu können, sich mit ihrer Zeit und mit ihrem Engagement bei den Asylquartieren und in der Begleitung von Asylwerbern einbringen zu können. Wir sind dabei, mit einem großen Salzburger Serviceklub, der das Thema Integration als Jahresschwerpunkt macht, ein Projekt auf die Beine zu stellen.

Wir unterstützen im Bereich des Wohnens. Für anerkannte Flüchtlinge wird es ein Wohnprojekt Innergebirg geben, und das wird über diesen EU-Topf AMIF, den Ingrid Riezler schon angesprochen hat, finanziert. Es soll im ersten Schritt für 200 Menschen eine Möglichkeit geboten werden, in den Regionen auch zu bleiben.

Das alles zeigt, dass wir die Verantwortung in Salzburg wahrnehmen. Aber es zeigt natürlich auch auf, dass wir nicht am Ende sind, sondern dass es eine weitere Kraftanstrengung braucht und es braucht diese gemeinsam. Es braucht ein Miteinander von Stadt und Land. Es braucht ein Miteinander von öffentlicher Hand und von allen ehrenamtlichen Frauen und Männern, die in Salzburg etwas machen wollen und denen es nicht egal ist, dass die Menschen auf der Flucht in Zelten leben, dass die Menschen vor Krieg fliehen und dass viele Frauen und Kinder und Männer in Not sind.

Salzburg erarbeitet jetzt keine Konzeptpapiere, sondern wir arbeiten in einer abgestimmten Strategie und mit abgestimmten Maßnahmen. Ich hoffe, dass alle, die wir jetzt ganz intensiv mitreinnehmen in unsere Maßnahmen und in unsere Arbeit, mit uns weitergehen. Das sind die Hilfsorganisationen. Das sind die Kirchen und Pfarrgemeinden. Das sind die vielen ehrenamtlichen Salzburgerinnen, oft auch pensionierte Lehrer und Lehrerinnen, die Deutschkurse machen. Das sind die Bürgermeister in Gemeinden, die von sich aus auf uns zukommen, und ein Asylquartier anbieten. Das sind alle, die Verantwortung wahrnehmen, die Menschlichkeit zeigen, und die sagen wir werden es schaffen als Bundesland, wir werden es gemeinsam schaffen.

Ich möchte schließen mit dem Ende dieses Leserinnenbriefes. „Es gibt noch so viel zu tun für die Flüchtlinge für eine gute Integration, für ein Zusammenleben mit unserer Bevölkerung, und das wäre eine lohnenswerte Aufgabe.“ Ich korrigiere den letzten Satz. Es wäre nicht eine lohnenswerte Aufgabe, sondern es ist eine lohnenswerte Aufgabe für uns alle und ich nehme jetzt Bezug auf Karl Schnell, der gesagt hat: Ich wünsche Euch viel Glück bei der Suche nach Quartieren, ich wünsche Euch viel Glück, dass Ihr das Problem bewältigt. Und ich sage ich wünsche uns viel Glück. Wir miteinander als Bundesland sind gefordert. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist der Herr Landeshauptmann Haslauer. Herr Dr. Haslauer, Sie haben fünf Minuten.

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich bin jetzt elf Jahre in der Landesregierung, zwei Jahre davon als Landeshauptmann und ich bin zum ersten Mal in diesen elf Jahren wirklich und ernsthaft besorgt. Wir stehen am Beginn, erst am Beginn einer Völkerwanderung, die in ihrer Dimension gar nicht abzuschätzen ist. Das ist bedingt durch kriegerische Auseinandersetzung, aber auch durch Armut. Das ist bedingt durch unterschiedliche Wohlstandsverhältnisse, aber vielleicht auch durch politische Fehlentscheidungen. Wir alle haben grauenhafte Bilder im Kopf. Enthauptungen, Menschen auf überbesetzten Booten, Menschen, die ertrinken. Wir haben jetzt in der Stellungnahme der zuständigen Landesrätin, die enorm engagiert ist, beeindruckende Beispiele an Humanität, an Mitmenschlichkeit, an Engagement bei der Bürgergesellschaft, gehört, aber wir dürfen die Augen vor der Realität nicht verschießen. Wenn es uns nicht gelingt, diesen humanitären Ansatz zu einem gemeinsamen Anliegen der gesamten Gesellschaft zu machen, dann werden wir scheitern und dann wird Österreich auch ein anderes Gesicht bekommen als es dies heute hat.

Ich gebe Ihnen ein paar Zitate aus der Homepage OTStrache.at zum Stichwort Migration. Die Zitate sind von den letzten beiden Tagen. „KZ muss seine Türen wieder öffnen. Die sollte man allesamt in ein Lager stecken, wo man sie einmal lehrt wie man arbeitet, diese Arbeit macht fröhlich. Ich spende einen Kanister Benzin und Streichhölzer, das sollte genügen. Oder: Ich kenne ein Lager, wo ich solche Unmenschen hinschicken würde, aber den Namen des Lagers kann ich nicht sagen. KZ. Lasst sie verhungern, dann bleibt ein Geld für die Österreicher, die arm sind. Ab und weg mit ihnen oder Zwangsarbeit für Essen und Zeitschlaf. Einfach schon im Mittelmeer wegbomben. Nicht ins Flugzeug, ab in den Ofen mit dem Mistpack. Ab in den Flieger, über dem Meer Türen auf, Problem gelöst. Dann schickt sie sofort nach Hause oder dahin, wo früher andere duschen waren.“

Meine Damen und Herren! So wird heute gepostet. Das ist eine extreme Minderheit, das wissen wir, aber es ist eine Tonalität, die da ist und die Faktum ist. Wie viel an Flüchtlingen sind für unser Land verkraftbar? Am Anfang des Jahres haben wir von 20.000 geredet, dann von 30.000, von 50.000, jetzt liegen die Prognosen für dieses Jahr allein bei 70.000 Flüchtlingen. Man spricht davon, dass wir in der Ungarnkrise und im Jugoslawienkrieg 180.000, 200.000 Flüchtlinge ohne weiteres aufgenommen haben. Ja, ja, das ist schon richtig, zusammengezählt über mehrere Jahre. Wenn wir das, was jetzt aufgenommen wird, zusammenzählen, sind wir auch schon dort und die Quote, um die wir ringen, damit wir sozusagen unsere Verpflichtungen als Land erfüllen können, diese Quote ist ja nur die Spitze des Eisberges, denn diejenigen, die den Flüchtlingsstatus bekommen, sind ja in der Quote nicht mehr drinnen, die sind ja bereits da, und der Berg baut sich auf und unsere humanitären Bemühungen und Bewegungen sind wie ein Kampf gegen die Windmühlen und die Akzeptanz in der Bevölkerung geht zunehmen verloren. Das ist die Realität.

Meine Damen und Herren! Das Hauptproblem ist, glaube ich, dass unsere Leute keine Perspektive haben, wie geht denn das weiter. Die, die da sind, die können wir schon betreuen, das verkraften wir schon, aber wie viele kommen noch? Wie viele Jahre lang wird das noch weitergehen? Welche Maßnahmen werden denn getätigt werden? Und wieso Österreich? Wieso nehmen wir so viele und andere so wenig? Die Slowakei hat im letzten Jahr, habe ich gehört, 17 Flüchtlinge aufgenommen. Portugal, wo Europa sich ja finanziell massiv engagiert hat, ganze 500. Und Österreich, Deutschland, Schweden erfüllen ihre Aufgaben. Andere Länder nicht.

Selbstkritisch werden wir auch zu fragen haben, ob das Problem nicht auch hausgemacht ist, ob nicht unsere Sozialleistungen ein Maß an Attraktivität erreicht haben, die auch wirklich Leute bei uns anziehen. Verschließen wir uns bitte der Diskussion nicht, ich weiß, dass das nicht lustig ist. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Nein!)

... Aber wir sind in einer Situation, dass unsere Gesellschaft auseinandertrifft, dass auf der einen Seite humanitäres Engagement, das von einer wirklichen Menschlichkeit getragen wird und das meinen ganzen Respekt hat, da ist, auf der anderen Seite aber viele Menschen auch sagen, wieso eigentlich, wieso die, wer hilft uns, wer steht uns zur Seite. Das ist unsere Aufgabe. Das muss ein nationales Anliegen sein, dass wir gemeinsam jenen Perspektiven geben, die in ihrem Leben bedroht sind, und die Schutz und Hilfe brauchen, aber auch jenen, die hier in Österreich sagen, wie lange müssen wir diese Last noch tragen und wo geht der Weg eigentlich wirklich hin.

Wenn wir, und damit komme ich zum Schluss, Frau Präsidentin, in dieser Situation politisches Kleingeld schlagen, dann werden wir diese Krise nicht bewältigen können. Ich kann nur sagen jetzt sind wir alle aufgerufen, uns diesem Problem zu stellen. Ohne Träumerei, mit Menschlichkeit, aber auch ohne Menschenverachtung und ohne verkürzende radikale Parolen. Ich danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Sieberth.

Abg. Mag.^a Sieberth: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen, Kollegen Abgeordnete! Liebe Gäste hier und im Internet!

Hilfe für Menschen auf der Flucht. Was tut Salzburg? Ich denke mir da hat Martina Berthold sehr viel schon dazu berichtet. Da geht es um Bildungsmaßnahmen rund um das Deutschlernen, um Bildungsmaßnahmen für Junge gerade um den Pflichtschulabschluss, da geht es um Beratungsangebote für Arbeit und Wohnen. Das umfasst Vernetzung, Unterstützung von Menschen, die sich vor Ort engagieren. Es geht vor allem auch um qualitätsvolle Quartiere.

Was Salzburg noch tut, sieht man eigentlich an den unzähligen Menschen aus der Zivilgesellschaft, die sich jetzt zunehmend bemühen, und da teile ich das, was Landeshauptmann Haslauer sagt, der humanitäre Einsatz muss ein gemeinsamer sein. Wo ich nicht ganz dacor bin, dass ich glaube die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt. Ich glaube die ist langsam und stetig am Steigen, und das sieht man an den zunehmenden Leuten, die kommen und fragen, wie kann ich helfen und was kann ich tun.

Die ersten Versammlungen, wo wir vielleicht noch nicht so eingespielt waren, waren tatsächlich Versammlungen, wo Protest war. Die Bürgerversammlungen heute, sind Bürgerversammlungen der Hilfe und nicht des Protests. Da hat sich wirklich etwas verändert. In der medialen Diskussion spiegelt sich das nicht immer wider. Es gibt immer noch die, die schreien das sind zu viele und unsere Kinder trauen sich nicht mehr auf die Straße und auch die Bilder von den Zelten tun das ihrige. Man sieht diese Zelte, zuerst waren sie in nasskalten Wiesen und jetzt werden sie bald zu Saunalandschaften, wenn die Wettervorhersagen stimmen, die sagen schaut her, alles ist voll, wir schaffen nur mehr Zelte. Das halte ich tatsächlich für grundfalsch, weil es nicht stimmt.

Die wahre Dramatik, und da beziehe ich mich jetzt auf den Herrn Schnell, bezieht sich eigentlich auf ganz andere Bereiche der Welt, weil die Flüchtlinge, die es zu uns schaffen, sind nur ein kleiner Teil. Der große Teil der Flüchtlinge sind z.B. im Libanon. 1,1 Mio., dabei hat

der Libanon selber 4,4 Mio. Dort ist Dramatik angesagt. Bei uns sind ja eigentlich in der Herausforderung, aber in einer, die wir eigentlich bewältigen können, wenn wir das wollen.

Das, was wir, glaube ich, einfach gefordert sind, ist Haltung zu zeigen, und das betrifft die Politik, das betrifft die Verwaltung, das betrifft die Medien, das betrifft auch die Zivilgesellschaft. Diese Menschen sind auf der Flucht. Alle beteuern immer die grauslichen Bilder, die wir haben, das sind wirklich grauenvolle Bilder, wenn eine Mutter ihre Kinder vor ihren Augen ertrinken sieht im Mittelmeer oder wenn die halbe Familie abgeschlachtet worden ist. Natürlich gehe ich dann. Da habe ich jetzt ein bisschen im Ohr, da war ich noch nicht da, aber ich habe es schon in der Übertragung gehört, der Kollege Schnell sagt er würde nicht fliehen, er würde bis zum Schluss in seinem Land kämpfen. Bei allem Respekt, das finde ich eine sehr martialisch männliche Sicht der Dinge.

Ich war nämlich im Gespräch mit einigen Flüchtlingen und habe sie natürlich auf das auch angesprochen und ich habe z.B. eine Frau, auch da ist ganz klassisch der Mann zuerst geflüchtet, und sie war stark überzeugt, eine Frau aus dem Kosovo, die Geschichte ist schon länger her, sie war überzeugt ich bleibe in meinem Land, ich habe da mein Netzwerk, sie war Journalistin, wollte bleiben und dann kam der Krieg und dann wurde sie schwanger. Sie hat einen Mann, eine gutgehende Gastwirtschaft und dann hatte sie auf einmal ein kleines Kind und auf einmal war die Situation tausendmal verletzlicher. Wer bleibt in so einer Situation, wenn er irgendwie die Chance hat, woanders hinzugehen? Das Kind war dann da und sie hat gesagt ich will trotzdem zurück in den Kosovo, weil dort habe ich mein Leben, dort habe ich meine Strukturen und sie hat es dann auch versucht und hat aber gesehen, wie sie glorios einfach scheitert mit einer Familie in einem zerstörten Land, ein Leben aufzubauen. Mittlerweile unterstützt sie Österreich in der Arbeit.

Wir müssen Haltung zeigen. Wir müssen helfen so gut wir können. Wir müssen nicht alle gleich beste Freunde werden, aber wenn sich jeder und jede auf das konzentriert was sie gut kann, und auch das zeigt die Zivilgesellschaft. Die einen helfen beim Spenden, die anderen sind besser in den Deutschkursen. Dann wird es funktionieren und wir in der Politik müssen die Rahmenbedingungen dafür so gut wie möglich gestalten.

Ich möchte abschließen mit dem Bürgermeister aus Neudörfel. Die haben gerade gewählt. Die Großparteien haben recht verloren. Neudörfel hat einen SPÖ-Bürgermeister. Der hat fast nichts verloren. 4.500 Einwohner hat der Ort. Derzeit 50 Asylwerber bei sich, er sagt selber mal mehr, mal weniger. Ich zitiere jetzt ihn. Er hat immer gesagt lieber verliere ich ein paar Stimmen als mein Gesicht. Das war eine Muthaltung. ...

(Zwischenruf Abg. Essl: Den freiheitlichen Gemeinderat kann man auch zitieren! Er hat auch gewonnen!)

... Den kann man auch zitieren, weil der hat gesagt, ich brauche nichts aufwiegeln wo nichts ist. Das würde ich Euch eh raten. Aber er sagt auch man braucht nichts aufwiegeln wo nichts ist. Also da könnt auch Ihr davon lernen.

Was er auch sagt ist, dort, wo das Thema offensichtlich nur aus Medien bekannt ist, ist die Angst größer als dort, wo in der Praxis das Zusammenleben vorgelebt wird. Und imaginäre Ängste kann ich entweder entkräften oder ich spiele auf der Geige das lasse ich nicht zu und ich werde euch davor beschützen. Sein Rezept ist folge dem eigenen Gewissen, sage offensiv die Wahrheit, wir schaffen das gemeinsam. Dem ist nichts hinzuzufügen. (Beifall der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächster am Wort ist ein Redner, eine Rednerin der FPÖ. Klubvorsitzender Schnell!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus!

Kein einziges Argument über die Ursachen. Kein einziges Argument, wie man diesen Menschen helfen kann jetzt wenn sie bei uns sind, wie man ihnen helfen kann, wenn sie vielleicht wieder in ihre Heimat zurückkehren können, was sie brauchen. Deutsch lernen alleine wird zu wenig sein. Man sollte ihnen demokratische Gedanken mitgeben können, man könnte sie das lehren, man könnte fragen welche Berufe könnt ihr brauchen zu Hause, wenn ihr wieder zurückkehren könnt.

Herr Landeshauptmann, lieber Wilfried Haslauer, die Zitate, die Du zitiert hast, waren sehr grausig und auch reiner Populismus, reinster Populismus, denn Du weist ganz genau, dass niemand etwas dagegen machen kann, wenn er Postings hineinstellt. Lieber Herr Landeshauptmann, nur damit ich Dir im Gegenpart einmal, was mich betrifft, ein paar Zitate sage, der die zwei Wochen im ORF drinnen waren: Der Schnell gehört solange eingesperrt und von den Mithäftlingen arschgefickt bis er an Aids krepirt. Oder nach dem Brand vom Hotel von meiner Frau, wo mich Gäste angerufen haben, schau hinein in das Internet von Krone usw., der Nazi Schnell hat sein Hotel angezündet. Damit wir mal gleichgeschaltet sind. Solche Narren gibt es immer, wird es immer geben, lieber Wilfried Haslauer, aber sie sind nicht die Meinung der Freiheitlichen Partei. Das gebe ich da auch klipp und klar, das weißt Du auch und Du kennst mich. Sollte ein Freiheitlicher derartige Dinge wirklich ernsthaft irgendwo posten, mailen oder sonst etwas, dann fliegt er aus der Partei der Freiheitlichen, zumindestens in Salzburg. Das ist für mich überhaupt keine Frage.

Jetzt zurück zur Ernsthaftigkeit der Diskussion. Helmut Naderer hat uns an einem Beispiel gezeigt was sich wirklich, und nicht nur an einem Beispiel, sondern das passiert leider in vielfacher Hinsicht, wie die Abläufe von sich gehen. Deswegen brauchen wir die Grenzkontrollen und man sieht es jetzt beim G7-Gipfel, damit wir überhaupt erfahren, Frau Kollegin Berthold, wie viele Leute überhaupt da sind. Sie haben überhaupt keine Ahnung, wie viele Illegale noch herumschwirren, die Sie noch gar nicht erfasst haben. Aber das ist das Problem. Durch das Augenverschließen sieht man das nicht. Und weil es einfach von einem Freiheitlichen kommt und rechtsgerichtet, ich bekenne mich dazu, nie radikal gewesen, werde es auch nie sein, in keinsten Weise, aber ich bekenne mich dazu, und dann verschließt man halt auch sein Hirn um nachzudenken, ob nicht vielleicht einiges gescheit sein könnte.

Wir stehen am Beginn einer Völkerwanderung hast Du gesagt. Herr Landeshauptmann, genau das ist es. Das haben viele auch noch nicht erkannt, dass das erst der Beginn ist, der Beginn einer ganz großen Aufgabe, die wir eben mit all diesen Dingen wunderschönen humanitären Ansagen, die Sie getätigt haben, nicht bewältigen werden. Wir werden es nicht bewältigen. Kein einziger Ansatz irgendeiner Idee von dem, wo ich gehofft habe heute Vormittag schon ein bisschen zum Nachdenken zu bringen. Der Kollege Hofbauer, der hat wenigstens da schon ein bisschen in die Richtung gedacht, ja warum denn eigentlich. Dieses Vorbild Amerika, vor dem wir alle am Bauch liegen, die G7-Leute, vor denen wir auch alle am Bauch liegen. Wer trägt denn Schuld? Wer ist denn im Hintergrund? Wer ist das System, das hier diese Ursachen auch hier schafft? Da höre ich von Euch nichts. Da kommt nichts. Gar nichts. Kein einziger Punkt, wie schauen wir, dass wir vielleicht wieder diese Menschen in ihre Heimat zurückführen können. Was tun wir? Was brauchen sie nachher? Außer dass sie hier jetzt Deutsch lernen und mit uns kommunizieren können. Wie geht das weiter? Wie bewältigen wir das? Wie unterbinden wir die Ströme? Gibt es irgendwelche Möglichkeiten, dass wir diesen Menschen dann wieder ihre Heimat zurückgeben können? Kein einziger Punkt. Null. Ich höre nur immer wieder die gleiche Laier, immer wieder das Gleiche, das bis jetzt schon versagt hat. Wir müssen, du musst, er muss, Bund muss, Land muss, Gemeinde muss, die Bevölkerung muss. Das ist alles, was man bis jetzt vernommen hat, und das ist einfach traurig wenig.

Aber nicht einmal wird irgendwo nachgedacht könnte man vielleicht die Kriegsschiffe der Amerikaner umfunktionieren in Flüchtlingsboote. Könnte man ihnen die Waffenlieferungen untersagen? Einmal Sanktionen gegen Amerika überlegen nicht nur gegen andere Staaten, wenn sie weiterhin so agieren. Nein. Aber vielleicht bringe ich Sie heute doch noch ein bisschen zum Nachdenken. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächste am Wort die Frau Abgeordnete Fürhapter!

Abg. Fürhapter: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben jetzt viel gehört was man tun kann von Seiten der SPÖ. Der Herr Landeshauptmann hat auch schon einiges ausgeführt woher vielleicht auch die Ängste kommen. Ich möchte es vielleicht von einer bisschen einer anderen Seite beleuchten, nämlich auch aus der Sicht der Salzburgerinnen und Salzburger.

Wie wir wissen, hat Österreich und auch Salzburg in den letzten Jahrzehnten immer wieder bewiesen, dass Länder mit Problemen auf die Hilfe unseres Landes Salzburg, aber auch Österreich zählen kann. Sei es durch Geldspenden, Sachspenden, personelle Hilfe oder Hilfsprogramme vor Ort und auch durch Aufnahme von Flüchtlingen. Wir haben Verantwortung, ja, aber vielleicht sollte man auch überdenken, ob man Verantwortung um jeden Preis haben muss.

Warum regt sich der Widerstand in der Bevölkerung? Warum haben die Menschen einfach Angst? Ich glaube es liegt daran, dass die Bürgerinnen und Bürger Salzburgs vielleicht gerade auch nicht rosige Zeiten erleben oder allgemein die Österreicher nicht rosige Zeiten erleben. Sie haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Wir haben in Salzburg 15.000 Arbeitslose. Viele Menschen suchen Wohnungen, die sie sich leisten können. Es gibt Familien, die mit dem Einkommen nicht mehr auskommen, und jetzt sollen wir zigtausend Flüchtlinge aufnehmen. Das schürt einfach die Existenzängste der Menschen.

Vielleicht einige Fakten, die wahrscheinlich eh ohnehin bekannt sind, aber auf die man auch eingehen sollte. Die Menschen da draußen sagen 10 % der EU-Mitgliedsstaaten, so hören sie es, nehmen 90 % der Flüchtlinge auf. Das ist eine Ungerechtigkeit, die einfach auch von Seiten der EU abgeschafft werden muss. Wir erwarten 70.000 Asylanträge, haben wir jetzt wieder gelesen die Aussage der Frau Innenministerin, die Leute haben Angst, ja kommen die alle zu uns, wie werden wir das bewältigen. Österreich und Schweden waren im Mai Ziel land Nummer eins in Europa. In Zweidrittel der Salzburger Gemeinden gibt es keine Flüchtlingsquartiere und das restliche Drittel ist überbelastet, hört man von der Bevölkerung, auch von den Bürgermeistern. Dann gibt es natürlich auch Aussagen der Bürgermeister, die sagen, Ersthilfe ja natürlich, aber wenn dann die Flüchtlinge samt Familien kommen, was machen wir dann. Wie sichern wir ihre Existenz? Sie wissen selber nicht weiter.

Wie könnte also eine Lösung aussehen? Ganz ehrlich, ich weiß es auch nicht. Ich denke, dass Salzburg das Problem nicht alleine lösen kann, da bedarf es wirklich der Zusammenarbeit aller. Ich könnte mir vielleicht vorstellen, dass man einmal alle EU-Mitgliedsstaaten in die Pflicht nimmt, die Flüchtlinge gerecht über den gesamten EU-Raum aufgeteilt werden, denn

ich glaube auch, wenn alle Staaten ihre Pflicht erfüllen, Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen, dann könnten wir auch diese Zeltstädte wegbekommen und nicht immer noch mehr aufstellen müssen.

Ich glaube auch, dass es einheitlicher Standards bedarf für alle aufnehmenden Staaten. Es kann nicht sein, dass ein Flüchtling in Ungarn z.B. nicht bleiben will, weil er dort wenig oder bis gar keine Unterstützung erhält. Da müssen einfach einheitliche Standards her. Man sollte vielleicht auch darüber nachdenken, die Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten kommen, wieder rückzuführen, wenn in ihrem Heimatland kein Krieg ist. Ich glaube keiner flüchtet gerne und keiner geht gerne aus seinem Heimatland. Ich glaube auch, dass das die Ängste der Bevölkerung dämpfen könnte, wenn man sagt ja sie sind hier, wir müssen ihnen helfen, wir müssen sie versorgen, aber irgendwann gehen sie auch wieder.

Zum Schluss möchte ich noch betonen ich sehe eine Verpflichtung gegenüber den Flüchtlingen, aber auch eine Verpflichtung gegenüber der Salzburger Bevölkerung. Wir sind als Vertreter gewählt für die Salzburgerinnen und Salzburger und es ist auch unsere Pflicht, Ängste und Sorgen unserer Bürger Gehör zu verschaffen und ernst zu nehmen. Ein Konzept zur Integration glaube ich kann auch nur funktionieren, wie es auch die SPÖ vorgeschlagen hat, kann nur funktionieren, wenn die Salzburgerinnen und Salzburger auch wieder Perspektiven haben und sich aufgehoben und auch beschützt und gehört fühlen. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächste am Wort ist die Frau Klubvorsitzende Gutschi.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben es bereits getan, diese schrecklichen Bilder nachgezeichnet, die wir jetzt alltäglich von den Medien in den diversen Nachrichtensendungen präsentiert bekommen. Wir sehen wirklich Menschen, die unvorstellbares Leid erfahren, indem sie von Schlepperbanden über die EU-Grenzen gebracht werden, in enge Boote gepfercht werden und wir sehen Bilder von Kriegsschauplätzen, wo wir uns gar nicht vorstellen möchten, wie da der Alltag tatsächlich passiert.

Auf der anderen Seite haben wir die Salzburger Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen und nehmen sie wahr, die auch tatsächlich verunsichert sind. Verunsichert von einerseits diesen Medienberichterstattungen, die notwendig sind, aber vielleicht manchmal auch tendenziös sein mögen, auf der anderen Seite auch durch vielleicht Darstellungen von politi-

schen Gruppierungen, die in die eine oder andere Richtung überzogen sein müssen und in erster Linie machen sich, glaube ich, die Salzburgerinnen und Salzburger wirklich Sorgen um die Zukunft, Sorgen um die eigene Sicherheit, und das ist sehr, sehr ernst zu nehmen.

Es hat sich schon eine Stimmung breitgemacht in unserem Land, die mir persönlich Unbehagen bereitet, und, liebe Barbara Sieberth, ich kann Dir leider nicht beipflichten, ich sehe eher auch die andere Seite, die der Herr Landeshauptmann gezeichnet hat, durch die entsprechenden Zitate auf einschlägigen Homepages, die sicher eine Randgruppierung sind, aber wo man schon sehr genau hinschauen hat. Es ist wahrlich ein Spagat hinzulegen zwischen der humanitären Verantwortung auf der einen Seite und gezielten Maßnahmen auf der anderen Seite, ohne den Blick für das richtige Maß der Maßnahmen zu verlieren. Ich sehe uns aufgefordert, einen klaren Kopf zu bewahren und klare Richtungen vorzugeben und zu beschreiten.

Drei Punkte sind aus meiner Sicht maßgeblich. Es ist ganz klar, wir haben als Land Salzburg die Verantwortung, unseren Beitrag zur Erfüllung der österreichischen Flüchtlingsquote zu erreichen und wir sind auf einem guten Weg. Wir haben eine Quote von rund 92 % erfüllt, es fehlen rund 100 Plätze. Es ist alles andere als ideal, dass wir Flüchtlinge in Zeltstädten unterbringen, auch wenn sie dort nur kurze Zeit verbleiben und ich plädiere hier schon auch an die Solidarität aller Salzburger Gemeinden des Landes, dass nicht nur wenige Gemeinden die Hauptlast tragen, sondern dass wir uns auch innerhalb des Landes die Verantwortung teilen, denn letztendlich ist es menschliches Schicksal und Leid der Menschen, die zu uns kommen, schon vordergründig zu beachten.

Ich sehe es aber auch oder finde es nicht in Ordnung, wenn genau dieses menschliche Schicksal auch dazu verwendet wird, dass man politische Tricks anwendet und versucht, durch die Hintertür Dinge zu erledigen, die anders versprochen worden sind. Ich spreche hier von der Kasernenschließung von Tamsweg. Das ist meiner Meinung nach nicht Ziel der Debatte, und das ist auch für mich alles andere als klug.

Punkt zwei: Das Thema der Migration ist in seiner ganzen Vielschichtigkeit zu betrachten und die Herausforderungen sind wirklich nur zu lösen, wenn wir innerhalb Österreichs, aber auch innerhalb der EU solidarisch an dieses Thema herangehen. Ich gehe davon aus, dass die anderen Bundesländer ihre Hausaufgaben machen. Ich gehe aber auch davon aus, dass wir europäisch zusammenarbeiten und ich finde es sehr schade, dass der Herr Klubobmann Schnell jetzt gerade nicht im Raum ist, es gibt nämlich auf der europäischen Migrationsagenda Sofortmaßnahmen, die gesetzt werden müssen, um menschliche Tragödien zu verhindern und die Verfahren zur Bewältigung von Notlagen stärken sollen. Es ist vorgesehen, dass Menschenleben durch verstärkte Präsenz auf hoher See gerettet werden, aber es ist

auch vorgesehen, dass ganz klar gegen kriminelle Schlepperbanden vorgegangen wird und dass Schleusenetze zerschlagen werden.

Jeder, der in seiner Heimat um sein Leben bangen muss, ist bei uns in Europa herzlich willkommen, aber eben nur diese Menschen. Die Migrationssteuerung innerhalb der EU muss besser funktionieren und es müssen die Anreize für irreguläre Migration reduziert werden. Die europäischen Außengrenzen müssen gesichert werden, keine Frage, und legale Migration in allen Ländern Europas müssen aufgestellt werden.

Die Kommission sieht aber auch vor, dass in den Drittstaaten, also in den Herkunftsländern Maßnahmen gesetzt werden. Es wird Ende des Jahres im Niger ein multifunktionales Zentrum eingerichtet, um vor Ort auch zu informieren und entsprechend zu steuern, wer tatsächlich dann nach Europa flüchten kann. Das passiert in Zusammenarbeit mit der UNHCR und dem Staat Niger und ich denke hier sollten wir auch auf europäischer Ebene zusammenarbeiten. Das ist im Prinzip auch das, was Klubobmann Schnell fordert, auf der anderen Seite ist er immer gegen die EU, das ist für mich ein bisschen eine Augenauswischerei.

Augenmaß und Besonnenheit, das ist das, wo wir im Prinzip hinsteuern müssen. Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. Der ernüchternde Blick und klar abgesteckte und der Bevölkerung kommunizierte Ziele. Ich glaube nur so kann es uns gelingen, diese Verunsicherung auszuschalten. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Als Nächste am Wort ist die Abgeordnete Riezler.

Abg. Riezler: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Ja, ich kann dem Herrn Landeshauptmann in seiner Situationsanalyse, die er gemacht hat, zustimmen. Es ist für mich erschreckend, wie die weltweite Staatengemeinschaft angesichts der Zustände, die sich um Europa herum und in Afrika abspielen, im Prinzip tatenlos zuschaut und nichts tut. Ich verstehe, es macht auch mir Angst und ich glaube es geht allen so. Ich erwarte mir aber von einem Landeshauptmann mehr als eine Situationsanalyse, besonders von einem Wirtschafts- und Arbeitsmarktreferenten. Er muss Lösungen anbieten als Landeshauptmann, Situationsanalyse ist zu wenig.

Besonders, ich habe es schon in meiner Antragsbegründung am Anfang gesagt, das Land Salzburg muss auch selbst Geld in die Hand nehmen. Frau Landesrätin Berthold hat viel vom Ehrenamt gesprochen, von der Humanität, von Mitmenschlichkeit, ganz, ganz viele Menschen in Salzburg engagieren sich. Wir müssen ihnen danke sagen. Ich bin froh, dass

das passiert. Das ist ein wichtiger Punkt, aber auch das Land selbst muss natürlich Maßnahmen setzen und dafür eben Geld zur Verfügung stellen.

Das Thema Unterbringung von den anerkannten Flüchtlingen. Ja, Solidarität ist gefragt, das muss auch natürlich in mehreren Orten des Landes passieren, nicht so wie jetzt. Frau Kollegin Gutschi, ja, genau der Flachgau ist komplett säumig, bitte dort Überzeugungsarbeit leisten. Ich habe aber auch kürzlich gelesen, dass 6.000 anerkannte Flüchtlinge in ganz Österreich noch in Quartieren der Grundversorgung sind, weil es eben keine Quartiere danach gibt. Wir haben es vor einiger Zeit auch schon lang hier im Haus diskutiert. Dringender Wohnraum für Wohnungslose. Das gehört genau zu diesem Thema dazu. Ich bin schon gespannt auf die Lösungen, die von der Regierung vorgeschlagen werden.

Ein wichtiger Punkt für mich sind die unbegleiteten Minderjährigen. Die Zustände in Traiskirchen, wo ganz, ganz viele noch auf Quartiere warten. Ich würde aber auch den Landeshauptmann Pröll mal empfehlen, in Niederösterreich vielleicht andere Quartiere zu schaffen und nicht nur immer sagen Traiskirchen reicht für ihn. Wir haben in Salzburg die Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen schon von Anfang an, seit der Grundversorgungsvereinbarung war Salzburg in der westlichen Region. Wir haben damit angefangen mit dem Clearinghaus. Jetzt gibt es schon weitere Angebote.

Ich habe auch aktuell eine Anfrage dazu eingebracht, um zu wissen, wie die Situation derzeit aussieht. Wir haben lange diskutiert beim Kinder- und Jugendhilfegesetz inwieweit muss jetzt die Kinder- und Jugendhilfe einspringen, muss aufstocken, muss mehr anbieten. Ich sehe da jetzt noch nicht, dass da viel passiert. Deshalb auch meine Anfrage.

Kollegin Sieberth hat gesagt qualitätsvolle Quartiere sollen wir anbieten. Auch hier möchte ich auf die Jugendlichen eingehen. Ich habe jetzt auch ein Haus besucht, die Jugendlichen dort sollen sich selbst versorgen. 16- bis 18-Jährige bekommen ihre €6,50 und sollen sich selbst versorgen, sollen im Prinzip selbst kochen und davon leben. Die Realität ist, dass sie wahrscheinlich von Semmeln leben und den Rest für etwas anderes ausgeben. Sie sind alle dünn bis geht nicht mehr. Qualitätsvolle Versorgung von Jugendlichen schaut für mich anders aus. Auch das ein Punkt meiner Anfrage.

Mir ist es unverständlich, warum z.B. ein Projekt des AMS Pongau in Zusammenarbeit mit dem BFI, in dem man versuchen möchte, Jugendliche in Lehrausbildung im Tourismusbereich zu bringen, seit März um Unterstützung kämpft bei unserer Landesregierung. Es kostet um die €50.000,- und wir wissen ganz genau im Tourismusbereich sind viele Lehrstellen offen. Wir brauchen hier dringend Jugendliche. Das AMS Pongau bleibt daran und möchte es umsetzen. Ich hoffe, dass es gelingt. Ein ähnliches Projekt ist natürlich auch möglich in

den technischen Berufen. Auch hier hören wir von der Wirtschaft immer wir haben keine Jugendlichen. Es sind Mangelberufe.

Es gibt viel zu tun für unsere Regierung zu unterstützen, mit Geld, natürlich auch mit Know-how, mit Koordination, überhaupt keine Frage. Ich bin gespannt, wie die Maßnahmen, die uns jetzt geschildert wurden, wirken werden. Wir werden es einfach an den Zahlen lesen, wie die Menschen in Arbeitsplätze kommen oder ob sie eben wie ganz am Anfang rein nur in der Mindestsicherung landen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Klubvorsitzender Schwaighofer!

Klubobmann Abg. Schwaighofer: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zuerst auf den abwesenden Klubobmann der FPÖ kurz eingehen. Zuerst mit einer Zustimmung. Ich teile seine massive Kritik an diesem G7-Gipfel, wir teilen sie. Wir sind auch dafür, dass dagegen protestiert wird mit friedlichen Mitteln. Diese Analyse von ihm kann man teilen, Simon Hofbauer hat es ja schon angesprochen. Wir haben nach wie vor ein Ausbeutungssystem ein weltweites, praktisch eine Neukolonialisierung der Kontinente, die Rohstoffe zu bieten haben, die Land zu bieten haben und dass ist eine Weltwirtschaftsordnung, die auf keinen Fall unterstützt werden darf und kann. Wir können natürlich durch unser Verhalten, durch unser individuelles Verhalten, aber auch dadurch, dass wenn wir hier im Land Beschlüsse fassen, die diese Form des ausbeuterischen Weltwirtschaftsmodells unterstützen, wir uns auch indirekt ein bisschen mitschuldig machen oder anders formuliert wir können Wege wählen, die dem ein bisschen entgegenstehen. Das geht ganz banal von der Entwicklungshilfe bis zur Beschaffung und anderen Dingen.

Ich bin überhaupt nicht seiner Meinung, wenn er glaubt man kann das Problem lösen, indem man eine Weltverschwörung thematisiert und sagt "das Problem ist eigentlich ein ganz anderes, die Amerikaner sind schuld" und wir dann hier herinnen im Salzburger Landtag Politik machen, indem wir die Weltverschwörung anklagen und uns dann zurücklehnen und sagen "können wir eh nichts machen, die bösen Amerikaner sind schuld". Aus meiner Sicht ist das nicht Politik, die gestalten will, sondern die will populistisch Schuldige suchen, Täter suchen, Ängste schüren und all diese Dinge, die wir ja hinreichend kennen.

Politik kann das schon erkennen, dass das Weltwirtschaftssystem noch immer sehr falsch läuft und dass wir hier dringenden Handlungsbedarf haben, nämlich die Weltgemeinschaft, die Europäische Union, die Staaten hinunter bis zum Verhalten des einzelnen Bürgers. Aber letztendlich geht es doch darum, dass wir hier mit den Herausforderungen, die wir vor Ort finden, zurechtkommen. Und sich auf die Seite zu stellen und zu sagen "eigentlich ist die

Weltverschwörung schuld und wir merken es nur nicht, wir Abgeordnete sind alle nicht in der Lage das zu erkennen, was der weise Karl schon immer wusste", das ist nicht die Form von Politik, die uns weiterhilft. Das ist meine tiefe Überzeugung.

Ich möchte einen anderen Aspekt hereinbringen, weil ja vieles schon abgehandelt wurde. Ich glaube wir befinden uns da in einer, ich würde es einmal so nennen, in einer Kaskade der Verantwortung oder der Verantwortungslosigkeit in dieser gesamten Asylfrage. Nämlich dahingehend, dass wir auf allen Ebenen, ich beginne bei der EU, auf allen Ebenen können wir entweder die Verantwortung wahrnehmen oder sie ignorieren. Es ist schon angesprochen worden. Die EU wäre gefordert, die Flüchtlinge, die Asylwerberinnen aufzuteilen. Die Einzelstaaten wären gefordert, hier zuzustimmen für ein gerechteres Maß. Das kann man verantwortungsvoll oder verantwortungslos betreiben als Mitgliedsstaat.

Ich gehe weiter nach Österreich. Für uns. Wie schaut hier die Frage der Verantwortung oder der Verantwortungslosigkeit aus? Man kann hergehen und sagen wir teilen die Flüchtlinge auf die Bundesländer nach einem Schlüssel auf. Wenn Dinge nicht so funktionieren, wie wir es wollen, dann setzen wir den Bundesländern einfach gewisse Dinge vor die Nase, nehmen unsere Verantwortung in Teilbereichen einfach nicht mehr wahr, treiben ein politisches Spiel, ein parteipolitisches Spiel, wie es rund um die Kaserne in Tamsweg versucht wurde. Oder man nimmt die Verantwortung ernsthaft wahr. Ich gehe weiter zu den Bundesländern. Auch hier stellt sich die Frage nicht anders. Nehmen die Bundesländer oder versuchen sie zumindest ihre Verantwortung wahrzunehmen, nämlich für alle jene Menschen, die hier bei uns Aufenthalt suchen, Quartiere zu beschaffen im größten Bemühen, aber, und dann können wir weitergehen in der Kaskade, kein Quartier, das hat der Walter Steidl heute richtig bemerkt, kein Quartier steht irgendwo im Nirwana dieses Bundeslandes. Jedes Quartier steht in einer Gemeinde. Und da bin ich bei der nächsten Stufe der Kaskade. Es ist sehr entscheidend, wie sich Gemeinden, wie sich Bürgermeister verhalten in ihrer Verantwortung in dieser Sache.

Dann komme ich ganz kurz noch zum letzten Punkt. Letztendlich geht es ganz stark darum, und das ist aus meiner Sicht auch unsere Aufgabe, als Politiker dahingehend zu wirken, dass der Bürger, die Bürgerin ihre Verantwortung wahrnimmt, wie verhalte ich mich in der konkreten Frage, wenn in meiner Gemeinde ein Quartier kommen soll. Rufe ich den Bürgermeister an und sage nie und nimmer oder rufe ich den Bürgermeister an und sage ich unterstütze dich dabei. Ich könnte diese Kaskade jetzt einfach umdrehen und sagen wenn es uns gelingt, da knüpfe ich auch an vorher Gesagtes an, wenn es uns gelingt, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass das eine verdammte Pflicht und Notwendigkeit ist und eine humanitäre Haltung von uns – sofort bin ich fertig – dann geht die Kaskade auch von unten nach oben, dann kann der Bürger, können die Bürger, auch die Gemeinden, die

Bürgermeister, das Land und bis nach oben entsprechende Hilfe schaffen. Das wünsche ich mir. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Klubvorsitzender, wir müssen den anderen noch eine Chance geben. Als Nächste am Wort ist die FPÖ. Herr Abgeordneter Essl!

Abg. Essl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich werde mich ein bisschen kurz fassen, dass auch das Team Stronach noch die Möglichkeit hat, hier zu sprechen.

Ich habe mir ein paar Gedanken gemacht. Die ganze Diskussion heute, da gibt es die Guten, da gibt es die Bösen, aber vielleicht haben wir in Salzburg auch genug Fehler gemacht. Ich erinnere diese Informationspolitik gegenüber den Gemeinden, die sehr viele Kommunen, sehr viele Kommunalpolitiker verunsichert hat, Menschen verunsichert hat. Man hat Versprechen gemacht. Man hat de facto Abkommen geschlossen. Die wurden nicht eingehalten. Statt 20 Asylsuchende in einem Quartier, sind es dann 35, 40 geworden, wo die Infrastruktur nicht mehr angepasst wurde. Man hat dann diese Kommunen, Gemeinden im Stich gelassen. Ich rede aus Erfahrung. Ich habe mit sehr vielen Gemeindepolitikern, nicht nur Bürgermeistern und Anrainern gesprochen, und das ist das Problem.

Wir in meiner Heimatgemeinde haben uns auch zusammengesetzt, wie können wir solidarisch mit den anderen Gemeinden sein. Wir werden versuchen, mit der Bevölkerung Lösungen zu suchen. Aber Massenquartiere sind nicht die Lösung. Bei den kleinstrukturierenden Maßnahmen müssen dann die Abmachungen eingehalten werden. So sehe ich das.

Man sieht es ja jetzt bei der Zeltstadt bei der Polizei. Zuerst waren es 140, jetzt wird aufgerüstet. So schnell wird man gar nicht schauen können, sind es 250, 300 Asylanten, die dieses Areal ohne Infrastruktur untergebracht und bewohnen müssen. Das sind die Probleme. Hausgemachte Kleinigkeiten.

Jetzt noch zu unserem Antrag, weil der immer wieder zur Sprache gekommen ist. Schengen ist ein Abkommen und Abkommen haben Rechte und Pflichten. Es fließen Finanzströme. Nur die Schengenstaaten, die die Außengrenze zu bewachen, so versorgen haben, kommen ihrer Aufgabe nicht mehr nach. Italien kann es nicht mehr und die anderen Staaten, Griechenland, Ungarn, Polen, wollen es nicht mehr. Deshalb sehen wir auch nur ein Mosaik hier, dass Österreich seiner Verantwortung gegenüber seinen Staatsbürgern nachkommt, um die Grenzen zu sichern und auch die Aussagen vom Kollegen Naderer. Mit diesen Menschen wird zurzeit ein mieses Geschäft gemacht. Ein mieses Geschäft, dass die ganzen Familien

zusammenlegen, dass sie einen in den goldenen Westen bringen können und vieles mehr. Dieses menschliche Leid darf auch nicht ganz außer Acht gelassen werden.

Aber wie gesagt ich möchte noch Redezeit dem Team Stronach geben, weil sehr viele heute lange gesprochen haben, aber nichts gesagt haben inhaltlich. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Also die letzte Wortmeldung in der Aktuellen Stunde hat das Team Stronach. Es tut mir leid, Ihr habt nur mehr drei Minuten. Immerhin drei Minuten. Bitte!

Klubobmann Abg. Naderer: Geschätzte Landesregierung! Hohes Haus! Werte Besucherinnen und Besucher!

Nachdem schon zwei Vorredner die Analyse vom Landeshauptmann Haslauer gelobt haben und sie für richtig befunden haben, möchte ich das von unserer Seite ebenso tun. Ich möchte es aber auch nicht unterlassen, mich bei der Kollegin Berthold in der Regierung zu bedanken, weil was sie vorlebt, wie emsig sie in dieser Sache unterwegs ist, wie sie Quartiersuche betreibt, ich glaube wenn sie die Zeit hätte, wenn es die Zeit erlauben würde, würde sie wahrscheinlich persönlich bei jedem Haus anläuten und fragen, ob noch ein Bettchen frei ist. ...

(Zwischenruf Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Schon ein gescheites Bett!)

... Ein gescheites Bett ja.

Vielen Dank von unserer Seite aus für das große Engagement. So wie in Thalheim habe ich natürlich auch das Erstaufnahmelager am Gaisberg mit der Kollegin Fürhapter besucht und wir haben uns ein Bild dort gemacht. Also zuerst einmal die ersten zehn Minuten hat man keinen gefunden von den Betreuern, dann ist es doch gelungen, Kontakt aufzunehmen, die waren nicht sehr begeistert, dass wir trotzdem wir uns ausgewiesen haben wer wir sind, dieses Haus besuchen, und dann haben wir uns so den Tagesplan angeschaut. Die waren natürlich nicht sehr beschäftigt. Am Montag war, glaube ich, Tanzkurs eine Stunde am Nachmittag, am Dienstag war Deutsch, am Mittwoch war, glaube ich, Kochen, am Donnerstag war wieder Deutsch und am Freitag Malkurs.

Auf jeden Fall das Programm, das dort, die sind alle in Bundesbetreuung, das macht nicht das Land Salzburg, sondern das macht der Bund mit einer Schweizer Firma, die natürlich hoch bezahlt ist, also das Programm, das die dort absolvieren, ist nicht besonders beeindruckend.

ckend und sie könnten ja auch die Zeit nutzen, dass sie unsere Sprache lernen, ein wesentliches Element der Integration. Aber mit zwei Stunden in der Woche, während uns deutlich sichtbar war, dass die Leute an Unterbeschäftigung leiden, glaube ich, ist das Programm noch nicht ganz so wie es sein sollte. Aber wir können ja vielleicht ein bisschen nachjustieren.

Es ist schon gesagt worden. Der Sozialstaat, unser guter Sozialstaat zieht natürlich viele Leute an und manchmal auch Leute, die uns nicht unbedingt wohlgesonnen sind, und diese Regierung hat vor zwei Jahren, als die Regierungsverhandlungen waren, gesagt, unsere Devise ist hinschauen nicht wegschauen. Deswegen müssen wir auch dort hinschauen, wo es vielleicht nicht so erfreulich ist. Dass das Programm von der Integrationslandesrätin gut läuft, ist ok, aber es gibt natürlich auch Leute, die es sich nicht unbedingt verdient haben, bei uns zu sein.

Ich sage Ihnen eine Zahl. Im ganzen Jahr 2014 wurden 300 Problemabschiebungen gemacht. In Österreich heißt Problemabschiebung, das sind Leute, denen kein Asyl gewährt wurde, die aber sagen das interessiert mich nicht, ich bleibe trotzdem da. Diese 300 in einem Jahr, pro Person werden drei Polizisten mitgeschickt, man muss sich einmal ausrechnen was das kostet an Zeit, an Fluggebühren, an Flugkosten. Das sind heuer schon 500, jetzt haben wir aber erst den Mai überstanden. Jetzt bin ich gespannt, was in der Sache noch passieren wird und welche irrsinnigen Kosten das nach sich zieht.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (unterbricht): Herr Abgeordneter, es tut mir leid, drei Minuten sind um, ich habe eh schon überzogen.

Abg. Naderer (setzt fort): Wir sollten uns das Beispiel an Doraja Eberle nehmen, die Hilfe vor Ort macht. Das ist, glaube ich, eine gute Sache. (Beifall der ÖVP- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals Herr Abgeordneter. Danke. Es tut mir leid, dass ich da so streng sein muss, aber sonst kommen wir mit der Zeit nicht in Einklang.

Wir kommen jetzt zu

Punkt 4: Mündliche Anfragen (Fragestunde)

Eingebracht wurden elf mündliche Anfragen. Nach der Fragestellung hat das befragte Mitglied der Landesregierung nicht fünf Minuten, sondern drei Minuten Zeit zu antworten, damit wir so viele Anfragen als möglich beantworten können. Die erste Anfrage

5.1 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchl an Landesrat Mayr betreffend den „Südtirol Pass“ im öffentlichen Personennahverkehr

Bitte Herr Abgeordneter!

Abg. HR Dr. Schöchl: Danke Frau Präsidentin. An Dich eben die Frage, sehr geehrter Herr Landesrat Mayr, wegen des Südtirol Passes im öffentlichen Personennahverkehr.

Die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel trägt nachhaltig zu Klimaschutz und der Ressourcenschonung bei und entlastet die Straßen vom Verkehr. Die Optimierung und Attraktivierung der Angebote für das öffentliche Verkehrsnetz sind auch in Salzburg ein Gebot der Stunde. In Südtirol gibt es den Südtirol Pass, einen interessanten Ansatz, um diese Nutzung des öffentlichen Verkehrsmittels zu attraktiveren und auch wesentlich zu vereinfachen. Gelöst wird das durch einen persönlichen, nicht übertragbaren Fahrschein, der für alle Verkehrsmittel des Verkehrsverbundes Südtirol gilt. Der Fahrpreis ist abgestaffelt je nach verbrauchten Kilometern. Von 1 bis 1.000 km: 8 Cent bis 20.000 hinunter und ab 20.000 dann kostenfrei zu benutzen.

Das Grundprinzip des Südtirol Passes ist, dass man beim Einsteigen in das öffentliche Verkehrsmittel mit dem Pass eincheckt und beim Aussteigen wieder auscheckt und somit nur für die tatsächlich gefahrenen Kilometer bezahlt wird. Das gilt sowohl für die Stadtbusse als die Überregionalbusse und sogar die Seilbahn zur Siedlung auf den Ritten hinauf von Bozen ist darin beinhaltet. Dadurch entsteht einerseits der Ansporn, auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen und andererseits durch den personalisierten Pass eine spontane Nutzung zu ermöglichen und zu vereinfachen, weil der lästige Ticketkauf entfällt. Durch die Südtirol Pass Einführung ist es zu einem starken Ansteigen der Nutzerinnen und Nutzer gekommen. Wenn meine Informationen richtig sind, dann sind es etwa 130.000 Südtiroler, die diesen Pass benutzen.

Auch in Salzburg wird immer wieder versucht, mehr Personen für das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehrsmittel zu gewinnen und dazu würde sich dieses System anbieten und daher darf ich die folgende mündliche Frage an Dich stellen: Gibt es Bestrebungen, ein System ähnlich dem Südtiroler Modell in Salzburg einzuführen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landesrat!

Landesrat Mayr: Vielen Dank Herr Abgeordneter. Ohne Zweifel ein sehr interessantes und spannendes Modell. Vor kurzem hat es eine gemeinsame Exkursion nach Südtirol gegeben und die Erkenntnisse waren interessant. Man muss aber auch wissen warum haben die Südtiroler diesen Schritt gesetzt. Sie wollten eigentlich im Ursprünglichen den Anteil, was die Bevölkerung am öffentlichen Verkehr mitzahlt, erhöhen, nämlich die waren bei 24 % und möchten diesen Anteil auf 35 % erhöhen. Vielleicht auch zum Vergleich aus dem letzten Rechnungshofbericht. Salzburg hat aktuell 33 % Anteil der Bevölkerung, Kärnten z.B. 17 %. Das ist einmal eigentlicher Grund, warum dass sich Südtirol so intensiv mit diesem Ticket-system beschäftigt hat.

Dieses Südtirol-Modell ist eines der größten und bekanntesten E-Ticketing-Projekte und prinzipiell auch für Salzburg interessant. Wir müssen es nur evaluieren, welches System für Salzburg das interessante ist. Es gibt ein berührungsloses Zutrittssystem oder es gibt, dass man sich mit der Karte praktisch eincheckt und eventuell auch wieder auschecken muss. Wir befassen uns mit diesem System im Rahmen des neuen Mobilitätskonzeptes „Salzburg mobil 2025“, und das ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Teil davon. Wir haben auch das Bestreben, in dieser Legislaturperiode zumindest für gewisse Regionen dieses E-Ticketing-System einzuführen und hoffen, dass wir ähnliche Erfolge erzielen können wie in Südtirol. Das ist natürlich das Bestreben, ein gerechtes System aufzustellen, dass die, die viel fahren, einen günstigeren Preis haben, das ist eigentlich dieser Ursprung von diesem Südtirol Pass, das ist zum einem und dass wir mit diesem System viel mehr Menschen in Richtung des öffentlichen Verkehrs bringen.

Die Installierung der ganzen Systeme in den Bussen würde in Salzburg rund 4 Mio. Euro kosten. Das ist ein Betrag, der durchaus finanzierbar wäre. Womit wir uns in der Folge befassen müssen, was ruft das für laufende Kosten hervor. Südtirol investiert z.B. für den öffentlichen Verkehr rund 130 Mio. Euro. Salzburg rund 30 Mio. Euro. Wir wissen aber auch, dass Südtirol ein Landesbudget hat von 5,3 Mrd. Euro.

Also wir sind dran. Das neue E-Ticket-Modell soll auch in Salzburg einen Vorteil verschaffen für die Vielfahrer. Es soll damit mehr Menschen dazu bewegen, dazu motivieren, den öffentlichen Verkehr anzunehmen, in den Fokus zu stellen. Interessant ist natürlich auch, dass wir mit diesem E-Ticket-System die Fahrgastströme viel besser erfassen können, daraus Schlüsse ziehen können, wo müssen wir mehr investieren, wo ist zu viel oder wo ist das falsche Angebot da. Aktuell ist eben der Verkehrsverbund mit dieser Evaluierung der verschiedenen Modelle betraut. Nach Vorliegen der Ergebnisse sollte es eine Umsetzung in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren in mehreren Schritten geben.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, hast Du eine Zusatzfrage?

Abg. HR Dr. Schöch! Danke, keine Zusatzfrage. Vielleicht eine Zusammenfassung bzw. eine Replik. Danke für Deine Antwort, Herr Landesrat. Nur jede Unterstützung, dieses glaube ich sehr kundenfreundliche und von den Kunden gerecht empfundene System zu implementieren, einfach weil es nur den Kilometer verrechnet, den man wirklich fährt, und nicht wie bei Jahreskarten, man investiert sozusagen auch für Tage, wo nicht gefahren wird.

Südtirol hat eine vergleichbare Struktur von der Einwohnerzahl her, von der Größe des Landes her, hat gleich viele Gemeinden und hat auch eine ähnliche Topografie wie das Land Salzburg, nur hat es eben meiner Ansicht nach zwei wesentliche Vorteile. Der eine Vorteil, Du hast es schon genannt, ist das wesentlich größere Budget, aber auch der wesentliche Vorteil, dass eine völlige Regionalisierung der Verkehrspolitik in Südtirol passiert ist, dass Planung und Finanzierung alles in einer Hand ist, was in Österreich nicht der Fall ist, wo der Bund Planungsschritte setzt. In Südtirol ist es so, dass Planung und Finanzierung in einer Hand sind, was bewirkt, dass die Bürgerinnen und Bürger dort genau das bekommen, was sie brauchen. Also zusammenfassend: Jede Unterstützung für ein solches System auch in Salzburg einzuführen. Dankeschön.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke Herr Abgeordneter. Bevor wir zur zweiten mündlichen Anfrage kommen, möchte ich noch ganz herzlich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Lehrganges Landespolitik des Katholischen und des Salzburger Bildungswerkes begrüßen. Herzlich willkommen! Wir werden ja dann in der Mittagspause mit Vertreterinnen und Vertretern von allen Fraktionen noch weiter diskutieren. Also herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall)

Wir kommen jetzt zur zweiten

4.2 Mündliche Anfrage der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz an Landesrätin Mag.^a Berhold MBA betreffend Kinderbetreuung in Hintersee

Frau Abgeordnete, bitte!

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Ich richte folgende mündliche Anfrage an Dich. Laut Bericht der Kronenzeitung vom 21. Mai 2015 existiert für die Kleinsten in Hintersee überhaupt keine Betreuung vor Ort. Ein Bedarf besteht jedenfalls. Laut eigener Erhebung der Eltern haben zehn Familien Interesse an ei-

nem guten Angebot angemeldet. Einzige Ausweichmöglichkeit bleibt die Nachbargemeinde Faistenau, in der allerdings die eigenen Gemeindekinder Vorrang haben.

Das Fehlen einer adäquaten Kinderbetreuung schränkt die Wahlfreiheit der Eltern massiv ein. Viele Familien sind auf zwei Einkommen angewiesen, dazu braucht es aber verlässliche und qualitätsvolle Kinderbetreuungseinrichtungen, die gerade in den Landgemeinden oft fehlen.

Ich stelle dazu gemäß § 78a der Landtagsgeschäftsordnung folgende mündliche Anfrage: Wann und wie gedenken Sie konkret in diesem Fall in Hintersee Abhilfe zu schaffen, damit nicht noch weitere junge Familien absiedeln?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Danke für diese Anfrage. Ein flächendeckendes, flexibles Angebot für alle Kinder, vor allem für die unter Dreijährigen, ist mir ein ganz ein großes politisches Ziel. Ich bin mir bewusst, dass es für manche Gemeinden, gerade für kleine Gemeinden nicht einfach ist, immer und sofort ein entsprechendes Angebot zu schaffen. Angebote für gemeindeübergreifende Kinderbetreuungsstellen gibt es noch sehr, sehr wenige. Die Gemeinde Hintersee wird dabei unterstützt von der zuständigen Fachberaterin, ein solches Angebot auch aufzubauen, weil durch die neue 15a-Vereinbarung werden auch gemeindeübergreifende Kooperationen finanziell unterstützt.

Die Fachberaterin ist mit Hintersee schon lange im Gespräch, hat auch schon angeregt, dass Hintersee und Faistenau sich zusammenschließen sollen und gerade wenn in dem Artikel von zehn Familien die Rede ist, könnte das auch für Hintersee eine Möglichkeit sein, wirklich eine eigene Gruppe aufzubauen.

Ich darf kurz berichten vom Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Im Jahr 2014 ist sehr intensiv davon Gebrauch gemacht worden. Wir haben 122 Anträge von 84 Gemeinden. Die € 6 Mio., ich hoffe, dass wir sie wirklich ganz ausschöpfen können und auch für 2015 kommen sehr viele Anträge schon rein. Die Gemeinde Hintersee wird dabei unterstützt, wenn sie wirklich sozusagen den Bedarf jetzt decken will, weil ich sage die Bedarfsplanung und die Verantwortung liegt ja bei der Gemeinde. Wir können nur unterstützen, motivieren, die Informationen geben und immer wieder darauf drängen, dass wirklich die Bedarfe der Eltern abgedeckt werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete, hast Du noch Fragen?

Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz: Zusammenfassung. Es freut mich, dass Du da Engagement zeigst und dass Dir das auch wichtig ist. Mich hat erst gestern wieder eine Mutter aus Hintersee angerufen, die fangt jetzt im September zu arbeiten an und ist total verzweifelt. Ich ersuche Dich, dass Du mit dem Bürgermeister in Kontakt trittst, weil an dem liegt es ja hauptsächlich und ihn darauf drängst, dass da schnell etwas gemacht wird, weil die Eltern werden komplett im Regen stehen gelassen und sind verzweifelt, weil die von zwei Einkommen abhängig sind. Ich ersuche, dass Du da massiv Druck machst, dass da schnell eine Lösung kommt, weil es sind jetzt im neuen Kinderbetreuungsgesetz alle darauf erpicht, dass es eine flächendeckende Lösung gibt für Salzburg, aber es muss halt jetzt auch schnell etwas für die Leute, die es jetzt brauchen, geschehen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Wir kommen zur dritten

4.3 Mündliche Anfrage der Abg. Blattl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend die Verwahrstellen von Fundtieren

Bitteschön!

Abg. Blattl: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Rössler!

In der Anfragebeantwortung betreffend den Tierschutz im Innergebirg (Nr. 594 der Beilage) haben Sie auf die Frage, ob es für Verwahrstellen die Verpflichtung gibt, Fundtiere aufzunehmen, sehr ausweichend geantwortet, indem Sie nur darauf hingewiesen haben, dass es mit den Verwahrstellen eine vertragliche Verpflichtung gibt. Darüber hinaus haben Sie auf die Frage, ob bei Tierärzten, die als offizielle Verwahrer genannt sind, eigene Räumlichkeiten für Fundtiere vorhanden seien mit einem einfachen Ja geantwortet, obwohl in der Realität auch immer wieder Fundtiere gemeinsam mit Patiententieren in einem Raum aufbewahrt werden.

Sie führen in der Anfragebeantwortung die Tierpension Fohlenhof als eine von mehreren Verwahrstellen an. Der Fohlenhof verfolgt aber in erster Linie das Ziel zur Unterbringung von Tieren, deren Eigentümer die Tiere befristet – beispielsweise während eines Urlaubs – dort unterbringen.

Ich stelle deshalb an Sie folgende mündliche Anfrage: Erstens: Besteht für die Verwahrstellen die Verpflichtung, Fundtiere aufzunehmen? Wenn nein, warum nicht und wie viele Aufnahmen von Tieren wurden in den vergangenen vier Jahren verweigert? Um eine Darlegung nach Jahr und Verwahrer wird ersucht. Die beiden Unterfragen dazu. 1.1 Wie viele Überprü-

fungen von Verwahrstellen wurden in den vergangenen vier Jahren durchgeführt und gab es dabei Beanstandungen? Um eine Aufgliederung nach Jahr und Anzahl der überprüften Verwahrstellen sowie Grund für die Beanstandung wird gebeten. 1.2 Wie viele Plätze zur Unterbringung von Tieren standen in den vergangenen vier Jahren im Fohlenhof zur Verfügung und wie viele sind dafür regelmäßig für Fundtiere reserviert? Um eine Aufgliederung nach Jahren wird ersucht.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke, Frau Abgeordnete Blattl, für die Anfrage, die ich gerne wie folgt beantworte. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass ich ausweiche, sondern es liegt mir daran, Deine Fragen vollständig zu beantworten.

Zur Frage eins: Hinsichtlich der Verpflichtung der Verwahrstellen zur Verwahrung von Fundtieren möchte ich nochmals auf die privatrechtlich abgeschlossenen Verwahrungsverträge hinweisen. In diesen Verträgen ist ausdrücklich geregelt die Übernahme von Tieren, und zwar wie folgt: Die Verwahrer sind verpflichtet, die Haltung von entlaufenen, ausgesetzten, zurückgelassenen, beschlagnahmten, abgenommenen oder für verfallen erklärten Tieren über Auftrag einer Bezirksverwaltungsbehörde zu übernehmen. Nicht von dieser Vereinbarung erfasst sind offensichtliche Streunerkatzen, die nicht als Fundtiere im Sinne des Gesetzes gelten.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (unterbricht): Danke Entschuldigung, es ist die Tonanlage so schlecht. Wir versuchen es noch einmal. Vielleicht das andere Mikrofon.

Abg. Blattl: Man hört nichts.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Die Tonanlage ist schlecht. Vielleicht das Mikrofon vom Herrn Landeshauptmann zu verwenden. Es tut mir leid, Das ist jetzt ein präsidialer Wunsch, damit der Ton etwas besser wird. Danke.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Ich starte noch einmal. Geht deutlich besser. Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Gerne beantworte ich Ihre Frage zur Verwahrung von Fundtieren.

Zur ersten Frage: Hinsichtlich der Verpflichtung der Verwahrstellen zur Verwahrung von Fundtieren möchte ich nochmals auf die privatrechtlich abgeschlossenen Verwahrungsverträge hinweisen. Darin ist in Punkt zwei ausdrücklich geregelt die Übernahme von Tieren.

Die Verwahrer sind verpflichtet, die Haltung von entlaufenen, ausgesetzten, zurückgelassenen, beschlagnahmten, abgenommenen oder für verfallen erklärten Tieren über Auftrag einer Bezirksverwaltungsbehörde zu übernehmen. Nicht von dieser Vereinbarung erfasst sind offensichtliche Streuner Katzen, die nicht als Fundtiere gelten. Dann ist auch noch geregelt die Aufnahme in die Fundtierdatenbank des Landes Salzburg, um sicherzustellen, dass auch für die Erhebung und für die Dokumentation eine entsprechende Datenbank vorhanden ist. Die Rückgabe der Tiere an den Eigentümer oder die Weitervermittlung der Tiere an neue Eigentümer ist in der Fundtierdatenbank ebenfalls zu vermerken.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Waren das alle Antworten? Nein.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Ich habe nur umgeblättert. Für die Verwahrer gibt es daher eine Verpflichtung, die Fundtiere zu übernehmen, außer es gibt räumliche oder personelle Kapazitäten, dass es aus diesem Grund nicht möglich wäre oder auch in einem Einzelfall aus veterinärmedizinischen Gründen, z.B. Seuchengefahr. Beispiel einer solchen Ablehnung anhand einer Verwahrstelle in der Tierpension Fohlenhof. Ein bis zwei Katzen pro Jahr werden z.B. abgelehnt, wenn aufgrund der Gruppenzusammensetzung eine Eingliederung nicht möglich ist, z.B. bei unkastrierten und kastrierten Katzen, wo man sagt das macht keinen Sinn, die zusammen zu verwahren. Oder bei z.B. hochgradig aggressiven großen Hunden könnte auch grundsätzlich eine Ablehnung erfolgen. Allerdings ist eine Ablehnung eines solchen Hundes in den letzten vier Jahren nicht erfolgt.

Zur ersten Unterfrage, die zeitliche Auflistung. Im Jahr 2011 wurden zwei Verwahrstellen überprüft. Es gab keine Beanstandungen. Im Jahr 2012 wurden ebenfalls zwei Verwahrstellen überprüft. In einem Fall gab es eine Beanstandung wegen einer zu geringen Zwingerfläche und es gab dazu einen entsprechenden Auftrag, das anzupassen. Im Jahr 2013 wurden keine Verwahrstellen überprüft. Im Jahr 2014 wurden wiederum zwei Verwahrstellen überprüft und es gab wieder keine Beanstandungen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Verwahrer allen Organen, die mit der Vollziehung des Tierschutzgesetzes beauftragt sind, jederzeitigen Zutritt zu den Tierhaltungseinrichtungen und jederzeit auch Kontrolle des Gesundheitszustandes der Tiere zu gewähren haben und allen Anweisungen Folge zu leisten haben.

Die zweite Frage, zur Anzahl der Plätze, die zur Verfügung gestanden sind. Es gibt da bereits eine sehr ausführliche Beantwortung im Zuge einer Landtagsanfrage. An diesem Stand hat sich auch nichts geändert. Konkret in der Tierpension Fohlenhof gibt es eine Kapazität für vier Hunde und neun Katzen. Das sind die Angaben der Betreiberin Frau Lindinger und das bezieht sich auf die Fundtiere. Das sind reservierte Plätze für Fundtiere. Die Auslastung der Gesamtkapazität dieser Tierpension lässt sich jedoch amtlich nicht feststellen, weil das

im Ermessen der Verwahrerin liegt, der jeweiligen Verwahrstelle, weil auch Pensions- und Verzichtstiere dort aufgenommen werden können und die nicht in die Zuständigkeit des Tierschutzgesetzes und daher auch nicht in meine Zuständigkeit fallen. Die Anzahl der aufgenommenen Pensions- und Verzichtstiere ist auch statistisch nicht erhoben und liegt uns nicht vor.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Abgeordnete, ich ersuche in aller Kürze, weil wir haben jetzt schon überzogen bei dieser mündlichen Anfrage.

Abg. Blattl: Danke Frau Präsidentin. Noch zwei Zusatzfragen: Wie hoch ist die Abschlagszahlung für eine Katze und wie hoch für einen Hund? Die zweite: Sind die Verwahrstellen verpflichtet, das Fundtier vom Zeitpunkt der Abgabe bis zum Zeitpunkt der Weitervermittlung zu verwahren?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, bitte ganz kurz.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Die Höhe der Abschlagszahlungen muss ich nachschlagen. Das ist die Abschlagszahlung, die nach dem zehnten Tag zur Anwendung kommt. Die liegt bei einem Kleintier in etwa um € 60,-- zirka und bei einem größeren Tier, je nach Katze oder Hund, ab € 170,-- bis knapp über € 300,--. In dieser Größenordnung, das sind Abschlagszahlungen, wenn eine Verwahrstelle sich entscheidet, das Tier zu behalten. Die andere Frage?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Die zweite Frage lautete?

Abg. Blattl: Die Verwahrstellen. Sind die Verwahrstellen verpflichtet, die Fundtiere vom Zeitpunkt der Abgabe bis zum Zeitpunkt der Weitervermittlung zu verwahren?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Üblicherweise verstehe ich es ja, dass sie verpflichtet sind, weil sie auch dafür eine Abgeltung bekommen, außer sie geben das Tier weiter, wenn ein Eigentümer sich meldet und sie das Tier wieder zurückgeben.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Wir kommen jetzt zur Zusammenfassung. Bitte!

Abg. Blattl: Danke vielmals für die Beantwortung. Ich habe aus Zeitgründen keine Zusammenfassung. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Wir kommen zur vierten

4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Ankauf zeitgenössischer Kunst durch das Land Salzburg

Bitteschön!

Abg. Konrad MBA: Dankeschön. Herr Landesrat!

Laut Landeskorespondenz vom 12. Mai 2015 kauft auch heuer das Land Salzburg wieder zeitgenössische Kunst der Sparten Zeichnung, Malerei, Fotografie, Skulpturen, Objekte und Keramik an. Diese angekauften Kunstwerke sollen in Büros, Sitzungszimmern und anderen Räume des Landes angehängt oder gestellt werden und nicht in Depots verschwinden. Tatsächlich ist es so, dass die Depots des Landes übergehen, die bisher angekauften Kunstwerke nur zu einem kleinen Teil in den Landesräumlichkeiten zur Schau gestellt werden und sogar viele Werke, die irgendeinmal zur Dekoration zur Verfügung gestellt wurden, auf Nimmerwiedersehen verschwunden sind.

Es bleibt somit festzustellen, hier wird viel Geld für Kunstwerke ausgegeben, welche nie öffentlich zu sehen sind, sondern in diversen Depots landen und vergessen werden. Auch stellt sich die Frage, warum selbständige Künstler durch diesen Kunstwerkeankauf direkt vom Land gefördert werden.

Wir stellen die mündliche Anfrage: Erstens: Welcher Gesamtbetrag soll heuer für den Ankauf zeitgenössischer Kunst aufgewendet werden und wie hoch waren die Gesamtkosten für den Ankauf zeitgenössischer Kunst in den letzten zehn Jahren, von 2005 bis 2014? Zweitens: Mit welcher Argumentation rechtfertigen Sie diese direkte Förderung von Künstlern durch das Land Salzburg gegenüber anderen Berufsgruppen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Bitteschön!

Landesrat Dr. Schellhorn: Danke für die Anfrage Herr Abgeordneter. Zur ersten Frage wie viel heuer vorgesehen ist. Das sind im Landeshaushalt für 2015 stehen für Kunstankäufe Mittel in Höhe von € 61.000,-- zur Verfügung.

Zur zweiten Frage wie viel in den letzten zehn Jahren aufgewendet wurde für Kunstankäufe. In den Jahren 2005 bis 2014 wurden insgesamt, also Gesamtsumme € 669.433,-- für Kunstankäufe aufgewendet.

Zur zweiten Frage: Mit welcher Argumentation rechtfertigen Sie diese Förderung? Ich möchte sagen, dass zunächst das Salzburger Kulturförderungsgesetz das Land verpflichtet, das ist eine Aufgabe des Landes, zeitgenössische Kunst zu fördern und diesem Auftrag kommen wir eben auch dadurch nach, dass in einem sehr bescheidenen Ausmaß Kunst von zeitgenössischen Künstlern, Salzburger Künstlern oder Künstlern mit Salzburgbezug auch angekauft wird. Es ist nämlich das Ankaufsbudget unserer Museen sehr, sehr gering und die sammeln zum Teil auch andere Dinge, nicht zeitgenössische Kunst, deswegen ist unbedingt zur Unterstützung auch der Salzburger Künstlerinnen und Künstler ein Kunstankauf durch das Land erforderlich. Es ist ja auch nicht nur eine Förderung der Künstlerinnen und Künstler, sondern damit wird auch ein Wert angeschafft, weil diese Kunstwerke sind ja auch zum Teil von namhaften Künstlern, haben auch einen Wert und es ist durchaus so, dass die auch gezeigt werden.

Es sind in vielen Büros, Du bist bei mir herzlich eingeladen, in meinem Büro sind allein sieben Kunstwerke zeitgenössischer Kunst, Künstler zu sehen. Es sind in vielen Büros des Landes, niemand wird das aufgezwungen, aber viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sehr kunstaffin und haben in ihren Räumlichkeiten auch Bilder oder auch Skulpturen, z.B. der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl hat eine wunderschöne Skulptur in seinem Büro, sind dort ausgestellt und sichtbar. Diese Kunstankäufe werden auch zur Verfügung gestellt den Museen für Ausstellungen, also als Dauerleihgaben auch dem Museum der Moderne zum Beispiel.

Den Vergleich mit den Physiotherapeuten verstehe ich nicht ganz, weil nach meiner Information werden Physiotherapeuten finanziert durch Krankenkassenbeiträge durch die Gebietskrankenkasse und durch Selbstbehalte der Patienten und Kunstankauf über Krankenschein ist an sich nicht vorgesehen. Nur ein kleiner Sidestep. Aber insgesamt sehe ich durchaus die Rechtfertigung, dass Kunst in einem sehr bescheidenen Ausmaß eben ungefähr mit € 60.000,-- pro Jahr angekauft wird.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, hast Du weitere Fragen?

Abg. Konrad MBA: Zwei Fragen noch. Danke Herr Landesrat. Das eine: Wer entscheidet definitiv dann, welche Kunstwerke hier angekauft werden? Und die zweite Frage: Sind hier

Kunstwerke auch dabei, die dann vielleicht für immer verloren gehen würden, wenn es das Land Salzburg nicht ankauft?

Landesrat Dr. Schellhorn: Die erste Frage. Wir haben eine unabhängige Jury bestehend aus drei Personen, die also diese Kunstankäufe entscheidet und die Entscheidung der Jury wird mir vorgelegt und ich mache die Endgenehmigung. Das ist die erste Frage.

Das Zweite, das habe ich jetzt nicht richtig verstanden, dass Kunstwerke verschwinden?

Abg. Konrad MBA: Wenn das Land Salzburg diese Kunstwerke nicht ankaufen würde, dass sie dann für immer verlorengehen würden, aus welchem Grund auch immer. Gibt es auch solche Situationen? Dass sie ins Ausland kommen oder irgendetwas anderes.

Landesrat Dr. Schellhorn: Die Künstler versuchen natürlich auch private Käufer zu haben. Entweder finden dann die Künstler private Käufer, wo sie dann im Privatbesitz sind und nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind oder sie sind, viele Künstler haben ja Werke, die sie nicht verkaufen, in ihren eigenen Räumlichkeiten sozusagen deponiert. Aber mit dem Ankauf durch das Land gibt es die Chance, dass sie der Öffentlichkeit bekannt werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Zusammenfassung?

Abg. Konrad MBA: Dankeschön. Zusammenfassung wäre dann, dass es ein sehr überschaubarer Betrag ist, der von der Salzburger Landesregierung hier zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube, dass man in dieser Art und Weise das auch so fortfahren kann unter der Voraussetzung, dass jetzt nicht ein Fördermodell für Künstler im herkömmlichen Sinn darunter zu verstehen ist. Danke Herr Landesrat.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Wir kommen zur

4.5 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Palliative Care für Kinder „Papageno“

Bitteschön!

Abg. Riezler: Dankeschön Frau Präsidentin. Herr Landesrat!

In der aktuellen Diskussion über die Ablehnung der finanziellen Absicherung des Projekts Papageno Palliative Care für Kinder gibt es von Ihrer Seite als ressortzuständiges Regierungsmitglied für Soziales bislang keine Reaktion.

Aus diesem Grund stelle ich folgende mündliche Anfrage: Welche Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Ressort für die Absicherung und Unterstützung des Projekts Papageno?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Bitteschön!

Landesrat Dr. Schellhorn: Dankeschön Frau Abgeordnete. Ich tu mich da ein bisschen schwer mit der Beantwortung dieser Anfrage, weil es hat weder eine Anfrage an mich als Landesrat gegeben zur Unterstützung dieses Projektes noch gibt es einen Förderantrag dieses Projektes in der Sozialabteilung, in der Abteilung 3. Ich war etwas verwundert, in der Öffentlichkeit zu hören das Land lehnt etwas ab. Ich kann nur etwas ablehnen, wo ich schon einen Förderantrag da habe.

Also in meiner Abteilung gibt es keinen Förderantrag und nicht einmal ein Ansuchen um ein Gespräch. Das ist meine Antwort dazu. Ansonsten bin ich der Auffassung, dass es grundsätzlich im Bereich der Abteilung 9 ressortiert und da gibt es dann eh eine Anfrage von Herrn Klubobmann Steidl an den Dr. Stöckl.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler: Dankeschön, Herr Landesrat, für die Beantwortung. Mir war es bei dieser Anfrage einfach wichtig, ein Signal zu setzen auch von Seiten des Soziallandesrates, dass es wichtig ist und gab es bereits Gespräche mit dem Gesundheitsreferenten zu diesem Thema vielleicht, weil es kann ja dadurch dass es sehr in der Diskussion war in den Medien ist es auch natürlich Dir zu Bewusstsein gekommen, dass es hier Probleme gibt. Gab es hier Gespräche und vielleicht auch der Versuch der Unterstützung für dieses Projekt gegenüber dem Finanz- und Gesundheitsreferenten?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat Dr. Schellhorn: Dr. Stöckl und ich führen ständig Gespräche zu den unterschiedlichsten Themen, auch darüber, und er kann dann selbst die Antwort darauf geben.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Frau Abgeordnete!

Abg. Riezler: Gut, dann danke ich. Ich bitte einfach darum, dass in der Regierung gemeinsam eine Absicherung für dieses so wichtige Projekt gefunden wird, und zwar so schnell wie möglich, weil es handelt sich um das Wohl von sterbenden Kindern und ihren Angehörigen. Ich glaube es ist schon ein massives Armutszeugnis, hier nichts zu tun.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Somit kommen wir zur nächsten mündlichen Anfrage, die hier anschließt.

4.6 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Hospizbegleitung für Kinder „Papageno“

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Die Hospiz Bewegung Salzburg hat den Abgeordneten des Salzburger Landtags das engagierte Projekt Papageno, eine Palliativ Care Versorgung für Kinder und Jugendliche, vorgestellt. Daraufhin hat sich Frau Landtagspräsidentin Dr. Pallauf am 5. März 2015 mit einem Schreiben an Sie als Finanzreferent gewandt, mit der Bitte, dieses wichtige und engagierte Projekt finanziell abzusichern.

Wie aus den Medien zu entnehmen ist, sehen Sie als Gesundheits- und Finanzreferent des Landes keine Veranlassung, für das Kinderhospiz finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen bzw. verweisen auf die vom Land für die Hospiz Bewegung zweckgebundenen Mittel. Dem Arbeitsübereinkommen der Landesregierung ist hingegen zu entnehmen: "Wir werden das Angebot der Palliativmedizin sowohl im stationären als auch im mobilen Bereich und in der Tageshospiz weiter ausbauen." Mit dem Projekt Papageno hätten Sie die Chance, Ihrer Ankündigungspolitik, im Sinne der betroffenen Kinder und Familien, Taten folgen zu lassen.

Ich stelle daher gemäß der Geschäftsordnung des Salzburger Landtages gemäß § 78a folgende mündliche Anfrage: Ist es Unwille oder Irreführung, dass Sie über die Medien die Hospiz Bewegung auffordern, die vom Land zur Verfügung gestellten, zweckgebundenen Mittel zur Hospizversorgung für das Kinderhospizprojekt „Papageno“ zu verwenden?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Dankeschön. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Herr Klubobmann!

Weder Irreführung und schon gar nicht Unwille und schon gar nicht Aufforderung über die Medien, sondern ganz im Gegenteil. Ich habe über die Medien erfahren, dass mit Mai dieses Projekt begonnen wurde und ähnlich wie Landesrat Schellhorn ist es mir gegangen, ohne Vorgespräch mit uns, sozusagen aus den Medien das zu erfahren.

Die Palliativ- und Hospizversorgung ist uns ein großes Anliegen. Das Land Salzburg wendet doch einiges über eine Million Euro im Jahr auf. Im Jahr 2015 haben wir das budgetiert und

ich erinnere daran, dass eine unserer ersten Maßnahmen, Heinrich Schellhorn und ich betreffend, also unsere Ressorts betreffend, es war, dass wir das Helga Treichl, jetzt Raphael-Hospiz finanziell abgesichert haben und gerettet haben.

Das Land Salzburg unterstützt im Jahr 2015 die Palliativ- und Hospizbewegung mit einer Summe von rund 1,2 Mio. Euro. Die Caritas erhält daraus € 510.000,--, darüber hinaus gibt es aus den sogenannten Restmitteln aus dem Jahre 2013 im Bereich der Gesundheitsversorgung für den gedeckten Abgang der Caritas rund € 40.000,--. Die Hospizbewegung bekommt € 317.600,--, das ist wesentlich mehr als im Jahr 2014. Das Raphael-Hospiz, vormals Treichl-Hospiz, bekommt die erwähnten € 328.000,-- bzw. die bekannten € 328.000,--.

Generell muss ich allerdings dazu sagen, dass die Ausgaben aus dem Topf der krankenhaushausentlastenden Maßnahmen natürlich so geartet sind, dass die unterstützenswürdigen und förderungswürdigen Maßnahmen sozusagen die Projektmöglichkeiten übersteigen oder die Finanzierungsmöglichkeiten übersteigen. So haben wir auch schon im Vorjahr ein Gespräch geführt, Landesrat Dr. Schellhorn und ich, mit der Hospizbewegung und der Caritas, und damals wurde vereinbart, dass das Land Salzburg zur Abdeckung des Abgangs an die Caritas eine zusätzliche Summe bezahlt. Wir haben heuer zusätzlich diese € 40.000,-- dann entsprechend überwiesen und deshalb war ich auch sehr überrascht über die Ankündigung in den Medien, dass wir sozusagen nichts übrig hätten für die Kinderpalliativversorgung, weil in diesem Gespräch klipp und klar vereinbart wurde, dass die Gelder, die Zusatzgelder, die wir leisten, für die Erwachsenen hospiz verwendet werden, weil - und jetzt zitiert Caritas und Hospiz Bewegung Maria Haidinger - es viel einfacher ist, für die Kinder Spendengelder aufzutreiben als für die Erwachsenen. So ist es ausgemacht gewesen, dass sie diese 40.000,-- zusätzlich bekommen und die Verwendung dieser Mittel, da hat es überhaupt keine schriftliche Vereinbarung oder gar Vorschrift gegeben. Meine Nachfrage beim Fonds hat genauso ergeben, dass es hier keine Bindung der Mittel ist. Das heißt Caritas und Hospiz können die Mittel selbstverständlich so verwenden, wie sie es in dem Fall für wichtig und gut halten. Also entweder für die Kinder oder für die Erwachsenen.

Ich habe dann einen Tag sofort nach dieser Medienberichterstattung auch einen Brief bekommen von der Hospiz Bewegung und ich zitiere daraus, dass teilweise von der Berichterstattung sich die Hospiz Bewegung distanziert: „Die in der medialen Berichterstattung erfolgte Zuspitzung auf das Finanzierungsthema war nicht unsere Intention. Wir bedauern es, wenn bei Ihnen der Eindruck entstanden ist, wir würden die finanzielle Unterstützung des Landes nicht entsprechend erwähnen und würdigen.“ Ich war bei der Pressekonferenz nicht dabei, daher kann ich nicht feststellen, was da alles gesagt wurde.

Fakt ist, dass Eisl, Haidinger und Grüner diesen Brief an mich unterschrieben haben und sich von diesen Behauptungen in der Zeitung oder in den Medien distanziert haben. Also der Fonds und ich haben nie von einer Zweckbindung gesprochen. Der Wunsch war in erster Linie einfach um eine Mittelerhöhung.

Ich darf abschließend noch einmal feststellen, dass wir selbstverständlich von der Regierung aus eine große Wertschätzung gegenüber der Hospiz- und Palliativbewegung haben und dass das Land mit immerhin mehr als 1,2 Mio. Euro diese Arbeit auch entsprechend unterstützt und wir auch immer wieder versuchen werden, aus den krankenhauserlastenden Maßnahmen beim SAGIS entsprechende Mittel zu lukrieren.

Heuer sind die Mittel entsprechend aufgebraucht bzw. budgetiert und die Wünsche der Caritas und der Hospiz Bewegung können sich auf das Budget 2016 dann entsprechend beziehen. Wie gesagt heuer haben wir 40.000,-- ohnehin außerhalb des Budgets noch nachgetragen und ich erwarte mir natürlich von der Caritas und Hospiz, dass ein entsprechender Antrag gestellt wird, dann können wir auch entsprechend handeln.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Ich hätte noch eine Zusatzfrage. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Du hast erwähnt in Deiner Beantwortung jetzt, Du hast im Mai von diesem Thema erfahren. Mir liegt ein Brief der Landtagspräsidentin vor, datiert mit 5. März, wo alle Landtagsparteien sich übereinstimmend dafür ausgesprochen haben, diese Initiative der Hospiz Bewegung für diese 20 bis 25 Kinder zu unterstützen. Hat Dich dieser Brief nicht erreicht, weil Du gemeint hast Du hast von dem Problem erst im Mai erfahren.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Selbstverständlich hat mich der Brief erreicht und ich habe auch nicht gesagt, dass ich das Projekt erst seit Mai kenne, sondern ich war überrascht, dass es mit Mai begonnen wurde, ohne vorher mit uns zu sprechen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Klubvorsitzender Abg. Steidl: Abschließend, ich habe keine weitere Frage, aber nur eine abschließende Bemerkung. Ich weiß von der Frau Haidinger, dass sie Dir auch das Projekt und das Konzept übermittelt hat, sie keine Antwort darauf bekommen hat. Ich hoffe, weil heute so viel von Menschlichkeit die Rede war in der Aktuellen Stunde und bei der Vorberatung der dringlichen Anträge, Menschlichkeit gegenüber jenen, die Kriegsflüchtlinge sind,

und bei uns diese Menschlichkeit erfahren sollen. Ich hoffe auch auf Deine Menschlichkeit, auf Deine politische gegenüber diesen 20 bis 25 Kindern, die in absehbarer Zeit sterben werden. So hoch ist die Anzahl pro Jahr und ihren dahinterstehenden Familien, dass sie die Unterstützung bekommen, die sie in dieser schwierigen Lebensphase auch brauchen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Die nächste mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Anzahl, Art und Kosten der Zulagen im Landesdienst.

Entschuldigung, Frau Abgeordnete, ich habe eine Anfrage übersprungen, und die ist

4.6 Mündliche Anfrage des Abg. Rothenwänder an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA betreffend Taxigutscheine für die Flüchtlinge im ehemaligen Hotel Kobenzl

Herr Abgeordneter, bitteschön!

Abg. Rothenwänder: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landesrätin Mag. Martina Berthold!

Wie aus Taxikreisen bekannt wurde, sind die Flüchtlinge, die im ehemaligen Hotel Kobenzl untergebracht sind, im Besitz einer Vielzahl von Taxigutscheinen, da ihnen die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel offensichtlich nicht zumutbar ist. Da nach der Art. 15a B-VG Vereinbarung für die Grundversorgung das Land Salzburg zuständig ist, fällt auch diese Maßnahme in die ausschließliche Entscheidungskompetenz des Landes.

Ich stelle daher an Sie gemäß § 78a Geschäftsordnung Landtag folgende mündliche Anfrage: Erstens: Wie viele Gutscheine pro Person werden monatlich an die Flüchtlinge ausgehändigt? 1.1 Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten für die Gutscheine und aus welchem Topf werden diese bezahlt? 1.2 Durch wen wurde diese Extraleistung bewilligt und veranlasst?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte Frau Landesrätin!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Ich leiste gerne wieder Informations- und Aufklärungsarbeit: Das Kobenzl ist eine Bundesbetreuungsstelle so wie auch Fieberbrunn in Tirol und liegt nicht in der Verantwortung des Landes Salzburg. Daher kann ich Ihnen zu diesen Fragen keine Auskunft geben.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Rothenwänder: Damit ist die Anfrage erledigt. Ich habe noch eine Zusatzfrage, und zwar ob von Seiten des Landes für diese Maßnahme Mittel zur Verfügung gestellt wurden?

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Alles, was in der Grundversorgung in Österreich gemacht wird, wird geteilt. Das heißt dann, dass Grundversorgungsgelder, die vom Land geleistet werden, genauso vom Bund mitfinanziert werden und umgekehrt.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter, willst Du noch etwas dazu sagen? Zusammenfassen, was auch immer?

Abg. Rothenwänder: Ich habe noch eine Zusatzfrage bzw. Zusammenfassung. Was für Leistungen erbracht wurden und was für diese Leistungen vom Land bezahlt wurde in welcher Höhe?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitte!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Ich verstehe die Frage nicht. Was meinen Sie damit?

Abg. Rothenwänder: Für welche Leistungen wie viel vom Land Salzburg bezahlt wurde?

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Welche Leistungen meinen Sie? Das ist eine Bundesbetreuungseinrichtung, da kann ich Ihnen keine Auskunft geben. Da bitte an den Herrn Mag. Gernot Maier vom BMI.

Abg. Rothenwänder: Sie haben zuerst gesagt die Leistungen werden geteilt vom Bund und vom Land.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Frau Landesrätin bitte!

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Das Budget der Grundversorgung im aktuellen Landeshaushalt beträgt € 11,1 Mio.

Abg. Rothenwänder: Wenn die Leistungen von Bund und Land geteilt werden, dann heißt ja das, dass je Hälfte die Leistungen vom Bund und vom Land erbracht werden.

Landesrätin Mag.^a Berthold MBA: Das Budget beträgt € 11,1 Mio. und es gibt Einnahmen in der Höhe von rund € 7,1 Mio. durch den Bund. Das Ganze ist nachzulesen auch im Landeshaushalt.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Wie es sich zeigt, ist im Augenblick hier nicht eine völlige Klärung zu erreichen. Man kann das auch noch schriftlich nachholen. Das wäre ein guter Vorschlag meinerseits, die Fragen noch einmal schriftlich zu stellen und dann hat die Frau Landesrätin auch Zeit, entsprechend zu antworten. Vielen Dank. Ich beende damit diese Anfrage.

Wir kommen zur Anfrage

4.7 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Anzahl, Art und Kosten der Zulagen im Landesdienst

Bitteschön!

Abg. Fürhapter: Danke Frau Präsidentin. Wie nach einem entsprechenden Medienbericht bekannt, gibt es in Wien rund 3.000 verschiedenste teils skurrile Zulagen, welche Kosten von angeblich etwa 1 Mrd. Euro pro Jahr betragen. So gibt es, nur ein kurzes Beispiel, eine Beifahrerzulage in Höhe von € 5,-- pro Stunde für Beifahrer des städtischen Abschleppdienstes. Im Wiener Gartenamt wird jenen Bediensteten, die einen motorbetriebenen Rasenmäher bedienen können, täglich eine Zulage in Höhe von € 3,96 ausbezahlt und Köche, die die Stadtregierung bekochen, erhalten eine nicht näher definierte Erschwerniszulage, wofür auch immer.

Da das Land Salzburg aber gerade eine große Verwaltungsreform durchführt, stellen sich die Fragen einerseits nach Anzahl, Art und Kosten der Zulagen, welche im Salzburger Landesdienst bezahlt werden, andererseits auch nach dem zeitgemäßen Bedarf, ersatzlosem Entfall und daraus resultierendem Einsparungspotential.

Nun zu meiner Frage, Herr Landesrat, zu meinen zwei Fragen. Erstens: Gibt es eine exakte Auflistung aller Zulagen für Landesbedienstete nach Art und Anzahl und wie hoch ist die Summe in Euro, die jährlich für diese Zulagen ausbezahlt wird? Meine zweite Frage: Werden im Zuge der Verwaltungsreform - Stichwort Besoldungsbänder - diese Zulagen dahingehend überprüft, ob sie noch zeitgemäß und/oder notwendig sind bzw. bei Nichtbedarf auch abgeschafft? Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Ich beantworte diese Frage gerne. Vorweg als Feststellung. Dass der Zulagenkatalog, der derzeit in Anwendung ist, im Bundesland Salzburg zwar viel, viel kleiner als jener zitierte ist, aber trotzdem ein nicht wenig umfangreiches Konvolut darstellt. Es können daraus, aus der rechtlichen Darstellung, keine Rechtsansprüche abgeleitet werden. Die rechtliche Grundlage ist eine Verordnung der Salzburger Landesregierung aus dem Jahr 1982 über gesonderte Zulagen und pauschalierte Nebengebühren für Landesbedienstete. Weitere Grundlagen sind das Landesbeamtengesetz des Jahres 1987, das Vertragsbedienstetengesetz 2000, einige Regierungsbeschlüsse über die Wiederverlautbarung des Zulagenkataloges 1985 und nachfolgend, und jetzt ist das der Bereich der SALK, die Geschäftsführerbeschlüsse im Bereich der Salzburger Krankenanstalten.

Zur Frage eins: Wie bereits ausgeführt, gibt es eine Reihe von Rechtsgrundlagen, die nicht unmittelbar ableitbar sind oder einen Anspruch zur Folge hätten. In Summe haben wir bei einer Jahresgehaltsbruttosumme für die im aktiven Beschäftigtenstand betreffenden Bediensteten von derzeit ungefähr 164 Mio. Euro. Das sind knapp 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und jetzt als Vergleichszahl. In der Hoheitsverwaltung haben wir 15,2 Mio. davon Zulagen. Das entspricht in etwa 9 % der Bruttogehaltssumme. Im Bereich der Krankenanstalten ist dieser Betrag nun wesentlich höher, auch die Bedienstetenanzahl in etwa das Doppelte. Dort beträgt dieser Betrag der Zulagen knapp 54 Mio. Euro. In Summe sind das 69,100.000,-- an Zulagen und Nebengebühren.

In der Auswertung sind nicht einbezogen die Mehrdienstleistungspauschalen, die Überstunden- und Mehrstundenvergütungen, da diese nur bei Bedarf und ohnehin in einem relativ mäßigen Ausmaß gewährt werden.

Zur Frage: Welches sind denn die voluminösen Zulagen? Die jetzt ohne Dienstgeberbeiträge, die wären dazuzurechnen, aber die unterscheiden sich beim Beamten und bei VBs habe ich keine exakte Zahl, aber um etwa 20 % sind sie zu erhöhen, sind die EDV-Zulagen, die aus der Zeit stammen, wo EDV etwas besonders Herausforderndes und Neues war, von etwa 1,1 Mio. Die Präsidialzulage im Ausmaß von € 928.000,-- und die Zulagen im Straßenverwaltungsbereich vor Ort durch die 300 Mitarbeiter, die ihren Dienst für die Straßen vor Ort machen, von etwa € 800.000,--. Diese Beträge, die ich jetzt genannt habe, sind in diesen 15,2 Mio. enthalten. Aber das sind die drei größten Positionen von allen.

Jetzt wenn man in die Zukunft blickt, war es eines der wesentlichsten Ziele bei dem neuen Gehaltssystem, dass wir weg von diesen Zulagen kommen und dass wir eine transparente Einkommensstruktur insofern schaffen, dass dieser Zulagenkatalog keine Anwendung mehr

findet und beinahe ausschließlich, es geht nicht ganz, es gibt ganz wenige wiederum im Dienst auf der Straße, an der sozusagen Aufrechterhaltung des Betriebes. Das ist eine sogenannte Seilzulage, die nur vorübergehend, wenn tatsächlich sehr gefährliche Arbeiten gemacht werden müssen. Das sind Arbeit im Tunnel und dann noch die sogenannte Abortzulage, wenn diese dann in entsprechender Weise zu entsorgen sind. Das sind sehr kleine Bestandteile im Verhältnis zu den jetzigen. Der Rest ist pauschaliert, und das betrifft jetzt den Landesstraßendienst sozusagen und nicht die Verwaltung und ausschließlich nicht mehr die Verwaltung, weil wir sehen, dass wir auch eine Veränderungsbremse bei Mitarbeitern haben, dass man eher zu Zulagen hinwandert als man von Zulagen wegwandert. Die Zulagen sind historisch nicht gleichmäßig verteilt, die Bezirkshauptmannschaften mit Abstand die geringsten haben und wir von diesen 9 % in Summe der Bruttolohnkosten Abweichungen haben zwischen 5 und 15 %.

Wenn man schaut wo die meisten Zulagen sind, sind sie in der Regel im technischen Bereich und weniger beim Dienst am Menschen. Das hat sich historisch so herausgefiltert, ist auch nicht ganz unlogisch.

Ermöglicht wird in diesem transparenten System insofern, dass jedes Einkommensband eine Funktion beschreibt und entsprechend dieser Funktion, und es stehen in Summe nur 13 Bänder zur Verfügung, und auch die Vergleichbarkeit der jeweiligen Dienststellen jetzt gegeben ist, weil diese Zulagen de facto abgeschafft sind im neuen System und somit, und das will ich als Personalreferent auch der Wanderungswille von Bediensteten besser wird. Wenn man schaut, ob die Zulagen, weil es ja eine Staffeulzulage gibt, eine mehrfache Zulage, müsste eigentlich ein sehr gerechtes System sein, aber diese Zulagen sind historisch begründet und sind heraufgewandert. Es ist de facto nichts weggekommen, sondern dazugekommen und so manche zeitgemäße Umstände am Arbeitsplatz haben nicht mehr Berücksichtigung, deshalb im neuen System nicht mehr. Die Treffsicherheit wird mit Sicherheit steigen und außerdem ist es eine wesentliche Vereinfachung und Verschlinkung des gesamten Systems und die Vergleichbarkeit geht über alle Dienststellen hinweg, egal ob auf einer BH, in einer ausgegliederten Dienststelle oder in der klassischen Verwaltung im Landesdienst.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Frau Abgeordnete!

Abg. Fürhapter: Danke für die Beantwortung, Herr Landesrat. Ich habe keine Zusatzfrage. Nur vielleicht kurz die Zusammenfassung. Es freut mich, wenn es ein neues transparentes System gibt. Wenn das auch eine Erleichterung ist, eine Verschlinkung in der Verwaltung ist und vielleicht können sich andere Bundesländer daran dann ein Beispiel nehmen und diese unsinnigen skurrilen Zulagen auch eindämmen und einsparen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Das letzte Wort haben in diesem Saal die Abgeordneten. Es tut mir sehr leid, aber Ihr könnt Euch dann unter vier Augen austauschen.

Wir kämen jetzt zur mündlichen Anfrage an den Landeshauptmann, der telefoniert gerade. Ich habe mit der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin ausgemacht, dass wir die Nummer acht des Abgeordneten Schneglberger vorziehen.

5.8 Mündliche Anfrage des Abg. Schneglberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler betreffend den Stand zum Projekt Naturpark Salzachauen

Herr Abgeordneter bitteschön!

Abg. Schneglberger: Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ich darf folgende mündliche Anfrage an Sie richten. Im Rahmen des Landtagsausschusses am 29. Oktober 2014 haben Sie uns ein Ihrer Meinung nach fertig geplantes Life-Projekt Naturpark Salzachauen mit aufwendigem Video vorgestellt und entsprechende Hochglanzbroschüren verteilt. In weiterer Folge stellte sich heraus, dass dazu weder die Verhandlungen mit bayrischer Seite entsprechend erfolgten, nicht einmal alle beteiligten Flachgauer Bürgermeister samt Bezirkshauptmann die nötigen Informationen hatten, die eingeplante Förderung des Bundes von dort nicht wirklich zugesagt war, ein Alleingang ohne Bayern aufgrund Regensburger Vertrages gar nicht möglich ist sowie das mitten im Abflussbereich geplante Bauwerk rein schon raumordnungsrechtlich nicht errichtet werden darf.

Inzwischen gibt es auch Ungewissheit über die Bereitstellung der notwendigen Grundstücke. Im am 19. März 2015 erschienenen SN-Artikel haben Sie Ihre sonstige Blockadepolitik damit verteidigt, dass Sie den Naturpark Salzachauen vorantreiben. Im Rahmen der Landesversammlung Ende April 2015 haben Sie abermals die Initiierung dieses Projektes gefeiert.

Ich stelle dazu gemäß § 78 folgende mündliche Anfrage: Wie ist der Stand des geplanten Life-Projektes, insbesondere zu den einzelnen in der Präambel angeführten problematischen Punkten und ab wann ist mit einer Realisierung zu rechnen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Danke, Herr Abgeordneter, für die Anfrage. Ich höre da einige kritische Untertöne raus und ich hoffe, ich kann mit meiner Beantwortung auch gewisse Vorbehalte ausräumen und beantworte gerne die gestellte Frage.

Ich möchte voranschicken, dieses Projekt Naturpark Salzachauen ist in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Das Land Österreich hat sich ja als Mitunterzeichner der Ramsar-Konvention verpflichtet, Auenlandschaften und Feuchtgebiete nachhaltig zu schützen und zu verbessern. Es ist auch ein Schwerpunkt des Umweltministers. Er hat letzte Woche die österreichische Auenstrategie, allerdings auch in einer Broschüre, wenn auch nicht Hochglanz, aber doch natürlich bildhaft dargestellt, dass das Land Österreich sich sehr verpflichtet fühlt, zur Verbesserung und zum nachhaltigen Schutz der Auenlandschaften beizutragen. Auch alle Ländernaturschutzreferentinnen und –referenten haben diese Auenstrategie mitgetragen und wir bekennen uns zum Schutz der Auen und besonders auch des Auenwaldes nördlich der Landeshauptstadt Salzburg. Das Projekt Naturpark Salzachauen ist daher nach wie vor eines unserer Kernprojekte im Bereich Naturschutz für die kommenden Jahre.

Zur konkreten Frage. Das Life-Projekt wurde im Frühjahr 2015 eingereicht. Die erste Rückmeldung von Seiten der Kommission mit Schreiben vom 7. Mai 2015 ist positiv. Die Chancen stehen sehr, sehr gut, dass das Projekt von der EU gefördert wird und in dieser Form umgesetzt werden kann. Das Life-Projekt ist ein Projekt, das den ersten Abschnitt, den nördlichen Abschnitt des Gesamtprojektes Naturpark umfasst und für die Umsetzung dieser Maßnahmen braucht es keine Zustimmung oder auch keine Teilhabe von Seiten der bayrischen Gemeinden, weil es sich ausschließlich auf Flächen, die nicht unmittelbar das Salzachufer betreffen, bezieht. Es sind in erster Linie Ökologierungsmaßnahmen zur Verbesserung des Auwaldes und auch zur Einbindung des Reitbaches, aber die Salzachufer unmittelbar sind davon nicht betroffen und es kann selbständig durchgeführt werden.

Das Life-Projekt bildet daher den – kann man sagen – Startschuss für konkrete Teilprojekte und neben dem Salzburger Landtag wurden über das Gesamtprojekt selbstverständlich die Salzburger Gemeinden schon vorab informiert. Im letzten Juni wurden die Gemeinden, die betroffen sind vom Projekt, in einer eigenen Projektvorstellung im Haus der Natur über das Vorhaben schon informiert. Eine umfassende Information der Bevölkerung wird allerdings erst dann ins Auge gefasst, wenn die Optionsverträge mit den Grundeigentümern abgeschlossen sind und auch die offizielle finale Zuerkennung des Life-Projektes gegeben ist. Das sind die Voraussetzungen für die beiden Projekte. Life-Projekt und Auenwerkstatt damit das umgesetzt werden kann.

Zu den anderen Fragen. Das Konzept oder die Vision Naturpark Salzachauen ist derzeit ein Salzburger Projekt, aber es gibt bereits die Einladung auch an die bayrische Seite und an die Gemeinden, sich allenfalls auch auf bayrischer Seite an dieser Idee zu beteiligen. Ich habe erst in dieser Woche konkrete Gespräche geführt mit den Bürgermeistern von Freilassung und Saaldorf-Surheim. Ein Termin mit dem Bürgermeister von Laufen ist bereits vereinbart. Also auch das Bemühen, die bayrische Seite miteinzubeziehen.

Die Förderung des Bundes ist schriftlich gegeben. Das heißt, die Bundesmittel sind zugesichert und auch zugesagt. Zum geplanten Bauwerk der Auenwerkstatt. Es ist ein Projekt, das ein Teil und Hand in Hand mit dem Life-Projekt durchgeführt werden soll. Es wird aus Mitteln des ländlichen Entwicklungsfonds kofinanziert. Das geplante Bauwerk befindet sich außerhalb des Hochwasserabflussbereiches HQ30. Es ist auf einer sogenannten Wildtierrettungsinsel, einer künstlich errichteten Schutzinsel für Wildtiere im Fall von Hochwasser geplant und auch die Bebauung, Bebaubarkeit und Widmung wird derzeit geprüft. Es sieht aber gut aus, dass das Projekt in der Form machbar ist.

Der letzte Punkt Optionsverträge. Hier gibt es weiterhin die Zusage und auch die bekundete Bereitschaft des Grundeigentümers, die Verhandlungen sind sozusagen in der Endphase, aber es gibt keine Hinweise, dass die Zustimmung des Grundeigentümers nicht mehr gegeben wäre.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Abgeordneter, Du hast noch eine Chance für eine weitere Frage und Zusammenfassung. Uns läuft die Zeit davon.

Abg. Schneglberger: Danke Frau Präsidentin. Liebe Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Du hast ganz zu Beginn in Deiner Beantwortung gesagt Du orte Vorbehalte. Nein, gar nicht. Im Gegenteil. Ich denke, dass bei der Vorstellung dieses Projektes, das von allen Fraktionen auch sehr positiv bewertet wurde, und wir sind auch überzeugt davon, dass ein in der Gesamtvorstellung der seinerzeitigen Broschüre realisiertes Objekt oder Projekt für Salzburg eine deutliche Wertsteigerung hinsichtlich der Natur bekommen wird. Daher von uns aus zur Gesamtrealisierung jegliche Unterstützung.

Zwei Fragen haben sich aus Deiner Beantwortung noch ergeben. Wenn ich das jetzt richtig verstehe, ist aus dem Gesamtprojekt, so wie es damals im Ausschuss vorgestellt wurde, eine Differenzierung gemacht worden in mehrere Einzelprojekte und nicht mehr die Umsetzung einer Gesamtgeschichte auf einmal. Du sprachst von Gesprächen mit den bayrischen Bürgermeistern. Inwieweit gibt es hier positive Signale von den Bürgermeistern, dass sie sich dieses Projekt auch vorstellen können?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Wirklich ganz kurz.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Rössler: Ganz kurz. Ja, es sind Teilprojekte, weil der nördliche Abschnitt ist quasi unmittelbar vor dem Ankauf. Für den südlichen Abschnitt steht noch die Grundeigentümerfrage zu lösen. Und die Bereitschaft auf bayrischer Seite, Bürgermeister Flatscher ist nicht unmittelbar betroffen, weil Freilassing nicht an den Projektabschnitt direkt angrenzt. Bürgermeister von Saaldorf-Surheim ist selber offenbar ein Was-

serbauer und hat geradezu eingefordert, warum denkt ihr denn nicht mit, die bayrische Seite miteinzubeziehen. Das war für mich ein sehr positives Signal, dass vor allem auch wegen der Flächenverfügbarkeit auf bayrischer Seite in dieser Gemeinde eine große Chance besteht, da ein gemeinsames Projekt zu erreichen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Bitte eine Zusammenfassung.

Abg. Schneglberger: Wir freuen uns darauf, wenn es realisiert wird und vielleicht können wir zur gegebenen Zeit einen Zeitplan, der halbwegs realistisch ist, über die weiteren Schritte und Detailmaßnahmen bekommen. Danke.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Ich komme jetzt zur letzten mündlichen Anfrage. Die Anfrage des Abgeordneten Brand an Landesrat Mayr muss schriftlich eingereicht werden.

4.10 Mündliche Anfrage des Abg. Brand an Landesrat Mayr betreffend Finanzierung von Verkehrsprojekten mittels PPP-Modellen

Die letzte ist die

4.11 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend den Stand der Ermittlungen zur Personalabteilung

Bitteschön Herr Abgeordneter!

Abg. Mag. Schmidlechner: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Es geht um die Dienstfreistellung vom Leiter der Personalabteilung. Zurück geht diese Dienstfreistellung ja auf eine Sachverhaltsdarstellung einiger Mitarbeiter von ihm. Es ist mittlerweile schon wieder zwei Monate, ca. zwei Monate her, dass es zu dieser Dienstfreistellung gekommen ist.

Deshalb stelle ich jetzt nach § 78 die Anfrage: Wie ist der Stand der Ermittlungen in dieser Sache bzw. wann werden die Ermittlungen abgeschlossen sein?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Danke für die Anfrage. Mit 10. April 2015 haben Führungskräfte der Personalabteilung in einer Sachverhaltsdarstellung eine Reihe von Vorwürfe

gegen den Abteilungsleiter Hofrat Mag. Loidl erhoben. Es wurde vom Landesamtsdirektor die Interne Revision beauftragt, eine Sachverhaltsprüfung vorzunehmen. Zu diesem Zweck wurde eine Reihe von Einvernahmen durchgeführt, ein Bericht erstattet, der nunmehr Hofrat Loidl zur Stellungnahme zugeleitet ist. Die Frist zur Stellungnahme läuft noch bis Mitte Juni 2015 und danach wird die Sachverhaltsprüfung der Internen Revision zum Abschluss gebracht und der vorläufige Endbericht vorgelegt. Eine allfällige Befassung der Dienst- und Disziplinarbehörde wird dann vom Ergebnis dieser Sachverhaltsprüfung naturgemäß abhängen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!

Abg. Mag. Schmidlechner: Eine Unterfrage. Also die Dienstfreistellung vom Herrn Hofrat geht ja zurück auf diese Sachverhaltsdarstellung. Es ist durchaus ein gewisser Präzedenzfall, dass sozusagen die Mitarbeiter diese Darstellung geben und dieser Präzedenzfall hat womöglich auch gewisse Implikationen, dass praktisch dann der Vorgesetzte damit rechnen muss oder rechnen musste, dass es eben zu dieser Dienstfreistellung kommt.

Ich will das jetzt ganz wertfrei fragen: Wie stehen Sie zu dieser Vorgangsweise bzw. haben Sie Kriterien definiert, wann solche Sachverhaltsdarstellungen von Mitarbeitern zu Konsequenzen für die Vorgesetzten führen? Das ist eine recht interessante Vorgangsweise an und für sich.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Die Sachverhaltsdarstellung war so, dass in der Entscheidung des Landesamtsdirektors natürlich der Frage nachzugehen war, ist ein weiterer Dienstbetrieb in Aufrechterhaltung der Vorgesetztenfunktion sinnvoll, zumutbar und auch zweckmäßig oder ist eine Dienstfreistellung, die ja keine Vorverurteilung oder ähnliches darstellt, für die Aufrechterhaltung des Amtsbetriebes hier vorzuziehen. Die Prüfung hat ergeben sie ist vorzuziehen. Eine abschließende Beurteilung ist erst nach dem Bericht der Internen Revision möglich.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter!

Abg. Mag. Schmidlechner: Eine weitere Zusatzfrage. Der betroffene Hofrat war ja sicherlich sehr beteiligt oder hat eine wesentliche Verantwortung gehabt bei vorhergehenden Suspendierungen und auch Dienstfreistellungen, die in den letzten Jahren und in der letzten Zeit passiert sind. Gehen Sie davon aus, dass das Bild schon ein eigenartiges ist, dass derjenige, der vorher als Leiter der Personalabteilung mit Suspendierungen konfrontiert war, plötzlich

selbst mit dienstrechtlichen Konsequenzen, zwar keine Suspendierung, aber mit dienstrechtliche Konsequenzen, konfrontiert ist und wie glauben Sie wirkt sich dieses Bild auf die Landesverwaltung als Gesamtes aus?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann Dr. Haslauer: Jede Suspendierung und jede Dienstfreistellung eines Mitarbeiters des Landesdienstes und im besonderen Maße von Führungskräften ist dem guten Ruf des Landesdienstes abträglich. Das ist so. Ich glaube es ist aber auch notwendig, wenn Vorfälle auftauchen, die einen Handlungsbedarf offensichtlich machen, die Dinge nicht unter den Teppich zu kehren, sondern auch durchzugreifen, um eben auch zu zeigen, dass wir hier sehr konsequent auf korrekte und einwandfreie Vorgangsweisen achten. Daher scheuen wir als Landesregierung vor den erforderlichen Schritten nicht zurück, wohl wissend, dass uns das allen miteinander nicht gut tut. Aber ich glaube, dass es einfach erforderlich ist, auch im Sinne einer gewissen dienstlichen Hygiene im Amt, dass man bei Fehlentwicklungen als Dienstgeber einschreitet.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Abgeordneter, Du kannst noch eine Zusammenfassung machen.

Abg. Mag. Schmidlechner: Eine Zusatzbemerkung. Es ist schon auffällig, eigentlich spannend, dass derjenige, der für Suspendierungen, die vorher passiert sind, sicherlich große Mitverantwortung trägt aufgrund seiner Funktion, dann plötzlich selbst eben mit Vorwürfen konfrontiert wird oder ist, die zu Konsequenzen führen. Dieses Gesamtbild ist ein sehr eigenartiges und ich glaube wir sind da alle aufgefordert, den Landesdienst so aufzustellen, dass solche Dinge in Zukunft vermieden werden.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke Herr Abgeordneter. Somit schließe ich die Stunde der mündlichen Anfragen. Die Stunde ist jetzt vorüber. Wir kämen jetzt zu Punkt fünf – dringliche Anfragen, die wir jetzt vor der Mittagspause nicht mehr behandeln werden. Es sind zwei dringliche Anfragen, die wir nach dem Ausschuss weiter beraten, wobei ich darauf hinweise, dass der Herr Landeshauptmann nach dem Ausschuss – ich bekomme gerade die Mitteilung, dass ein Ersatz gefunden wurde, also wir werden nach dem Ausschuss die dringlichen Anfragen weiter bearbeiten.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für die Mittagspause bis 14:00 Uhr. Die Abgeordneten, die jetzt zur Diskussion mit dem Lehrgang Landespolitik hier bleiben sollen, bitte im Landtagssitzungssaal machen wir diese Diskussionsrunde. Ich wünsche eine gute Mittagspause, einen guten Appetit.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:24 – 17:44 Uhr)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf):
Wir setzen mit der Landtagssitzung fort. Ich rufe auf

Punkt 5: Dringliche Anfragen

Wir haben zwei dringliche Anfragen.

5.1 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Ungereimtheiten und „Altlasten“ im Personalressort (Nr. 954 der Beilagen)

Ich ersuche die Schriftführerin um Verlesung der Anfrage. Ich habe jetzt einen Vorschlag. Wir lesen am Vormittag auch immer unsere Anträge vor, auch für das Publikum, damit sie wissen um was es geht. Wir haben im Augenblick nur Fachpublikum hier im Saal. Mein Vorschlag wäre, dass wir auf die Verlesung verzichten. Stößt dieser Vorschlag auf Zustimmung? Alle, die online hier mitschauen, ersuche ich die dringliche Anfrage aufzurufen. Sie ist online verfügbar und wir gehen direkt in die Diskussion. Ich ersuche vielleicht die Anfrage zu stellen, Herr Abgeordneter Schmidlechner, die Anfrage zu stellen.

Abg. Mag. Schmidlechner: Frage eins: Von wem und warum wurden die vier Entbindungen von der Dienstverrichtung mit Bezügen im Vergleich zu einer Suspendierung genehmigt?

Punkt zwei: Wie viele interimistische Besetzungen von Führungsfunktionen gibt es derzeit? Mit dem Ersuchen um Darlegung der jeweiligen bisherigen Dauer und bis wann werden in diesen Fällen wieder dauerhafte Bestellungen erfolgen?

Punkt drei: Wann wird die seit längerem diskutierte Novelle des Objektivierungsgesetzes in Kraft treten und findet sich darin eine fünfjährige Befristung für die Tätigkeit als Landesamtsdirektor?

Punkt vier: Wann erfolgt die Ausschreibung für den Posten des Landesamtsdirektors und wird dieser, wie von SPÖ, FPÖ und Grünen gefordert, befristet sein?

Punkt fünf: Wird der in den Medien als Ihr Favorit für den Posten des Landesamtsdirektors genannte Abteilungsleiter bei einer etwaigen Bestellung seine extra entlohnte Nebentätigkeit als Geschäftsführer und seine beiden Nebenbeschäftigungen weiter ausüben dürfen?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Vielen Dank. Herr Landesrat, ich ersuche um die Beantwortung. Du hast zehn Minuten zur Verfügung. Danke.

Landesrat DI Dr. Schwaiger: Herzlichen Dank. Herr Klubvorsitzender! Herr Abgeordneter Schmidlechner!

Wir alle in diesem Raum kennen die Ungereimtheiten der letzten Zeit. Von Altlasten zu sprechen, das würde ich eher nicht tun. Das hätte eine zeitliche Achse drinnen. Ich möchte auch festhalten, dass es ganz, ganz viele Landesbedienstete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch Führungskräfte gibt, die für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land eine gute Arbeit leisten. Eine sehr gute Arbeit mit ihrem Fachwissen und auch mit ihrer sozialen Kompetenz. Ich glaube nicht, dass unsere Probleme größer sind wie jene in einem anderen Großbetrieb mit beinahe 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich möchte auch nicht der Aufräumer sein. Ich möchte mich nicht auf Kosten anderer privilegieren, nicht privilegieren, sondern profilieren. Das ist nicht meine Art, aber ich bin sicher derjenige, der bei diesen Dingen genauer hinschaut und nicht wegschaut. Vielleicht ist das ein bisschen ein anderer Zugang. Zuschauen wäre auch das Falsche. Etwas wissen, etwas merken und nichts tun, das wird uns wahrscheinlich in der Kultur unseres großen Betriebes nicht weiterbringen und Gott sei Dank ist es ein verschwindend kleiner Teil, wenn man es mathematisch ausdrücken würde, welche Konsequenzen und Vorwürfe derzeit im Raum stehen.

Ich habe mir auch vorgenommen, nicht auf den Status einer Person, auf das Ansehen, die Funktion oder die Position zu achten und keinesfalls auf irgendwelche politisch scheinbaren Zugehörigkeiten, sondern dann, wenn etwas zu tun ist, es tatsächlich auch zu veranlassen. Aber es hat so den Anschein, dass es insbesondere die Führungskräfte getroffen hat. Ich habe aber alle Führungskräfte, insbesondere die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter und die Bezirkshauptleute gebeten, diesen gleichen Stil auch in ihren Dienststellen anzulegen, weil vieles, das sich eingeschlichen hat oder eingeschliffen hat in gewisser Weise, oftmals fast schon ein bisschen selbstverständlich ist. Diese Selbstverständlichkeiten, die nicht passen, dürfen keine Selbstverständlichkeiten sein.

Zu Frage eins: Von wem und warum wurden die vier Entbindungen von der Dienstverrichtung – in Klammer – (mit Bezügen im Vergleich zu einer Suspendierung) – Klammer zu –

genehmigt. Aus Rücksichtnahme zu den betroffenen Personen und ich bin darauf hingewiesen worden auch, dass der Datenschutz ja nicht so einfach auf die Seite geschoben wird, das will ich auch nicht tun. Von diesen vier Personen sind zwei aufgrund einer ärztlich festgestellten Dienstunfähigkeit derzeit am Weg von der Dienstleistung freigestellt bzw. pensioniert zu werden bzw. auszuscheiden.

Zu zwei Dienstfreistellungen laufen gerade Ermittlungen der Internen Revision. Das ist der Leiter der Personalabteilung und eine Mitarbeiterin, die auch in diesem Zusammenhang auf deren Dienstfreistellung bzw. Pensionierung geprüft wird. Mitte dieses Monats läuft die Frist ab, wo der Personalchef dieses Landes die Stellungnahme abgeben kann und jetzt, wo ich persönlich den Bericht nicht kenne, dazu Stellung zu nehmen und auch ohne der Gegenstellungnahme des Betroffenen jetzt tiefer in die Sache einzusteigen, ist etwas was ich gar nicht kann und wenn ich es könnte, irgendwie auch nicht tun würde. Diese 14 Tage, diese drei Wochen müssen wir abwarten, dann können wir letztendlich die entsprechenden Schritte und auch die entsprechenden Antworten geben.

Zur Frage zwei: Wie viele interimistische Besetzungen von Führungsfunktionen gibt es derzeit mit dem Ersuchen der Darlegung der jeweiligen bisherigen Dauer und bis wann werden in diesen Fällen wieder dauerhafte Bestellungen erfolgen? Es sind zwei von elf Abteilungsleitern. Es ist die Personalabteilung und es ist meine ursprüngliche Abteilung, weil ich nach dem Ausscheiden aus der Politik wieder die Möglichkeit habe, die Abteilung wieder zu führen. Aber diese interimistische Abteilungsleitung ist eine, die insbesondere mit dem Herrn Dr. Hauthaler sehr gut funktioniert. Aber mathematisch ist sie dazuzuzählen.

Es ist – wie bekannt – die Bezirkshauptmannschaft Zell am See, was mir insbesondere leid tut, weil ein Betrieb mit über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ich glaube der 4. Juli war es im letzten Jahr und heute haben wird Anfang Juni. Seit elf Monaten keine wirkliche Besetzung haben und eine interimistische Führung ist nicht eine im Sinne von einer bald folgenden Ausschreibung, die man als so bezeichnen könnte, dass alles so wäre als wäre nichts. Das ist nicht der Fall. Wenn diese Ermittlungen noch länger dauern, werde ich und habe den Auftrag gegeben, juristisch zu prüfen, ob wir dieses Verfahren insofern in Bewegung bringen, dass wir wieder eine ordentliche Führung mit einer definitiven Bestellung mit der Leitung dieser großen Bezirkshauptmannschaft, das ist die zweitgrößte, machen können.

Es ist interimistisch besetzt ein Fachgruppenleiter. Das ist der Herr Dr. Kiefer und laut Organigramm ist festgehalten, dass diese bis zum 30. Juni, also Ende dieses Monats ist, und diese bisherige Fachabteilung und vorübergehende Fachgruppe nach dem aktuellen Organigramm künftig ein Referat wird und somit die Bestellung auch definitiv sein kann. Es sind fünf Referatsleiter und drei Gruppenleiter.

Die bisherige Dauer geht in einem Fall in das Jahr 2010 bzw. 2011 zurück. In einem weiteren Fall in das Jahr 2013. Vier Fälle stammen aus dem Jahr 2014 und der Rest, also in etwa die Hälfte, aus dem Jahr 2015. Bis wann diese provisorische Besetzung? Ich kann Ihnen sagen mir ist nichts lieber als eine dauerhafte Bestellung, eine gute Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das sind wir auch den Mitarbeitern schuldig. Aber es hängt, wie eben gesagt, auch von gewissen Prüfinstanzen ab, die nicht in unserer Hand sind. Ich bin bemüht, diesen Zeitraum, ich habe das anhand der BH Zell am See bereits gesagt, möglichst kurz zu halten. Bei den Referaten ist es das Medienzentrum, wo die Ausschreibung in Bälde erfolgt. Das Referat Öffentliches Pflichtschulwesen, das Referat Frauen, Diversität und Chancengleichheit mit Abgang der Frau Rotschopf Richtung Wien, das Referat Kunstförderung und Kultur durch eine Mutterschaft und das Referat Ländliches Verkehrsinfrastrukturwesen ist bereits entschieden. Das Hearing, es ist jetzt noch der Zeitpunkt zu wählen, wo die Nachfolge von Herrn Göschl dann auch auf dem Papier de facto erfolgt.

Zur Frage drei: Wann wird die seit längerem diskutierte Novelle des Objektivierungsgesetzes in Kraft treten und findet sich darin eine Befristung für diese Tätigkeit? Zu diesem Punkt hat es gerade in den letzten Tagen mehrere Gespräche gegeben. Wir alle wissen wann das Amtsende unseres Landesamtsdirektors ist, das ist der Oktober in diesem Jahr. Ich halte, und das sage ich auch persönlich, nichts von Verlängerungen, weil wir irgendwie nicht in Schuss kommen. Die Funktion der Landesamtsdirektors wird sich bereits in der Ausschreibung insofern, obwohl es noch nicht rechtlich umgesetzt ist, sehen lassen, dass dieser Hinweis in der Ausschreibung drinnen ist, dass die zu erwartende Befristung von Führungskräften, das ist ja nicht nur der LAD, sondern das sind auch die Führungskräfte, so wie wir in drei Runden dies besprochen haben, dann tatsächlich auch auf diese Bestellung, auf den ersten Beamten in diesem Land anzuwenden ist und niemand überrascht sein kann, weil das bereits in der Bewerbung Inhalt sein wird. Die Ausschreibung wird auch in Bälde erfolgen, jedenfalls im Juni, wahrscheinlich in ein, zwei Wochen.

Zur Frage vier: Wann erfolgt die Ausschreibung für den Posten des Landesamtsdirektors und wird dieser befristet sein? Darauf bin ich bereits in der vorher beantworteten Frage eingegangen.

Wie wird es betrachtet, zur Frage fünf, wird der in den Medien als Ihr Favorit für den Posten des Landesamtsdirektors genannte Abteilungsleiter bei etwaiger Bestellung eine extra entlohnte Nebentätigkeit als Geschäftsführer und seine beiden Nebenbeschäftigung weiter ausführen? Dazu sage ich. Erstens: Ich habe keinen Favoriten. Wir haben vielmehr in der Verwaltung, das sage ich auch, aus persönlicher Überzeugung, das ich schon öfter erlebt habe, auch in meiner früheren Funktion, zu wenig Personalentwicklung gemacht, dass wir öfter klare, und zwar mehrere Nachfolger geeignete haben. Also kann ich auch in diesem Fall von

keinem Favoriten sprechen. Es muss jedenfalls ein Jurist sein und die Bestimmungen sind ja bundesgesetzlich geregelt.

Mir ist aber wichtig, dass wir ein faires, und das ist mir bei jeder Ausschreibung wichtig, umso mehr bei einer Schlüsselfunktion für den Landesdienst, ein faires und objektives Auswahlverfahren machen, eine ordentliche Kommission mit renommierten Persönlichkeiten, auf Herz und Nieren durchgecheckt. Der Beste wird das Rennen machen und daher stellt sich zum jetzigen Zeitpunkt die Frage der Nebentätigkeit im Anlass auf eine Favoritenrolle nicht. Ich sage nur wer 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu führen hat, das ist kein 40-Stunden-Job, wahrscheinlich auch nicht 45, sondern mehr. Das ist kein Standardberuf, das ist einer, wo ich fast so etwas erwarte wie eine Berufung für dieses Amt. Genau derjenige hat mit Sicherheit keine Zeit, nebenbei noch etwas anderes zu tun. Das schließe ich persönlich aus, weil sich das nicht ausgehen kann. Herzlichen Dank. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Schmidlechner. Du hast auch zehn Minuten als Antragsteller.

Abg. Mag. Schmidlechner: Geschätztes Hohes Haus! Geschätzter Herr Landesrat!

Transparenz, Objektivität, Endpolitisierung, Forderung von Leistung. Das sind Begriffe, die Du sehr oft verwendest, wenn Du vom Landesdienst sprichst, die von der Landesregierung und von den Landtagsparteien, die diese Landesregierung stützen, auch oft verwendet werden. Die Schwierigkeit, die ich derzeit habe, und ich werfe Dir das jetzt gar nicht persönlich vor, weil ich es Dir abnehme, dass Du das wirklich willst, ist folgende, dass ich nicht sehen kann, dass im Landesdienst derzeit Transparenz gegeben ist, dass ich nicht sehen kann, dass im Landesdienst bzw. bei Bestellungen das Prinzip der Objektivität tatsächlich allgemein gültig ist, dass ich die Endpolitisierung nicht bemerke und das ist auch im Sinne von dem, weil ich ja die Transparenz nicht sehe, weil dann müsste ich irgendetwas wissen und ich weiß sehr wenig von dem, was da passiert im Hintergrund. So kann ich auch nicht unbedingt sagen, dass ich weiß, dass tatsächlich die Besten und die Leistungskräftigsten im Landesdienst befördert werden.

Ich will das auch anhand von den Fragen, die wir gestellt haben, und Deinen Antworten kurz skizzieren. In der ersten Frage geht es darum, dass wir fragen wie kommt es eigentlich dazu, dass einige dienstfreigestellt sind mit vollen Bezügen, bei zwei oder drei hast Du es ja erklärt, das ist verständlich, andere suspendiert sind. Es wird für beides Gründe geben, nehme ich einmal an, aber im Sinne der Transparenz wäre es zumindest wesentlich, wenn der Hohe Landtag und auch die Landesbediensteten wüssten, nicht auf die Person bezogen, sondern

auf die Kriterien bezogen, warum man suspendiert wird und warum man dienstfreigestellt wird. Das hat schon eine gewisse Bedeutung. Eine Suspendierung heißt im Grunde es ist eine gewisse Gefahr im Verzug, Dienstfreistellung ist auch im Grunde eine, nennen wir es Strafe, aber natürlich eine weniger weitreichende.

Das Spannende ist in dem Zusammenhang schon, das habe ich heute dem Herrn Landeshauptmann schon gesagt, wenn ich jetzt in dieser Situation wäre theoretisch und ich wäre suspendiert worden und ich wüsste, dass derjenige, der jetzt dienstfreigestellt ist, wahrscheinlich eine sehr große Rolle dabei gespielt hat, weil er der Leiter der Personalabteilung war, dann wäre ich persönlich nicht unbedingt glücklich, nämlich auch über die Optik dieser ganzen Sache.

Der Punkt zwei: Die interimistischen Besetzungen von Führungskräften. Da geht es nicht nur um die Abteilungsleiter, da geht es dann vor allem auch um die Referatsleiter, um die Fachgruppenleiter. Nennen wir es einmal das mittlere Management. Eine objektive Postenbesetzung ist in dem Moment, wo ich jemand interimistisch schon in diesen Posten hineingesetzt habe, relativ schwer möglich. Man könnte sogar überspitzt behaupten, eine interimistische Postenbesetzung gibt schon im Grunde vor, wer zu einer hohen Wahrscheinlichkeit diese Position dann kriegen wird. Im Sinne der Objektivität ist es deshalb nicht, weil eine solche Postenbesetzung nicht einem Objektivierungsverfahren untersteht. Das heißt, man gibt jemanden einen Startvorteil, auch im mittleren Management, und weiß, dass dieser jemand natürlich jemand sein kann und jemand sein wird, den man gerne haben will. Ich will jetzt gar nicht ausschließen, ich gehe sogar weiter, ich vermute sogar, dass da manchmal auch ein gewisser politischer Hintergrund dahintersteckt.

Was das Objektivierungsgesetz betrifft, so ist es einfach nur die Aufforderung, ich weiß dass Du Dich bemüht da, dass es dieses Objektivierungsgesetz gibt. Wir haben derzeit in der Politik generell das Problem, dass wir über viele Dinge sehr viel reden, aber die Bevölkerung oft den Eindruck hat, dass wir gar nicht so viel tun bzw. tun können. Das, was wir tun können, wäre ganz recht, wenn wir es möglichst zügig und auch wieder in Eurem Sinne, wie Ihre es als Regierung wollt, transparent über die Bühne bringen.

Was die Ausschreibung vom Landesamtsdirektor betrifft, da bin ich froh, dass diese fünfjährige Befristung also offensichtlich kommen soll, weil es, glaube ich, sehr wichtig ist in solchen Spitzenpositionen. Ich bin vollkommen derselben Meinung, dass es nicht sein kann, dass eine Führungsperson mehrere Funktionen hat. Nur frage ich mich dann, wie es jetzt sein kann, dass diese Person in dieser interimistischen Position, wo sie jetzt ist, diese mehreren Positionen sehr wohl ausführt, weil das ist ja auch keine Nebentätigkeit was sie gerade tut,

sondern eine Tätigkeit in einem Feld, das derzeit wahrscheinlich ein Minenfeld ist. Das kann ich persönlich nicht nachvollziehen.

Nochmal zusammengefasst. Ich nehme Dir, so wie ich Dich kenne, durchaus ab, dass Du das willst was Du sagst. Aber ich glaube, Du hast noch viele harte Bretter zu durchbohren und ich bin mir nicht sicher, ob alle Deine Freunde, Parteifreunde usw. dasselbe wollen wie Du. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann rufe ich auf die

5.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend das Thermenprojekt in St. Martin bei Lofer
(Nr. 955 der Beilagen)

Diese Anfrage wird in Vertretung des Landeshauptmannes Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl beantwortet. Ich bitte um die Verlesung der Fragen. Danke.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Erstens: Auf welche Höhe belaufen sich die aufgewandten finanziellen Mittel des Landes Salzburg für die Förderung der Therme St. Martin seit Beginn des Projekts?

Zweitens: Welcher finanzielle Schaden ist durch die Zusammenarbeit mit der Swiss-Investment Management AG entstanden?

Drittens: Warum wurde bei derartigen Projekten wie üblich keine begleitende Kontrolle durchgeführt?

Viertens: Haben Sie nach Bekanntwerden des Betruges die notwendigen Schritte eingeleitet? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden getroffen?

Fünftens: Halten Sie es für sinnvoll und verantwortbar, weiter an diesem Projekt festzuhalten?

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich darf in Vertretung vom Landeshauptmann die vorbereitete Beantwortung, den vorbereiteten Beantwortungsvorschlag bzw. Beantwortung durchführen.

Zu Punkt eins ist es so, dass das Wirtschaftsressort für das Projekt der Vorbereitung und der erfolgreichen Durchführung einer Erkundungsbohrung nach Thermalwasser inklusiv Pumpversuche und Wasseruntersuchungen im Rahmen des Ziel-B-Programms Salzburg 1995 bis 1999 und des Ziel-2 und Phasing out Programm Salzburg 2000 – 2006 sowie Vorbereitungsarbeiten der Theba Saalach GmbH zur geplanten Thermenanlage samt Vier-Stern-Hotel inklusive Consultingleistungen mit Landeszuschüssen in Höhe von insgesamt € 202.887,-- unterstützt hat.

Zur zweiten Frage: Welcher finanzielle Schaden durch diese Zusammenarbeit mit der Swiss Invest Management AG entstanden ist, ist zu sagen, dass das Land Salzburg für die Zusammenarbeit der Theba Saalachtal GmbH mit der Swiss Invest Management AG hat es keinerlei Finanzierungsleistungen gegeben und das Land war auch nicht in Verhandlungen zwischen der Theba und dieser Swiss Investment Management beteiligt. Daher ist aus Sicht des Landes kein Schaden entstanden.

Die begleitende Kontrolle, das bezieht sich jetzt auf die Frage drei, kann mit der Beantwortung der Frage zwei gegeben werden, indem darauf hingewiesen wird, dass diese begleitende Kontrolle nicht vom Land eingesetzt werden musste, weil wir ja nicht direkt sozusagen da etwas zu tun hatte, das Land nichts zu tun hatte mit dieser Konstruktion, mit dieser Vereinbarung zwischen der Theba und der Swiss Invest Management.

Viertens: Haben Sie nach Bekanntwerden des Betruges die notwendigen Schritte eingeleitet. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden getroffen? Auch hier ist die Antwort, dass das Land Salzburg eben weder an der Theba Saalachtal GmbH beteiligt ist noch in einer sonstigen Weise die Geschäftsbeziehungen oder in die Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Partnern eingebunden war und insofern gibt es hier keine Notwendigkeit oder sieht das Land keine Notwendigkeit, entsprechende Maßnahmen zu setzen oder sah keine Notwendigkeit, diese Maßnahmen zu setzen.

Ob es sinnvoll und verantwortbar ist, weiter an diesem Projekt festzuhalten, sagt der Landeshauptmann: Eine sinnvolle Nutzung des vorhandenen Heilwassers erscheint jedenfalls zweckmäßig, wie z.B. durch das Kinderhotel Post der Familie Unseld in Unken. Danke sehr.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Herr Klubvorsitzender Schnell bitte!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Die geplante Therme St. Martin bei Lofer, Theba, waren ja schon mehrmals hier Gegenstand von Anfragen und Diskussionen. Es war das große Vorzeigeprojekt der damaligen Regierung Rot/Schwarz, Schwarz/Rot, vorher schon, geht ja sehr lange zurück. Immer wieder haben wir das Projekt hinterfragt, haben wieder nachgefragt, wie viele Landesmittel, EU-Förderungsmittel und Gemeindemittel, das können Sie nicht beantworten natürlich, in dieses Projekt geflossen sind. Es sind auf jeden Fall an die 800.000 bis 1 Mio.

Die letzte Summe, die €380.000,-, die jetzt verschwunden sind, höre ich, sind Privatgelder von irgendwelchen Sponsoren, die hier Geld dazu beitragen wollten, dass ein gewisser Herr aus der Schweiz, Arthur M., das ist immer so bei denen, die etwas anstellen, da findest du nie einen ganzen Namen, das ist bei uns Politikern leider nicht so, ausgegeben wurden und jetzt sucht man den Herrn überall in der Schweiz und konnte auch vor Gericht nicht erscheinen.

Genau dieses Bild gibt sich immer wieder, immer wieder, dass viele Gelder verwendet werden für Luftschlösser, ich habe das mehrmals wiederholt da, und dann, wenn man Kritik übt, wenn man das hinterfragt, wie es in einer Demokratie üblich ist, leider haben wir zu wenig hinterfragt offensichtlich, weil dieser letzte blamable, wirklich blamable Schritt, bei der Theba ist einer angestellt worden, ein braver ÖVPLer, der Herr Baier, über jahrelang mit einem guten Gehalt, gar nicht schmal, ich weiß nicht was er verdient hat, aber sicher nicht schmal, wo man immer gefragt hat was tut der. Jetzt ist er nicht mehr dabei und dieser Herr hat dann sich nicht - die Therme lebt, das Wasser fließt, wunderschön, Bürgermeisterinformation und hat über eine ganze Seite sich über den Karl Schnell ausgelassen. Ich darf Euch das vorlesen: „Nach mehreren falschen Presseberichten und der ärztlichen Ferndiagnose des FPÖ-Landtagsabgeordneten Dr. Karl Schnell, der ohne den Patienten je gesehen zu haben, feststellte, dass die Therme St. Martin tot sei, stellen wir klar, dass er weder mit den Gesellschaftern noch mit der Geschäftsleitung gesprochen hat.“ Ja Gott sei Dank muss ich sagen. Vielleicht sind Ferndiagnosen in der Welt des Dr. Karl Schnell möglich, Ferndiagnosen, ohne den Patienten je gesehen zu haben, sind äußerst unprofessionell.

Jetzt haben diese Herrschaften, die gut verdient haben, über Jahre einen guten Gehalt gekriegt haben für das Nichtstun und das Vernichten von Geldmitteln, dann dargestellt haben

und man kann von 2001 bis 2006 die ganzen Schritte dann lesen und dann vernimmt man irgendwann 2015, dass man ganz zum Schluss noch einem Betrüger aufgesessen ist.

Ich frage deswegen nicht, weil ich mir gedacht habe irgendwo wird es ja auch da politische Absprachen gegeben haben, die Bürgermeister werden ja hoffentlich nicht das einfach da aus Jux und Tollerei gemacht haben und nachdem das Land ja auch involviert war, auch immerhin sind es über 287.000,--, wie Sie gesagt haben Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, auch Landesgelder geflossen für ein Luftschloss, für etwas, was es wahrscheinlich niemals geben wird, für etwas, wo ich mir immer gedacht habe, wenn ich vorbeigefahren bin. Das Betrübliche ist, die Menschen dort haben ihre Kinder extra einen Beruf erlernen lassen in diese Richtung. Massagen, Physiotherapie. Haben beim Hausbau schon in der Hoffnung da wird jetzt ein großes Hotel und eine Therme entstehen, ein paar Zimmer mehr gebaut, weil man ihnen vorgemacht hat in den nächsten Jahren gibt es den Aufschwung da im Bereich St. Martin, Lofer, usw. und jetzt ist außer Spesen nichts gewesen.

Eine traurige Geschichte. Eine sehr blamable Geschichte und eine Geschichte, wo ich eigentlich gar nicht stolz darauf bin, dass ich leider wieder einmal Recht hatte. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke. Auch hier liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Somit ist der Tagesordnungspunkt fünf abgeschlossen.

Wir kommen zu

Punkt 6: Berichte und Anträge der Ausschüsse

Ich werde zuerst die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen und ich verlese jene Berichte, welche im Ausschuss einstimmig erledigt wurden. Sollte eine Debatte erwünscht sein, so bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmig verabschiedet wurden

6.1 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung des Salzburger Landtages gemäß Art. 48 Abs. 2 Landes-Verfassungsgesetz 1999 zum Verkauf der landeseigenen Liegenschaften (Baurechtsliegenschaften SALK-Wohnungen) an GSWB, Salzburg Wohnbau und „Die Salzburg“ (Nr. 866 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

6.2 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Gutschl und HR Dr. Schöchgl betreffend die Dezentralisierung von Bundesdienststellen

(Nr. 867 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchgl)

6.3 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend die Aufwertung der Bezirkshauptmannschaften

(Nr. 868 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

6.4 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend einer jährlichen Berichtsmöglichkeit des Beirates für psychosoziale Gesundheit

(Nr. 869 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

6.6 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die zeitliche Staffelung des Unterrichtsbeginns an den Schulen in Salzburg

(Nr. 871 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

6.7 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Ing. Mag. Meisl, Scheinast, Essl und Konrad MBA betreffend Holzbau in Salzburg und zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und Neuhofer betreffend die Anwendung der realen Wärmeleitfähigkeit von Massivholzbauteilen und die Einrechnung des ökologischen Fußabdrucks über den gesamten Lebenszyklus von Gebäuden im Energieausweis (Cradle to Cradle-Prinzip)

(Nr. 872 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

6.8 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Hirschbichler MBA betreffend die Anpassung der Bauordnung

(Nr. 873 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)

6.9 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Schneglberger betreffend Ermöglichung und Absicherung neuer Angebote für Wohnen und Leben im Alter

(Nr. 874 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

6.10 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth betreffend Maßnahmen zum Schutz der Bienen
(Nr. 875 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Fuchs)

6.11 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den internen Revisionsbericht in der Causa Vilsecker
(Nr. 876 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Blattl)

6.12 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend eine vollumfängliche Kennzeichnungspflicht für alle Inhaltsstoffe in Lebensmitteln
(Nr. 877 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

6.13 **Bericht** des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer betreffend eine Reduzierung der Normvorschriften in der Bauordnung
(Nr. 878 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

6.14 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Abschaffung von Ungleichbehandlung aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsvariation
(Nr. 879 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

6.15 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth betreffend Simultanübersetzung der Sendung „Salzburg HEUTE“ in Gebärdensprache
(Nr. 880 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl)

6.16 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser und Wiedermann betreffend die Einführung einer Mietzinsbeihilfe für Studierende
(Nr. 881 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

6.18 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Verkehrsverbände; Vergleich der Leistungen und der Finanzierung in Kärnten und Salzburg
(Nr. 883 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

6.19 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Patientenbehandlung in Salzburger Krankenanstalten; Follow-up-Überprüfung (Nr. 884 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)

6.20 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Salzburger Parteienförderungsgesetz, Rechenschaftsjahr 2013 (Nr. 885 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

6.21 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend das Personal in den SALK (Nr. 886 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschl)

6.22 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die frühe sprachliche Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kindergartenjahre 2015/16 bis 2017/18 (Nr. 980 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag.^a Sieberth)

Diese Punkte wurden einstimmig verabschiedet. Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine.

Dann kommen wir zu den Tagesordnungspunkten, die nicht einstimmig waren. Das ist

6.5 **Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend den Erhalt der militärischen Strukturen in Salzburg (Nr. 870 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

Das Abstimmungsverhalten war Punkt eins, Punkt drei und Punkt vier einstimmig. Ich lasse jetzt einmal Punkt eins, drei und vier abstimmen. Diese Punkte waren einstimmig. Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Somit sind diese Punkte auch im Haus einstimmig bestimmt worden.

Punkt zwei wurde mit den Stimmen der ÖVP, SPÖ, FPÖ und Team Stronach gegen die Grünen abgestimmt. Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Danke. Gleiches Abstimmungsverhalten wie im Ausschuss. Entschuldigung. Plus Abgeordneter

Wiedermann ist dafür. Danke. Ich bin noch nicht so konform mit dieser neuen Situation. Entschuldige.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt

6.17 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend Finanzierung der Basisaufgaben des österreichischen Bundesheeres durch Verkauf der Eurofighter
(Nr. 882 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Scheinast)

Folgendes Abstimmungsverhalten: ÖVP, SPÖ, Grüne und FPÖ gegen Team Stronach. Bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Damit auch Abgeordneter Wiedermann dafür und wer ist dagegen? Team Stronach. Somit das Abstimmungsverhalten wie im Ausschuss außer bei den Zustimmungen mit der Stimme des Abgeordneten Wiedermann.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt

6.23 **Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Flüchtlinge und Asylwerber
(Nr. 981 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)

ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ. Wer ist für diesen Bericht? Wer ist dagegen? Danke. FPÖ plus Abgeordneter Wiedermann sind dagegen. ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach dafür.

6.24 **Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser betreffend die Durchführung temporärer Grenzkontrollen
(Nr. 982 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Essl)

Auch hier wurde punktweise abgestimmt. Punkt eins und zwei waren einstimmig. Wer ist dafür? Danke. Gibt es hier eine Gegenstimme? Keine. Damit sind diese beiden Punkte einstimmig angenommen.

Punkt drei wurde von ÖVP, FPÖ, Team Stronach gegen SPÖ und Grüne, jetzt habe ich das Abstimmungsverhalten von Herrn Abgeordneten Wiedermann nicht hier, aber das werden wir gleich wissen. Ist nicht dabei. ÖVP, FPÖ, Team Stronach gegen SPÖ und Grüne. Bitte

um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Danke. Somit das gleiche Abstimmungsverhalten wie im Ausschuss und der Abgeordnete Wiedermann ist dafür.

Somit ist der Tagesordnungspunkt sechs Berichte der Ausschüsse abgeschlossen.

Wir kommen zu

Punkt 7: Beantwortung schriftlicher Anfragen

Hier wurden Debatten angemeldet. Herr Klubvorsitzender!

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Frau Präsidentin, wir ziehen die Debattenanträge zurück.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Danke vielmals. Wie schaut es bei der ÖVP aus?

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Wir ziehen auch zurück.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Auch zurück. Danke.

7.1 Dringliche Anfrage der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 829 der Beilagen) betreffend Polizeieinsätze an Schulen im Bundesland Salzburg
(Nr. 887 der Beilagen)

7.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 830 der Beilagen) betreffend die Belastung des Salzburger Tourismus durch die Steuerreform
(Nr. 888 der Beilagen)

7.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 682 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend ein „Sound of Music“-Museum im ehemaligen Barockmuseum
(Nr. 889 der Beilagen)

7.4 **Anfrage** der Abg. Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 685 der Beilagen) betreffend das Musikum Salzburg (Nr. 890 der Beilagen)

7.5 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 681 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer – betreffend die Landwirtschaftskammerwahl (Nr. 891 der Beilagen)

7.6 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 689 der Beilagen) betreffend die Koordination von Höhlenrettungseinsätzen (Nr. 892 der Beilagen)

7.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 696 der Beilagen) betreffend die Fernwärmeversorgung durch die Salzburg AG (Nr. 893 der Beilagen)

7.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 683 der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl – betreffend existierende Haftungen des Landes (Nr. 894 der Beilagen)

7.9 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 694 der Beilagen) betreffend weibliche Genitalverstümmelung (Nr. 895 der Beilagen)

7.10 **Anfrage** der Abg. Dr.ⁱⁿ Solarz und Riezler an die Landesregierung (Nr. 831 der Beilagen) ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Unternehmen für Familien (Nr. 896 der Beilagen)

7.11 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Scheinast an die Landesregierung (Nr. 832 der Beilagen) ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Besteuerung illegaler Glücksspielautomaten (Nr. 897 der Beilagen)

7.12 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 843 der Beilagen) betreffend die radioaktive Belastung von Wildbret und Wildpilzen im Bundesland Salzburg
(Nr. 898 der Beilagen)

7.13 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 716 der Beilagen) betreffend die Beschäftigung von Frau Mag^a Rogatsch im Landesdienst
(Nr. 899 der Beilagen)

7.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 835 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend Förderungen an türkische Verbände in Salzburg
(Nr. 900 der Beilagen)

7.15 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 700 der Beilagen) betreffend bezahlte Anzeigen in Parteizeitungen
(Nr. 901 der Beilagen)

7.16 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 698 der Beilagen) betreffend Einsatz von Batteriebussen
(Nr. 902 der Beilagen)

7.17 **Anfrage** der Abg. Ing. Mag. Meisl und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (699 der Beilagen) betreffend Einsatz von Niederflurwaggonen
(Nr. 903 der Beilagen)

7.18 **Anfrage** der Abg. Blattl, Essl und Steiner-Wieser an Landesrat Mayr (Nr. 712 der Beilagen) betreffend die Erhöhung der Preise für Fahrkarten beim Verkehrsverbund
(Nr. 904 der Beilagen)

7.19 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung (Nr. 680 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Finanzgeschäfte mit der Hypo Salzburg
(Nr. 905 der Beilagen)

7.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 834 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend die Auswirkungen der neuen ESVG Berechnungsregeln auf Salzburg
(Nr. 906 der Beilagen)

7.21 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Jöbstl und Bartel an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 701 der Beilagen) zum gegenwärtigen Stand der Rückforderung der von der ASKÖ Salzburg zu Unrecht empfangenen Förderungen und zu den Vorkehrungen zur Verhinderung von Fördermissbrauch in der Zukunft
(Nr. 907 der Beilagen)

7.22 **Anfrage** der Klubobfrau Mag.^a Gutschi und Bartel an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 702 der Beilagen) betreffend Integration durch Sport
(Nr. 908 der Beilagen)

7.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder, Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 703 der Beilagen) betreffend Asylquartiere im Flachgau
(Nr. 909 der Beilagen)

7.24 **Anfrage** der Abg. Schmidlechner und Abg. Riezler an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 711 der Beilagen) betreffend Lernwerkstatt Pinzgau
(Nr. 910 der Beilagen)

7.25 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Mag.^a Sieberth an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 704 der Beilagen) betreffend die Lebensmittelproduktion und -versorgung in Salzburg
(Nr. 911 der Beilagen)

7.26 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Klubobfrau Mag.^a Gutschi an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 705 der Beilagen) betreffend die Bedarfserhebung für Seniorenwohnheime und Mobile Dienste bis 2025
(Nr. 912 der Beilagen)

7.27 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 706 der Beilagen) betreffend des Planungstages mit Trägern der Behindertenhilfe
(Nr. 913 der Beilagen)

7.28 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und Mag.^a Sieberth an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 707 der Beilagen) betreffend Eintritte in Museen
(Nr. 914 der Beilagen)

7.29 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 722 der Beilagen) betreffend des Vermögeneinsatzes bei der Unterbringung von Senioren
(Nr. 915 der Beilagen)

7.30 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann Dr. Haslauer (Nr. 715 der Beilagen) betreffend Integration von anerkannten AsylwerberInnen in den Arbeitsmarkt
(Nr. 927 der Beilagen)

7.31 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 836 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. März 2015
(Nr. 928 der Beilagen)

7.32 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an die Landesregierung (Nr. 837 der Beilagen) betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. April 2015
(Nr. 929 der Beilagen)

7.33 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 717 der Beilagen) betreffend das Krankenhaus Tamsweg
(Nr. 930 der Beilagen)

7.34 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Mayr (Nr. 718 der Beilagen) betreffend Anschlussbahnen
(Nr. 931 der Beilagen)

7.35 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 714 der Beilagen) –ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Mayr - betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag
(Nr. 932 der Beilagen)

7.36 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Steiner-Wieser an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 713 der Beilagen) betreffend Brauchtumsfeste in Salzburger Kindergärten
(Nr. 933 der Beilagen)

7.37 **Anfrage** der Abg. Riezler und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.^a Berthold MBA (Nr. 719 der Beilagen) betreffend Prozess, Kosten und Nutzen des Salzburger Integrationsbeirates
(Nr. 934 der Beilagen)

7.38 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landesrat Dr. Schwaiger (Nr. 859 der Beilagen) betreffend interimistische Besetzung der Personalabteilung im Amt der Salzburger Landesregierung
(Nr. 935 der Beilagen)

7.39 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr.714 der Beilagen) –ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag
(Nr. 936 der Beilagen)

7.40 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 721 der Beilagen) betreffend aktueller Vorfälle im Landesdienst
(Nr. 937 der Beilagen)

7.41 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 708 der Beilagen) betreffend die Auslandsateliers und allfällige Haftungskriterien für das Land Salzburg
(Nr. 938 der Beilagen)

7.42 **Anfrage** der Abg. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 714 der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat Dr. Schellhorn – betreffend Personalaufnahmen durch Sofortmaßnahme oder Sondervertrag
(Nr. 939 der Beilagen)

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Somit sind keine Debatten angemeldet. Wir haben den Tagesordnungspunkt sieben abgeschlossen.

Jetzt kommen wir zu

Punkt 8: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat

Ich versuche nur meine Unterlagen etwas zu ordnen. Zu

8.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 4. Februar 2015 betreffend Maßnahmen zur Attraktivierung des Standortes Salzburg für Medizinabsolventen

(Nr. 916 der Beilagen)

wurde Debatte von der ÖVP angemeldet. Wer wünscht das Wort?

Klubobfrau Abg. Mag.^a Gutschi: Zurückgezogen.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Keiner. Sonst auch keine Debatte? Somit ist keine Wortmeldung mehr vorhanden.

8.2 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 17. Dezember 2014 (Nr. 307 der Beilagen) betreffend die flächendeckende Ausstattung mit E-Ladestationen und zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA (Nr. 248 der Beilagen) betreffend die Schaffung von Anreizen zur Erhöhung der Elektro- und/oder Alternativantriebsmobilität im Bundesland Salzburg

(Nr. 940 der Beilagen)

Ich schließe die 7. Sitzung und berufe die 8. Sitzung für Mittwoch, 8. Juli 2015, um 9:00 Uhr ein. Ich wünsche allen einen schönen und warmen Abend. Danke.

(Ende der Sitzung: 18:24 Uhr)

.....-

Dieses Protokoll wurde

am **8. Juli 2015**

in der Sitzung des Salzburger Landtages

genehmigt.

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in: